

2. Von den Amerikanern ernannter Senator unter Bürgermeister Vagts 8. Mai bis 31. Juli 1945

Dienstag, 8. Mai 1945

Vormittags Apelts Namen und Stichworte durchgearbeitet; einige Zusätze. Nachmittags Besprechung darüber mit Apelt. Wir sind uns darüber klar, daß auch dieser Auftrag Vagts' sowie die ganze Stellung Vagts' über Nacht erledigt sein können. Der Rechtsanwalt, der von den Amerikanern vor einigen Tagen mit der Neuordnung von Rechtsanwaltschaft und Notariat beauftragt worden ist, ist heute nicht mehr vorhanden; er ist nicht nur abgesetzt, sondern auch verhaftet. So kann es auch dem Regiment Vagts ergehen.

Edm[und] Duckwitz besucht. Er erzählt, daß Richard „privatisiere“, bis seine Papiere geprüft seien. Kröncke: Die Amerikaner haben erklärt, aus ihrem Gebiet würden keine deutschen Arbeitsbataillone nach Rußland geschickt werden.¹

Mittwoch, 9. Mai 1945

Vormittags Memorandum und Personenfrage mit Apelt und Oberregierungsrat Behrens im Zimmer von Behrens im Rathause besprochen. Behrens hat Zimmer neben Bürgermeister Vagts und ist erfreulicherweise of-

¹ Im Nov. 1943 waren in ausländischen Zeitungen Berichte über die Forderung der Sowjetunion erschienen, ihr nach der Kapitulation Deutschlands fünf Jahre lang 10 Mio. deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Das Thema wurde bei der Konferenz in Jalta am 5.2.1945 behandelt, wobei Stalin die grundsätzliche Zustimmung Roosevelts fand. Da die Sowjetunion aber einen konkreten Plan für die Verwendung deutscher Arbeitskräfte noch nicht vorlegen konnte, begnügten sich die drei Regierungschefs damit, in einem „Protokoll über deutsche Reparationen“ vom 11.2.1945 auch diese Form der „Naturalreparation“ vorzusehen. Goebbels hatte die seit Ende 1943 bekannten Deportationspläne für seine Propaganda benutzt, um die Furcht vor den Folgen einer Kriegsniederlage zu schüren und den Durchhaltewillen zu stärken. Aus dem von der Roten Armee besetzten Territorium wurden – seit Dez. 1944 aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, seit Jan./Feb. 1945 aus den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neiße – mehr als 200 000 Deutsche zur Zwangsarbeit in die sowjetischen Industrieregionen verschleppt; etwa die Hälfte von ihnen kam um. (Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dokumente vom 17.7.1944 bis 3.6.1945, hrsg. v. Department of State USA, Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1956, S. 580–582, 908; Ernest K. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt/M. 1971, S. 435; Schieder, Die Vertreibung, Bd. I/1, S. 79E–87E).

fenbar Vagts' rechte Hand und ständiger Berater. Nachmittags 4^{1/2} bis 6 Uhr Besprechung von Apelt, Behrens und mir mit Vagts. Die *Grundsätze unseres Memorandums*² billigt Vagts durchweg, also im wesentlichen:

- I. 1. *Die amerikan[ische] Einflußzone* muß den ganzen Weserschlauch einschl[ießlich] Wesermünde umfassen.
2. Hinterland nicht zu klein
 - a) aus Gründen der Ernährung
 - b) zur Sicherung der finanziellen Grundlage (Ausgleich zwischen Stadt und Land)
 - c) aus Gründen der Arbeitspolitik (Arbeitslosigkeit in der Stadt, Bedarf an Arbeitskräften auf dem Lande).
- II. *Stadt Bremen*: Gegenwärtiges Stadtgebiet (einschl[ießlich] Häfen in Bremerhaven).
Landgemeinden.
Hafenanlagen in Brake.
- III. *Organisation des Landes Bremen*.
 1. Keine Gleichsetzung von Land und Stadt.
 2. Verwaltung von *einer* Stelle aus. Amerikaner werden nur mit *einer* verantwortlichen Stelle zu tun haben wollen.
 3. Keine besondere Landesregierung neben dem Senat von Bremen.
- IV. *Historische Form des Stadtstaates*.
Senat zugleich Stadtmagistrat und Landesregierung.
 - a) Trennung der Finanzen des Landes und der Stadt Bremen.
 - b) Weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden.
Für Landesregierung (Senat) wäre in Anspruch zu nehmen:
aa) Gesetzgebungshoheit.

² Das Memorandum „Bemerkungen zur Frage der staatsrechtlichen Neuordnung der freien Hansestadt Bremen (Land und Stadt) im Rahmen der amerikanischen Einflußzone“ befindet sich im StAB: 7, 35 NL Apelt. Zu den Punkten III/1 und 2 hieß es ausführlich: „1) Eine Gleichsetzung des Gebietes von Land und Stadt Bremen verbietet sich wegen des Umfanges und der Gegensätze, sowie wegen der darin liegenden Gefahr alsbaldiger Abspaltungen, die sich dann auch auf jetzt schon zur Stadt Bremen gehörige Teile erstrecken könnten. 2) Ein selbständiges und unmittelbares Verhältnis der einzelnen Gemeinden (Bremen, Wesermünde usw.) zu der amerikanischen Militärregierung wäre in jedem Betracht unerwünscht, auch vom amerikanischen Standpunkt. Es würde den unerfreulichsten Wettlauf um die Gunst der Amerikaner und einen Krieg aller gegen alle bedeuten. Zugleich würde es die Amerikaner zur eigentlichen verantwortlichen Landesregierung machen, was wohl kaum in deren Absichten liegen wird.“ Von den Häfen sollte nur der Fischereihafen Wesermünde „Eigentum und Verwaltungsobjekt“ dieser Gemeinde sein. In erster Linie ging es den Verfassern des Memorandums darum, der Stadt Bremen außer den in ihrem unmittelbaren Bereich liegenden auch die Bremerhavener Häfen zu sichern und „die Hafenanlagen in Brake jedenfalls der Verwaltung nach“ ebenfalls der Stadt zu unterstellen.

- bb) Justizhoheit.
- cc) Finanzhoheit (Zuteilung der Steuern, Finanzausgleich).
- dd) Polizeihoheit.
- ee) Kommunale Aufsicht.

Häfen Gemeindeangelegenheit. Ebenso Schulen, Kunstanstalten, Werke, bei Schulen Staatsaufsicht und staatliche Gesetzgebung.

*Personen und Geschäftsverteilung:*³

		Staatsräte usw.
1. Äußeres	}	1. Behrens
2. Inneres		2. Duckwitz?
3. Finanzen	Spindler	3. Platz, Plate? ⁴
4. Wirtschaft u. Verkehr	Apelt	4. Kurz
5. Kultur	Knittermeyer	5. Wortmann? ⁶
6. Bauwesen	Theil ⁵	

³ Nach der Darstellung in der Functional History 1945/46 I, S. 55f., hatte Vagts bei seiner Ernennung den Auftrag erhalten, eine Liste mit Vorschlägen für die Zusammensetzung des neuen Senats vorzulegen, was um den 10.5. geschah. Die Ressorts sollten von sechs auf acht vermehrt, außerdem vier Senatoren mit allgemein beratender Funktion ernannt werden. Diese Organisation entsprach der alten hanseatischen Tradition, durch unbesoldete halbamtliche Senatoren die Verbindung zur Wirtschaft zu gewährleisten. Ein handschriftlicher Entwurf Apelts für die fragliche Liste mit zahlreichen, vielleicht auf die Beratungen mit Spitta zurückgehenden Änderungen und Alternativen ist im StAB: 7, 35 NL Apelt erhalten. Er entspricht Spittas Zusammenstellung, nur wird als Schulsenator bereits der im Juni dann tatsächlich in dieses Amt berufene Christian Paulmann genannt. Die Vorschläge für die Senatorenposten zeigen das Bestreben, mit den anstehenden Aufgaben vertraute, aber politisch unbelastete Persönlichkeiten zu finden – was allerdings bei Spindler, Knittermeyer und von Düring mißlang. Dagegen war bei der Auswahl der Staatsräte ausschließlich der Sachverstand entscheidend: Von den vorgeschlagenen leitenden Beamten war wegen der mehr oder weniger engen Verbindung zum NS-Regime keiner für die Amerikaner tragbar.

⁴ Ludwig Plate, 1883–1967. Seit 1908 im bremischen Staatsdienst, Oberbaudirektor und bis 1949 Leiter der Wasserstraßendirektion Bremen, 1950 Dr. Ing. E.h. der TH Hannover. Vgl.: Ludwig Plate. Ein Leben für den Weserstrom, in: Schwarzwälder. Berühmte Bremer, S. 203–230.

⁵ Emil Theil, 1892–1968, Eisendreherlehrer, 1907 Arbeiterjugend, 1910 SPD und DMV, 1917 USPD, 1918 wegen Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, 1920 als Geschäftsführer des DMV nach Bremen, 1927–1933 Sekretär der Konsumgenossenschaften, seit 1921 MdBü, Fraktionsvors. der USPD, später der SPD, während des Dritten Reichs mehrere Jahre in Haft, 1936 bis 1945 auf der Werft der AG Weser beschäftigt, 1945–1955 Bausenator, 1955–1963 wieder MdBü, bis 1956 Parteivors. der SPD Bremen-Stadt.

⁶ Wilhelm Wortmann, geb. 1897. Studium in München und Dresden, Dipl.-Ing., 1934–1945 Bau- und Oberbaurat in Bremen, am 31.7.1945 auf Anordnung der Militärregierung aus dem Staatsdienst entlassen, 1949–1956 freier Architekt in Bremen, 1956–1967 ordentl. Prof. f. Städtebau und Landesplanung an der TH Hannover, 1960/61 Rektor, 1965–1973 Leiter der Arbeitsgruppe Standortforschung an der Technischen Univ. Hannover, zahlreiche Ehrungen und Preise, u.a. 1969 Ehren doktor der TH Aachen, 1972 großes Bundesverdienstkreuz.

7. Justiz und Verfassung	Spitta	6. Juristische Hilfskraft
8. Fürsorge	Kaisen ⁷	7.
9. Ernährung	Düring ⁸	8.

Vier Senatoren – 9 bis 12 – ohne Ressort:

Kaufmann Stapelfeldt⁹

Kaufmann Helms¹⁰

Landwirt Bölken¹¹

Arbeiter.

Vagts billigt unsere Vorschläge hinsichtlich der Personen, bezweifelt, daß Duckwitz genehmigt werden würde, sieht Gefahren für Plate (wegen der Unterwassersetzung am linken Weserufer)¹² und für Wortmann (we-

⁷ Wilhelm Kaisen, 1887–1979. 1905–1907 Ausbildung zum Stukkateur, Eintritt in die SPD und Gewerkschaft, 1913/14 Besuch der Parteischule in Berlin, 1914–1918 Kriegsdienst als Unteroffizier, 1919–1928 Redakteur des Parteiorgans der Bremer SPD, des Bremer Volksblatts, 1920–1933 MdBü, 1922 zweiter Vors. des SPD-Bezirks Hamburg-Nordwest, 1928–1933 Wohlfahrtssenator, 1931–33 zweiter Vors. der SPD Bremen, 1933–1945 Landwirt, 6.6.–31.7.1945 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Präs. des Bremer Senats, 1946–1950 Md. des SPD-Parteivorstands, 1949 Wahl zum Vors. der Europa-Union, Landesverband Bremen, 1954 Wahl in das Präsidium der Europa-Union. Lit.: Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben; Koschnick (Hrsg.), Zuversicht und Beständigkeit; Müller (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Kaisen; Wedemeier (Hrsg.), Unser Wilhelm Kaisen; Meyer-Braun, Wilhelm Kaisen.

⁸ Herbst von Düring, 1893–1953. Teilhaber der Fa. BUSAG Bremer Cigarrenfabriken.

⁹ Franz Stapelfeldt, 1877–1954. Generaldirektor der Deschimag, 1940 Wehrwirtschaftsführer, 1940–1944 stellvertretender Präses und Leiter der Industrieabteilung der HK Bremen. Unterstützte den wegen seines Engagements für die Bekennende Kirche aus dem Amt entfernten Pfarrer Hans Asmussen und durch erhebliche finanzielle Zuwendungen den Widerstandskreis um Carl Goerdeler, setzte sich aber auch für die Haftentlassung Theils ein und beschäftigte ihn ebenso wie andere oppositionelle, verfolgte Arbeiter auf seiner Werft. Okt. 1944 bis März 1945 in Haft. Als ehemaliger Wehrwirtschaftsführer am 17.5.1945 von den Amerikanern erneut verhaftet und bis Febr. 1946 interniert. Brem. Biogr., S. 496–499.

¹⁰ Hermann Helms, 1898–1983. Reeder (Vorstandsvors. der Dt. Dampfschiffahrts-Ges. „Hansa“) in Bremen, Aufsichtsratsvors. des Germanischen Lloyd und der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, belgischer Konsul. Vors. der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und des Kunstvereins in Bremen.

¹¹ André Bölken, 1901–1965. Landwirt, 1946–1959 Präses der Bremer Landwirtschaftskammer. Juni 1945–Nov. 1946 Senator, 1946–1951 MdBü (BDV, 1947 bis zum Austritt im April 1953 CDU).

¹² Die Wasserstraßendirektion war mit der technischen Planung, Vorbereitung und Durchführung der Überschwemmungen beauftragt, durch die die Wehrmachtführung den Vormarsch der Briten auf Bremen erschweren und das Absetzen von Luftlandetruppen hatte verhindern wollen. Kampfkommandant Becker veranlaßte die Überschwemmungen etwa gleichzeitig mit den Brückensprengungen. Außer dem linken Weserufer war auch die Wümmeniederung und ein Gebiet rechts der Weser bei Hemelingen und Mahndorf betroffen, vgl. die Karte bei Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 81.

gen seiner nationalsoz[ialistischen] Haltung). Vagts hatte mich für die Finanzen in Aussicht genommen; ich setze ihm auseinander, daß die fast unlösbare Aufgabe der Finanzen einen Fachmann erfordere und daß ich für die Bearbeitung der Verfassungsfragen Fachmann sei.¹³ Juristische Hilfskraft sichert mir Vagts für die Justiz zu (ich denke an Karl Carstens). Vagts sagt, er werde auch darum die alte Senatsform herzustellen suchen, daß nicht er als Bürgermeister allein der Entscheidende und Verantwortliche sei, sondern der Senat als solcher und er selbst nur *primus inter pares* sei. Apelt und ich halten das für erwünscht, aber nicht für eine Kardinalfrage.

Mitteilungen Vagts' über seine Verhandlungen mit Welker und anderen Amerikanern. Ein deutschsprechender amerikan[ischer] Professor¹⁴ hat Behrens nach mir gefragt, ob ich in Bremen sei usw. Welker sagte, der Senat könne erst in etwa vier Wochen ins Leben treten; der Professor drängt und will Arbeiter – möglichst linksstehend – sofort beteiligt sehen.¹⁵

Vagts schildert Grundsätze und Verfahren gegen die Nationalsozialisten und die Prüfung der Beamten. Verpflichtung Vagts', den Amerikanern nationalsoz[ialistische] Kämpfer und Parteibonzen zu benennen;¹⁶ Aburtei-

¹³ Spitta hatte nach der Revolution von 1918 den Entwurf für die erste demokratische Verfassung Bremens erarbeitet, die 1920 von der Bürgerschaft verabschiedet wurde.

¹⁴ Dr. Walter L. Dorn, 1894–1961. Sohn einer deutsch-amerikanischen Pastorenfamilie in Illinois, Pfarrer, dann Studium der Geschichtswissenschaft und Promotion in diesem Fach, Forschungsreisen nach England und Deutschland (1929, 1932/33), seit 1931 Professor an der Ohio State University in Columbus, 1957–1961 an der Columbia University in New York (Spezialgebiet: deutsche Geschichte des 18. Jahrhunderts). Während des Krieges Leiter der Mitteleuropaabteilung der Research and Analysis Branch des Office of Strategic Services (OSS), des amerikanischen Nachrichtendienstes, seit 1944 als Deutschlandspezialist in den Planungsstäben des Alliierten Hauptquartiers (SHAEF) und als Ausbilder der Militärregierungsoffiziere in England und Frankreich, 1945 Berater der Militärregierungen im Rheinland, in Sachsen und in Bremen, anschließend persönlicher Berater für Entnazifizierungsfragen des Stabschefs der Militärregierung in der US-Zone, General Clarence L. Adcock sowie von Juni 1946 bis Sommer 1947 des (stellv.) Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay. Ausführlicher zur Biographie Dorns und Beurteilung seines Wirkens: Lutz Niethammer in der Einleitung zu Dorn, Inspektionsreisen, S. 8–17. Dorn kam nach seinen Erinnerungen mit einer von einem der besten amerikanischen Nachrichtenoffiziere zusammengestellten Liste nach Bremen „mit sieben oder acht Deutschen [...], die noch in Bremen am Leben waren und uns dabei unterstützen konnten, eine im allgemeinen demokratische deutsche Regierung aufzubauen“. Die Zusammenstellung enthielt u.a. die Namen von Kaisen, Spitta, Apelt und Theil. Ebenda, S. 41.

¹⁵ Unter dem Eindruck von Erfahrungen in Leipzig, wo die amerikanische Militärregierung vor seinem Eintreffen das antifaschistische Nationalkomitee Freies Deutschland mit Hilfe der noch kaum gesäuberten deutschen Polizei unterdrückt hatte, wünschte Dorn, in Bremen die in der KGF organisierten Gegner des Nationalsozialismus von vornherein in die zu schaffenden demokratischen Institutionen zu integrieren. Dorn, Inspektionsreisen, S. 39.

¹⁶ Diese Verpflichtung war in der ersten Instruktion Welkers vom 2.5. enthalten, vgl. Kap. 1, Anm. 211. Wie Vagts in einer Besprechung mit den Behördenchefs am

lung durch Amerikaner. Senator Fischer¹⁷ und Oberregierungsrat Köster in Vegesack verhaftet; Verfahren gegen sie; Köster wohl dem Tode verfallen, da er persönlich [im] Nov[ember] [19]38 ein jüdisches Ehepaar in Lesum erschossen haben soll.¹⁸

Bei den Beamten Stichtag für Parteizugehörigkeit 1. April 1933; wer vorher Parteimitglied wurde, gilt als unmöglich.¹⁹

8.5. mitteilte, waren alle Bediensteten zu entlassen, die der NSDAP vor dem 1.4.1933 beigetreten waren. Welcher wollte allenfalls drei Ausnahmen zulassen. (Prot. Besprechung b. Reg. Bgm., 8.5.1945, StAB: 3/3).

¹⁷ Dr. jur. Hans-Joachim Fischer, geb. 1904. Seit Sept. 1929 Md. der NSDAP, seit 1931 der SA, 1942 SA-Oberführer. 1931–1934 Rechtsanwalt, dann Regierungsassessor bzw. -rat im Regierungspräsidium Eutin, Dez. 1935 Landesrat der Provinz Westfalen, März 1939 auf Betreiben des Reg. Bgm. Heinrich Böhmcker, der Fischer aus seiner Tätigkeit als SA-Führer und Regierungspräsi. in Eutin kannte, zum Innenminister in Bremen ernannt, 1942 stellvertretender Reichsverteidigungskommissar, seit Juli 1944 außerdem kommissarischer Regierungspräsi. in Osnabrück, am 8.5.1945 (!) zum Regierungspräsi. ernannt, dann Rechtsanwalt in Oldenburg. In den letzten Kriegstagen gehörte er zu denjenigen, die für die kampflose Übergabe Bremens votierten.

¹⁸ Fritz Köster, geb. 1906. Nach Erreichen der Obersekundareife eines Real-Gymnasiums kaufmännischer Angestellter, 1932/33 arbeitslos. 1924–1928 Md. des Jungstahlhelms, seit Aug. 1932 der SA, seit 1.5.1933 der NSDAP. 1933–1934 stellv. Leiter der Ortskrankenkasse in Blumenthal, Aug. 1934 ehrenamtl., Juni 1936 hauptamtl. Bgm. von Lesum, nach der Eingemeindung Lesums im Nov. 1939 in die bremische Verwaltung (Wirtschaftsamt) übernommen, 1940–1942 Regierungsrat in der Senatskanzlei, Kriegsdienst, nach Verwundung seit Jan. 1943 ORR, zuletzt als Vertreter des Bausenators. Als Führer des SA-Sturms, der in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 drei jüdische Bürger in Lesum ermordete, am 11.2.1948 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt, in der Revisionsverhandlung am 9.5.1949 zu 15 Jahren Zuchthaus. Archiv des IfZ: Gb11.06.

¹⁹ Die vagen und häufig wechselnden, unter den führenden amerikanischen Politikern und Militärs stark umstrittenen Anweisungen für die Säuberung der Verwaltung von Nationalsozialisten und Militaristen behandelt ausführlich: Niethammer, Entnazifizierung, S. 32–67. Nach der letzten, am 10.5.1945 von Truman bestätigten Fassung der Direktive JCS 1067 sollten „alle aktiven Helfer und Anhänger des Nazismus oder Militarismus“, ferner „alle übrigen für die alliierten Zwecke gefährlichen Personen“ und „alle Mitglieder der Nazi-Partei, die mehr als nominell an ihren Aktivitäten teilgenommen haben“, aus öffentlichen Ämtern entfernt werden. Zu der letzten Gruppe zählten, abgesehen von denen, die sich Verbrechen hatten zuschulden kommen lassen, Amtsträger der NS-Organisationen sowie Personen, die die nationalsozialistische oder eine verwandte Ideologie vertraten oder der NSDAP bzw. ihren Funktionären freiwillig wesentliche politische, moralische oder materielle Unterstützung gewährt hatten. Die Bremer Militärregierung konkretisierte die Bestimmungen, indem sie die Entlassung aller Staatsbediensteten verfügte, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP beigetreten waren. Ausnahmen sollte es nicht geben. Vagts in der Besprechung mit den Verwaltungschefs am 8.5.1945, StAB: 3/3; Peters, Bremen 1945–1956, S. 7.

Donnerstag, 10. Mai 1945, Himmelfahrt

Mutter hat morgens in der Christengemeinschaft zum ersten Male wieder die Menschenweihehandlung.²⁰

Als ich Arnold erzähle, Apelt hätte ihn gern zum Senator für die Ernährung gehabt und von diesem Vorschlag nur abgesehen, weil Vater und Sohn nicht gleichzeitig im Senat sitzen könnten, lehnt Arnold den Gedanken auch für die Zukunft ab; er halte die bremischen, die deutschen und die europäischen Verhältnisse für hoffnungslos; der Bolschewismus werde die Herrschaft gewinnen; jede Arbeit, die man in diese Verhältnisse hineinstecke, sei vergebens aufgewandt; er werde hier einstweilen nur durch die Rücksicht auf uns gehalten und sobald wie möglich in die Welt hinaus gehen, um sich anderswo ein Dasein zu sichern. Meine Hoffnung und Absicht, hier zu arbeiten und zu versuchen, unser Volk über die nächsten 30 Jahre hinwegzubringen, halte er für zu optimistisch; damit würde man scheitern. Ich halte demgegenüber an dem Glauben fest, daß es zwar nicht gelingen muß, aber gelingen *kann*, unser Volk zu retten, und daß unser Volk, unabhängig von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Daseinsformen und über alle Schrecknisse und Leiden hin, die noch über uns kommen werden, dermaleinst wieder im Stande sein wird, der Menschheit etwas zu sagen und zu sein. [...]

Knittermeyer 1. Mai 1933 Parteimitglied. Keine Parteiämter; Wittheit und Volksbildungswesen städtische Ämter.²¹ Anregung Knittermeyers, die Weser-Zeitung wieder erstehen zu lassen (statt der Bremer Nachrichten).²² [...]

²⁰ Als Christengemeinschaft bezeichnet sich eine 1922 von dem evangelischen Pfarrer Friedrich Rittelmeyer (1872–1938) gegründete Religionsgemeinschaft die durch die Verbindung von christlicher Überlieferung und Anthroposophie eine Erneuerung der Kirchen erstrebte. Der Schwerpunkt liegt auf Kult und Sakrament. Das Christusmysterium soll meditativ erfaßt und kultisch vollzogen werden. Christi Himmelfahrt ist für die Christengemeinschaft von besonderer Bedeutung als „Eintritt der Christuswesenheit in die Kräftesphäre der Erde“. Von den sieben Sakramenten der Chr. ist die „Menschenweihehandlung“ als Überhöhung von Messe bzw. Abendmahl das wichtigste. Die Chr. wurde im Juni 1941 verboten. Sie forderte von ihren Mitgliedern keine Trennung von der katholischen bzw. evangelischen Kirche; der Rat der EKD empfahl den Landeskirchen aber 1951 die Abgrenzung und Unterbindung von Doppelmitgliedschaften.

²¹ Die Wittheit, 1924 als repräsentative Spitzenorganisation der Bremer wissenschaftlichen Vereine gegründet, war am 7.7.1941 in ein „Wissenschaftliches Amt der Hansestadt Bremen“ umgewandelt worden, vgl. Kap. 2, Anm. 217.

²² Die Weser-Zeitung, 1844 gegründet, war das Sprachrohr der Handels-, Schifffahrts- und Industriekreise in Bremen. Ursprünglich freisinnig-liberal eingestellt, vertrat sie nach einem Verlagswechsel seit 1918 den konservativen, annexionistischen Kurs der Deutschen Vaterlandspartei. 1929 kehrte sie in den Schünemann-Verlag zurück, mußte aber wegen ständiger Verluste 1934 ihre Erscheinung einstellen. Die Bremer Nachrichten, 1743 gegründet und ebenfalls von Schünemann verlegt, sprachen mit einem umfangreichen Lokal- und Anzeigenteil vor allem den bür-

Hermann Göring in der Nähe von Innsbruck mit einer Kolonne von zehn Wagen mit seiner Familie *gefangen*; Göring soll behauptet haben, er sei vom Führer, als er am 24. April die Abgabe des Oberbefehls verlangt habe, gefangengenommen und zum Tode verurteilt, dann durch seine Luftwaffe befreit worden. Ob er sich mit dieser Behauptung eines Gegensatzes zum Führer retten will, steht dahin. Dieser nächste Gefolgsmann und größte Lobredner des Führers, dazu der korrupteste von allen, der sich schamlos bereichert hat, schließlich auch einer der brutalsten (1934!), er wird durch keine im letzten Augenblick ausgeführte Schwenkung seinem Schicksal entgehen.²³

Merkwürdig, wie man sich ohne Rundfunk, ohne Telefon, ohne Post, ohne Straßenbahn, ohne Presse zu helfen sucht. Durch Lautsprecherwagen werden Verordnungen bekanntgemacht; heute die Aufhebung der Verdunkelung durch radelnde Polizisten, die die Aufhebung ausriefen.

Die Ruinen ringsum traurig; die Schutthaufen auf den Straßen mußten die Anwohner beseitigen. Überall kommt aus den Häusern oder Höfen Rauch der kleinen, vielfach nur kümmerlich behelfsmäßig zusammenge-mauerten Herde – in einer Weise, die allen Geboten der Feuersicherheit und Gesundheit und allen Vorschriften der Bauordnung widerspricht. Die Häuser sind nahezu fensterlos; entweder haben sie offene Löcher oder mit Brettern vernagelte Fensteröffnungen. Ein großer Teil der Dächer von bewohnten Häusern ist noch ganz offen. Läden sind so gut wie gar nicht vorhanden; einige Bäckerläden mit langen Menschenglangen, sonst ist nichts zu kaufen. Die Kontore zeigen meistens noch keinen Betrieb; in den Fabriken wird höchstens Aufräumarbeit geleistet. Von der Lebensmittelversorgung kommt die Milchlieferung für kleine Kinder etwas in Gang. Wirtschaften gibt es noch gar nicht. Von den übrigen notwendigen Gewer-

gerlichen Mittelstand an. Sie waren die bei weitem auflagenstärkste Bremer Zeitung. Ihre demokratisch-liberale Haltung gaben sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik zunehmend zugunsten konservativ-autoritärer, antiparlamentarischer Positionen auf. Trotz der weitgehenden Selbstgleichschaltung der Bremer Nachrichten mußten sie 1936 eine Mehrheitsbeteiligung eines NS-Zeitungsverlages akzeptieren und zum 1.9.1944 dem nationalsozialistischen Konkurrenzblatt „Bremer Zeitung“ allein das Feld überlassen. Sie konnten erst im Sept. 1949 nach fünfjähriger Zwangspause wieder erscheinen. Vgl. Gebhardt, Zeitung und Journalismus in Bremen.

²³ Nachdem sich Hitler entschieden hatte, die eingeschlossene Reichshauptstadt nicht zu verlassen, fragte Göring am 23.4.1945 vom Obersalzberg aus telegraphisch bei ihm an, ob er nun gemäß dem Gesetz vom 29.6.1941 wegen Handlungsunfähigkeit des „Führers“ dessen Funktionen als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht übernehmen solle. Hitler deutete diese Anfrage als Hochverrat, enthub Göring aller seiner Ämter und befahl seine Verhaftung, die Bormann sofort durch eine SS-Einheit durchführen ließ. Der Öffentlichkeit wurde der Rücktritt Görings als Oberbefehlshaber der Luftwaffe aus Gesundheitsgründen bekanntgegeben. Nach dem Abzug der SS-Bewachung am 5.5.1945 begab er sich am 8.5. bei Zell am See in amerikanische Gefangenschaft. Bei dieser Gelegenheit teilte er der Presse die von Spitta wiedergegebene Version über seine Differenzen mit Hitler mit.

ben fehlen die Friseure noch ganz; einzelne Schuster machen etwas Flickarbeiten. In einigen Stadtbezirken kommt das Leitungswasser wieder; die meisten Straßen – auch die fünf von uns bewohnten: Schwachhauser Ring, Emmastraße, Händelstraße, Max-Reger-Straße, Ellhornstraße – sind noch auf das braunfettige Wasser der Straßenbrunnen angewiesen. In Autos fahren nur die Amerikaner und sonstigen Ausländer und einige deutsche Ärzte. In der Innenstadt nur geringer Verkehr. Der Übergang über die Weser noch gesperrt. Die englische „Bristol Bridge“ nur für Amerikaner und Militär. Einzelne Permits, zum Beispiel für Oberregierungsrat Behrens. Keine Straßenbahn, kein Bus, keine Eisenbahn, kein Schiff.

Kröncke erzählt von den guten Erfahrungen mit seiner Einquartierung in seiner Stuhlrohrfabrik im Finndorff-Viertel; anständiges Benehmen, Schutz gegen ausländische Arbeiter. Die Russen sollen abtransportiert werden; die Polen können bleiben, wenn sie nicht in das (bolschewistische?) Polen zurückkehren wollen.²⁴

Stalin hat in seiner Siegesrede erklärt, er erstrebe nicht die Aufteilung Deutschlands.²⁵ Das heißt wohl: Wenn *ganz* Deutschland bolschewistisch wird, kann es weiter ein einheitlicher großdeutscher Staat (ein Glied der Sowjet-Union) sein. [...]

Freitag, 11. Mai 1945

Nach den üblichen Arbeiten des Holzhackens und Wasserholens staatsrechtliche Fragen für Bremen durchdacht, Notizen darüber. [...]

Erstaunlich, daß eine so große Stadt wie Bremen wochenlang ohne Versorgungswerke, ohne Verkehrsmittel, ohne Nachrichtenübermittlung, ohne Zufuhr von Lebensmitteln und Heizstoffen, so gut wie ohne Läden und Handwerker, ohne Schulen und ohne Gerichte leben kann. Man gibt kein Geld aus, weil nichts zu kaufen ist; auch das Bank- und Geldwesen steht noch still. Dazu die Ungewißheit hinsichtlich der Währung. Leidvoller für

²⁴ Bei der Konferenz von Jalta hatten die Alliierten am 11.2.1945 vereinbart, daß alle sowjetischen Displaced Persons unverzüglich und auch gegen ihren Willen repatriert werden sollten, sofern sie am 1.9.1939 ihren festen Wohnsitz im damaligen Gebiet Sowjetunion gehabt und es erst nach dem deutschen Angriff am 22.6.1941 verlassen hatten. Ausgenommen waren damit Menschen aus den an die Sowjetunion angegliederten Territorien Ostpolens, aus den annektierten baltischen Staaten und Emigranten; vgl. Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 123–134.

²⁵ In seiner Rede aus Anlaß der deutschen Kapitulation sagte Stalin laut Schweizerischer Depeschagentur u. a.: „Vor drei Jahren hatte Deutschland die Absicht gehabt, die Sowjetunion durch Abtrennung des Kaukasus, der Ukraine, Weißrußlands und der Baltischen Staaten zu zerstückeln. Es geschah jedoch etwas ganz anderes. Deutschland sieht sich gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Die Sowjetunion gedenkt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.“ (Keesing's Archiv 1945, S. 221C). Nach verwirrenden Verhandlungen bei der Konferenz von Jalta, an deren Ende die alliierten Mächte die früheren Pläne zur Aufteilung Deutschlands aufgaben, machte Stalin dies in seiner Rede als erster öffentlich deutlich; vgl. Graml, Die Alliierten, S. 49–54.

die Bevölkerung die anhaltende Ungewißheit über die Wohnung. Immer neue Einquartierungen und Beschlagnahmen; wer als Bombengeschädigter oder durch Einquartierung Vertriebener eben eine neue, sehr beschränkte Bleibe bei Freunden oder Verwandten gefunden hat, muß aufs neue räumen, wenn die eben gefundene Wohnung der Beschlagnahme verfällt. Die Leute wissen bei der Überfüllung der noch bewohnbaren Häuser nicht mehr, wo sie unterkommen sollen. In solcher hoffnungslosen Lage würden auch wir sein, wenn die Händelstraße beschlagnahmt werden sollte. [...]

Man sagt, Bremen werde der Hafen für den Rücktransport der amerikanischen Truppen; 280 000 Mann sollten über Bremen befördert werden und sich hier einige Wochen erholen. Das würde immer erneute Einquartierungen und Belastungen der Bevölkerung bedeuten. [...]

Samstag, 12. Mai 1945

Besprechung mit Apelt über Senatsbildung. Sorge, daß Amerika dem Verlangen der Russen, Kommunisten überall zu beteiligen, auch in Bremen nachgeben wird; solange Japan nicht niedergeworfen ist, werden England und Amerika jede Spannung mit Rußland möglichst vermeiden oder glätten wollen.²⁶ Im Rathause Dr. Kurz, Staatsrat Dr. F. Schultz, Oberregierungsrat Jüdefeind. Dr. Kurz zeigt mir *Schreiben an Eva*, wonach ihre Beurlaubung aufgehoben sei; sie bekommt also wieder Gehalt, sonst vorläufig noch keine weitere Wirkung, da die höheren Schulen einstweilen nicht arbeiten sollen. Zuerst Volksschulen. Lehrpläne und Lehrbücher sollen von einer englisch-amerikanisch-russischen Kommission ausgearbeitet werden.²⁷ Kurz will die Englisch-Lehrer zu englischen Kursen einsetzen (für Beamte usw.). Dr. Schultz schildert Lage des Ernährungsamtes. Versuch, die Kartoffelversorgung in Gang zu bringen; endlich gelungen,

²⁶ Diese Einschätzung wird durch die historische Forschung bestätigt, so u.a. durch Krieger, General Clay, insbes. S. 53. Bis zur Kapitulation Japans am 10.8.1945 richtete sich das Interesse der USA in erster Linie auf Asien; sie vermieden es, wegen unterschiedlicher Ziele in Deutschland Konflikte mit der UdSSR zu riskieren.

²⁷ Alle Schulen und Hochschulen mußten aufgrund der Proklamation Nr. 1 der Militärregierung in Deutschland (vgl. Kap. 2, Anm. 31) sofort nach der Besetzung geschlossen werden. Die Grundschulen wurden am 10.9.1945, die höheren Schulen und die oberen Klassen der Mittel- und Hauptschulen am 1.12.1945 wiedereröffnet. Die Bemühungen der erwähnten alliierten Kommission, die noch im Mai 1945 Schulbücher für die Elementarstufe vorlegte (Keesing's Archiv 1945, S. 229B), kamen in Bremen offenbar nicht zum Tragen: Wie im Weser-Boten, dem Nachrichtenblatt der Militärregierung, am 21.7.1945 mitgeteilt wurde, behalf man sich hier mit dem Nachdruck deutscher Schulbücher aus der Zeit der Weimarer Republik. Der Lehrplan für die Volksschulen wurde von der Bremer Schulbehörde unter amerikanischer Aufsicht erarbeitet. Zur Schulentwicklung in Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Bremischen Schulen 1945–1955; Wulff, Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft; ders., Schule und Lehrer in Bremen.

Treibstoff bewilligt zu erhalten, damit einige Kartoffelhändler über Land fahren können, um festzustellen, was noch in den Mieten ist.

Oberregierungsrat Jüdefeind war Freitag voriger Woche noch als Vertreter und Leiter der Regierungskanzlei in der Sitzung bei Welker. Am Samstag sind Duckwitz und er beurlaubt; „Ihre weitere Verwendung bleibt vorbehalten.“ Jetzt ist Jüdefeind von den Amerikanern mit der Verwaltung des Treibstoffs beauftragt. *Kleidungskontribution*, offenbar zugunsten der Ausländer (Polen usw.). Jeder Haushalt muß eine vollständige Kleidung vom Hemd bis zu Stiefeln und Anzug für Mann oder Frau abliefern.²⁸ Roher Maßstab, da Größe des Haushalts und Bombenschäden nicht berücksichtigt sind. Konnte sich der Bürgermeister nicht den Schlüssel der Aufbringung vorbehalten? Kürzlich sind schon Betten beschlagnahmt. Jetzt ist von Eßbestecken und Decken die Rede. Bei Brabant²⁹ 24 Silberbestecke für Kasinos!

Antifaschisten-Liga gegründet;³⁰ Sorge daß alte politische Hetzer und Kommunisten darin die Führung an sich reißen. Nachmittags bei Karl Carstens und seiner Mutter. Karl erzählt von seiner Zulassung als Verteidiger („attorney“) beim amerikanischen Strafgericht³¹ und von den abgeurteil-

²⁸ Zur besseren Versorgung ehemaliger ausländischer Zwangsarbeiter ordnete die Militärregierung am 11.5.1945 die Ablieferung von je 5000 vollständigen Männer- und Frauenbekleidungen sowie 10000 Decken an. Da die Lagerbestände ausreichten, konnte auf eine Sammelaktion verzichtet werden (Protokoll der Verwaltungs-Besprechung am 11.5.1945, StAB: 3/3). Zur Einrichtung der amerikanischen Offizierskasinos wurden Beschlagnahmungen durchgeführt.

²⁹ Carl Julius Brabant, 1892–1966, Kaufmann, seit 1931 Vorstandsvors. der Jute-Spinnerei und -Weberei Bremen, Md. zahlreicher Aufsichtsräte und des Beirats der HK Bremen, wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP im Sept. 1945 vorübergehend aus diesem Amt ausgeschieden, 1956 wegen seiner Verdienste um das St. Josephstift vom Papst zum „Ritter des Ordens vom Heiligen Gregorius“ ernannt.

³⁰ Am 3.5.1945 hatte sich in Bremen eine „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF) als Dachorganisation aller Antifaschisten konstituiert. Ihre elf Vorstandsmitglieder kamen aus der SPD, KPD, SAP, KPO und dem ISK. Ihre wesentlichen programmatischen Forderungen waren: Säuberung des Staatsapparats von Nationalsozialisten, Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte, Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation, Bildung von Betriebsräten, Beschlagnahme von Wohnraum bei ehemaligen NS-Funktionären zugunsten von Verfolgten. Die KGF hatte etwa 5000 Mitglieder, überwiegend Arbeiter und nur wenige Angehörige der Mittelschichten. Mit ihren Bestrebungen geriet sie häufig in Konflikt mit der Militärregierung und dem Senat. Als sich nach der Neugründung von SPD und KPD die Idee einer einheitlichen Arbeiterpartei zerschlug und sich der Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung als Gründung autonomer Einzelverbände vollzog, verlor die KGF ihren politischen Einfluß und beschloß am 16.12.1945 ihre Auflösung. Ausführlicher dazu: Brandt, Antifaschismus, S. 100–143 und ders., Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) in Bremen.

³¹ Nach der Proklamation Nr. 1 der Militärregierung Deutschland vom Mai 1945 (Fassung vom Sept. 1944) war die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt auf den Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und Militärgouverneur, General Eisenhower, übergegangen. Unter anderem wurde in der

ten Fällen (alle Übertretungen des Ausgehverbots 30 Tage Gefängnis, alle Plünderungen im Hafen 180 Tage). Ich bitte Karl, nichts Festes anzunehmen, ehe er mit mir gesprochen (Verwendung beim neuen Senat). [...]

Sonntag, 13. Mai 1945

[...]

Montag, 14. Mai 1945

Immer neue Beunruhigung der Bevölkerung durch Beschlagnahme von Wohnungen, Arbeitszwang und Kontributionen. Ein Teil der männlichen Bevölkerung mit Spaten, Beil oder Säge zu Aufräumarbeiten herangezogen. 3200 Matratzen sollen in wenigen Stunden geliefert werden (für die Ausländer). Silberne Eßbestecke, Geschirr und Tischtücher für Militärkasinos. Das Joseph-Stift soll amerikanisches Lazarett werden.

Nachmittags Apelt und ich im Rathause. Zuerst bei Behrens den Amerikaner Professor Dorn (?) gesprochen; er sagt, er kenne unsere Namen und schüttelte uns die Hand.³² Besprechung mit ihm über Senatsbildung. Der gut deutsch sprechende Professor sagt, der Senat müsse überparteilich sein; „deshalb“ (!) müsse auch ein Vertreter der Antifaschisten-Liga im Senat sein. Ich betonte, daß dieser Senat nur ein vorläufiger und ein Arbeits-senat sein werde, der den Schutt – im eigentlichen und im übertragenen Sinne – beseitigen solle; der spätere Senat, der nach Schaffung eines Parlaments gebildet werde, könne nur Spiegelbild des Parlaments sein. Professor Dorn beharrte auf seinem Verlangen, daß ein Kommunist in den Senat käme.³³ Er fragte mich, wie ich darüber dächte. Ich antwortete, ich kenne die Kommunisten aus den Jahren 1918/19; sie seien gegen Demokratie und

Proklamation bestimmt: „Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird un-nachsichtig gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.“ Die Militärregierungs-Gerichte waren für Deutsche und andere in Deutschland lebende Zivilpersonen sowie die Displaced Persons zuständig. Drei Gerichtsinstanzen wurden unterschieden, wobei geringfügige Vergehen (hauptsächlich Mißachtung von Ausgangssperren und Reisebeschränkungen) vor einem Offizier verhandelt und mit Geldstrafen bis zu 1 000 RM oder einem Jahr Gefängnis geahndet wurden. Schwerwiegendere Vergehen kamen vor einem oder mehreren Offizieren zur Verhandlung. Bei Kapitalverbrechen, Plünderungen, Spionage und Sabotage umfaßte das Gericht mindestens drei Personen, die auch die Todesstrafe verhängen konnten. In der Praxis stieß diese Art der Rechtsprechung auf große Probleme, da die Zahl der juristisch vorgebildeten Offiziere nicht ausreichte. Die Besatzungsmächte entschlossen sich deshalb teilweise sehr schnell, eine deutsche Gerichtsbarkeit wieder einzusetzen und sie nach den Weisungen der Militärregierung arbeiten zu lassen. Vgl. Overesch, Deutschland 1945–1949, S. 169f.; Latour/Vogel-sang, Okkupation, S. 49ff., 77f.

³² Vgl. Kap. 2, Anm. 14.

³³ Vgl. Kap. 2, Anm. 15.

demokratische Verfassung gewesen und hätten nur Gewalt anwenden wollen. Dorn: Wir alle hätten seitdem viel gelernt, auch die Kommunisten. Es gäbe kluge und klare Köpfe darunter; er habe als solchen einen Wolters (illegaler Name) oder Bruns kennengelernt.³⁴ Der sei für den Senat geeignet. Apelt äußerte ebenso wie ich Bedenken. Dorn: „Alle Senate, auch der neue, der nach Schaffung eines Parlaments gebildet werde, seien vorläufig, denn alle seien von der Bestätigung durch die amerikanische Regierung abhängig.“ Dorn drängte uns, einen Kommunisten aufzunehmen; der Senat dürfe nicht nur aus früheren Deutschnationalen bestehen. Ich sagte ihm, ich hätte der Demokratischen Partei angehört, Apelt, er sei Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen. Dorn lobte die Deutsche Volkspartei als aufrecht; sie habe sich unabhängig bis zuletzt behauptet.³⁵ Apelt schilderte, daß der Senat nie parteigebunden gewesen sei. – Im weiteren Verlauf des Gesprächs, namentlich gegenüber Behrens, betonte Dorn, daß der Apparat Bremens vereinfacht und verbilligt werden müsse; die Verhältnisse, auch die Verfassung seien zu verwickelt gewesen; beim Aufbau der Verwaltung solle man zunächst kommunal, nicht regional vorgehen; so bei der

³⁴ Gemeint ist Hermann Wolters, 1910–1974, Deckname: „Bruns“ nach dem Zigarettenarbeiter und ersten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bremens, Julius Bruhns (vgl. Brem. Biogr., S. 76ff.). Daten zur politischen Biographie Wolters': Matrose, 1929 Md. des Kommunistischen Jugendverbands (KJVD) in Hamburg, seit 1930 der KPD, im Febr. 1933 als Md. des Roten Marinesturms an einem Überfall auf einen Hamburger NSDAP-Stützpunkt (Hotel Adler) beteiligt, nach der Festnahme bis Ende 1939 in Strafanstalten und Konzentrationslagern inhaftiert, anschließend Arbeiter bei Borgward in Bremen, 1944 nach erneuter Verhaftung Flucht und illegaler Aufenthalt in Bremen, 1945 Vorstandsmd. der KGF, Ende Mai 1945 Mitbegründer der KPD in Bremen, Mai 1946 Übertritt zur SPD, Juni 1945–Nov. 1946 Senator für Ernährung und Arbeitseinsatz, Nov. 1946–Dez. 1958 Wirtschaftssenator, 1950/51 außerdem für das Ressort „Ernährung und Landwirtschaft“ zuständig. Wolters war entscheidend an der Gründung der KGF beteiligt; am 29.4.1945 hatte er gemeinsam mit Adolf Ehlers (SAP) den ersten Kontakt zur amerikanischen Militärregierung hergestellt. Er leitete die Abteilung „Information/Politische Polizei“ innerhalb der KGF, die als „Abteilung Bruns“ mit halbpolizeilichen Befugnissen ausgestattet war und sich bis in den Sommer 1945 aktiv an der Entnazifizierung beteiligte. (Vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 138–143).

³⁵ Nach dem Tod Gustav Stresemanns am 3.10.1929 verzichtete die DVP immer mehr auf liberale Grundpositionen und verfolgte eine konservativ-autoritäre, einseitig an Unternehmeninteressen orientierte Politik. Die katastrophalen Mitglieder- und Wählerverluste versuchte sie durch immer stärkere ideologische Annäherung an die NSDAP zu stoppen. Erst nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bemühte sich die Führung der Reichsorganisation, sich durch die Betonung liberaler Forderungen wieder mehr vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Um einem Verbot zuvorzukommen, löste sich die DVP am 4.7.1933 selbst auf. (Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 521–539). – Auch in Bremen verlor die DVP in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Mehrzahl ihrer Mitglieder und Wähler an die DNVP und NSDAP. Über den weiteren Kurs gab es daher ähnliche Differenzen wie im Reich: Während eine Gruppe um Prof. Dr. Carl Dietz und Carsten Karkmeyer den Totalitätsanspruch der NSDAP ablehnte, versuchten einflußreiche

Handelskammer, beim Wirtschaftsamt und beim Arbeitsamt. Gerber³⁶ könne nicht Leiter des Arbeitsamts bleiben; da er Nazi gewesen sei. Dorn ließe sich von Behrens die bremische Verfassung von 1920 geben.

Anschließend sprachen Apelt und ich mit Reg[lierendem] Bürgermeister Vagts die Fragen des Senats, der Ressorts und der Personen durch. Dorn hat auch von Vagts die Aufnahme eines Kommunisten verlangt. Wir sind alle Gegner dieses Gedankens und überzeugt, daß der Senat dann nicht vertrauensvoll zusammenarbeiten könne und daß der Kommunist sich nur als Aufpasser und Störenfried, der Konflikte und Unruhen herbeiführen werde, betätigen werde. Frage: Da Amerika die Aufnahme verlangt, soll man die Senatsbildung daran scheitern lassen? Was kommt, wenn wir alle ablehnen? Wohl die Herrschaft der Antifaschisten-Liga, die eine Tarnung bolschewistischer Elemente ist. Vagts schlägt vor, den Kommunisten aufzunehmen und Geheimsachen und anderes Wichtige in kleinen Kreisen vorzubereiten und vorzubereiten; er werde dann als Reg[lierender] Bürgermeister entscheiden und bestimmen und die Verantwortung allein tragen. Es bleiben drei Fragen: 1.) Die Amerikaner wollen, daß die Parteizugehörigkeit zum Senator ungeeignet macht, auch wenn es sich um späte Zwangsmitgliedschaft handele (Knittermeyer, Helms und andere).³⁷ 2.) Aufnahme eines Kommunisten? 3.) Die Besetzung des Ressorts Kultus und Unterricht. Der nicht anwesende Theil hat eine Vorschlagsliste für den Senat eingereicht; die ersten drei Namen: Kaisen, Theil, Paulmann.³⁸ Frage, ob die Aufnahme des Volksschullehrers Paulmann nicht die Vertretung der Arbeiterschaft zu sehr herabmindere. Doch sind oder waren viele Volksschullehrer Sozialdemokraten. Muß er dann aber das Schulressort bekommen? Nur die Volksschulen? Knittermeyer neben ihm Kunst und Wissenschaft und höhere Schulen? – Wir hoffen immer noch, die Amerika-

Kräfte um den Landesvors. Dr. Detmar Stahlknecht, durch taktische Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber die Partei zu erhalten. Um ein Verbot und den Verlust des Parteivermögens zu vermeiden, beschloß die Bremer DVP am 3.5.1933 ihre Selbstauflösung, ihre Bürgerschaftsabgeordneten hospitierten bei der NSDAP. Ein Aufruf der Parteizentrale an die Bremer Mitglieder, der Reichsorganisation direkt beizutreten, fand keine Resonanz. Dietz wurde als Direktor der Oberrealschule, Karkmeyer als Verwaltungsdirektor der Krankenanstalten nach dem Berufsbeamtengesetz zwangspensioniert (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 132f.).

³⁶ Dr. Alfred Gerber, Regierungsdirektor in Braunschweig, 1943–1945 Präs. des Gau-Arbeitsamts Weser-Ems mit Sitz in Bremen.

³⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 19. „Zwangsmitgliedschaft“ in der NSDAP hat es nicht gegeben. Spitta denkt an die Fälle, in denen sich Beamte dem Druck von Vorgesetzten oder NSDAP-Funktionären beugten und der Partei beitraten, um ihre Stellung oder Karriere nicht zu gefährden. Auf Knittermeyer und Helms trifft diese Einschätzung aber nicht zu.

³⁸ Christian Paulmann, 1897–1970. 1919–1933 Lehrer in Bremen, 1930–1933 Mbü (SPD), 1933 aus dem Schuldienst entlassen, Schutzhaft, seit 1934 Teilhaber einer Kohlenhandlung, 1945–1951 Senator für Schulen und Erziehung in Bremen, 1946–1947 und 1955–1967 Mbü, 1953–1962 Landesvors. der Bremer SPD, 1966–1970 Vors. des Verwaltungsrates von Radio Bremen.

ner von ihrem Grundsatz der Nichtzugehörigkeit zur Naziapartei abbringen zu können; Helms würden wir sehr ungern missen, und Knittermeyer würde d[en] Senat im Ansehen – auch außerhalb Bremens in der wissenschaftlichen Welt – heben. Vagts sagt, in der gerade neugebildeten Handelskammer werde der zuerst zugelassene Präses Bollmeyer³⁹ nicht bleiben können; wegen seines Eintretens für den Nationalsozialismus wollten die Amerikaner jetzt seinen Rücktritt; dann werde Stapelfeldt⁴⁰ Präses der Handelskammer werden.⁴¹

V[agts] klagt über die vielen, kurzbefristeten Kontributionen, auch über das Verlangen der Amerikaner, den Polizisten eine andere Uniform zu geben, da die gegenwärtige zu sehr der deutschen Heeresuniform gliche. Stoff für neue Uniformen nicht vorhanden, wird auch von d[en] Amerikanern nicht geliefert, nur Umfärben halten die alten Uniformen nicht mehr aus.⁴² – Im Flur des Rathauses Stapelfeldt und andere Herren der neugebildeten Handelskammer; sie verlangen, daß bald als Gegengewicht gegen die Kommunisten und die Antifaschistenliga eine politische Partei (liberale oder demokratische) gegründet werde, entweder als einzige oder als Partei neben den Sozialdemokraten.⁴³

³⁹ Karl Bollmeyer, 1887–1982. Inhaber der Im- und Exportfirma A. Held; seit 1932 Md. der NSDAP, 1939 bremischer Staatsrat; seit 1933 Präses der HK bzw. der Wirtschaftskammer Bremen, 1943–1945 Präses der Gauwirtschaftskammer Weser-Ems, wenige Tage nach der Besetzung Bremens mit der Reorganisation der alten HK beauftragt und im Mai/Juni 1945 faktisch deren Leiter, im Juli 1945 verhaftet, 1949–1961 Plenumsmd. der HK Bremen.

⁴⁰ Stapelfeldt wurde am 17.5.1945 verhaftet und blieb bis zum Febr. 1946 interniert; vgl. Kap. 2, Anm. 9.

⁴¹ Gemäß dem von der Militärregierung erteilten Auftrag (vgl. Kap. 2, Anm. 39) hatte Bollmeyer bereits am 8.5.1945 eine Versammlung Bremer Kaufleute namens der „Handelskammer“ einberufen. Sie war de facto von der Besatzungsmacht genehmigt und erhielt vielfältige Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsverwaltung zugewiesen. Am 11.6. wurde die Gauwirtschaftskammer formell aufgelöst und die Handelskammer Bremen wiedererrichtet. Zum Präses wurde Martin-Heinrich Wilkens bestellt. Vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung.

⁴² Die Militärregierung hatte am 12.5.1945 verlangt, für die Polizei wieder die alten dunkelblauen Uniformen anstelle der grünen einzuführen, um sie deutlicher von den Wehrmachtsuniformen zu unterscheiden.

⁴³ Die Gründung politischer Parteien wurde erst am 19.9.1945 durch einen Erlaß der Militärregierung erlaubt. Als erste erhielten in Bremen am 15.10.1945 SPD und KPD ihre Zulassung. Zwei Tage später wurde die hier geplante Gesamtpartei des Bürgertums als Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) gegründet; sie konstituierte sich offiziell am 28.10. und wurde am 7.12.1945 genehmigt. 1946 lösten sich aus ihr die Bremer Organisationen der FDP und CDU, denen im Juli 1946 die Lizenz erteilt wurde. Seit Juni 1946 durfte sich auch die Niedersächsische Landespartei, später Deutsche Partei, in Bremen politisch betätigen. – Spitta lehnte diese frühen Pläne zur Gründung einer liberalen Partei für Bremen ab (vgl. seine Eintragungen vom 22. und 28.5.1945), trat aber später der BDV bei, ohne sich stark in ihr zu engagieren. Dabei spielte offensichtlich neben der Belastung durch sein Senatsamt prinzipielle Abneigung gegen das Wiederaufleben parteipolitischer Auseinandersetzungen eine Rolle. In seinem Tagebuch läßt er interne Querelen in der BDV häufiger unerwähnt oder zeigt sich von ihnen abgestoßen.

Später sprechen Apelt und ich Wenhold.⁴⁴ Er ist gegen Vagts (unfruchtbar, solange die Amerikaner ihn halten); erzählt, daß Dorn bei Kaisen gewesen sei; Kaisen wolle nicht unter Vagts mitmachen; er wolle wieder mitarbeiten, wenn ich dabei sei.

So eine Fülle von Fragen. Die Aussicht auf Parteigründung und Parteikämpfe abschreckend. Die größte Sorge aber ist das Eintreten der Amerikaner für die Kommunisten. Der antifaschistische Kampfbund ist offenbar vorwiegend bolschewistisch; Wohnungsbeschagnahmen, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den deutschen, Arbeiterräte und dergleichen Forderungen zeigen die Richtung. Die Amerikaner sind auf persönliche Anweisung Welkers freilich dagegen eingeschritten, als die Antifaschisten selbst Wohnungen beschlagnahmten und ihre Leute hineinsetzten; aber die Liga hat Einfluß und hat als einzige Stelle das Recht bekommen, die Anschlagssäulen zu benutzen (Artikel mit Grundsätzen und Forderungen), während der Reg[ierende] Bürgermeister die Anschlagssäulen nicht benutzen darf.⁴⁵ Ob sich die Haltung der Amerikaner ändern wird, wenn Japan völlig besiegt ist, steht dahin; es kann dann zu spät sein, da die bolschewistische Saat inzwischen aufgehen wird, besonders, wenn Arbeitslosigkeit und Hunger eintreten und die Deutschen und Bremer weiter so niedergehalten und drangsaliert werden, daß schließlich die Verzweiflung um sich greift.

⁴⁴ Hermann Wenhold, 1891–1976, studierte nach einer kaufmännischen Lehre Jura und politische Wissenschaften, 1908 Mitbegründer des „Vereins der Jungliberalen“, dem auch Spitta und Apelt angehörten, 1919–1932 MdBü (Fraktionsvorsitzender DDP/DStP), 1922 Direktor der Sparkasse in Bremen, in zahlreichen Aufsichtsräten vertreten, seit 1932 als Teilhaber einer Exportfirma in Afrika, nach der Rückkehr 1942 Wehrwirtschaftsführer; Juni 1945–April 1946 Senator, zunächst dem Senator für Finanzen beigeordnet, dann Senator für das Gesundheitswesen, Rücktritt wegen seiner Tätigkeit als Wehrwirtschaftsführer; 1945–1946 und 1951–1952 Landesvors. der BDV/FDP, 1951–1955 MdBü (FDP); 1945–1966 Plenumsmd. der HK Bremen, 1952–1965 Vorstandsmd. des DIHT.

⁴⁵ Die KGF (vgl. Kap. 2, Anm. 30) beschlagnahmte eigenmächtig Wohnungen und private Lebensmittellager, um nationalsozialistische Aktivisten auf diese Weise konkret zur Verantwortung zu ziehen und bei ihr registrierte hilfsbedürftige Verfolgte besser zu versorgen. Aufgrund wiederholter Beschwerden leitender Beamter schritt die amerikanische Militärregierung gegen diese Praxis ein. Sie verwarnte Wolters, den sie für den Hauptverantwortlichen hielt, und ermächtigte die deutsche Polizei, die Beschlagnahmungen zu verhindern. Die KGF untersagte daraufhin mit einem Flugblatt vom 14.5. ihren Mitgliedern unter Androhung des Ausschlusses weitere eigenmächtige Aktionen. Sie behielt das Recht, mit Flugblättern, Plakaten und dem „Aufbau“, dem ersten Organ deutscher Antifaschisten nach Kriegsende, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie war damit gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Kräften im Vorteil, da es noch keine Zeitungen oder Zeitschriften gab und nicht einmal der Senat amtliche Mitteilungen publizieren konnte (vgl. Brandt, Antifaschismus, insbes. S. 114–143).

Dienstag, 15. Mai 1945

Vormittags zu Sanders ins Deichhaus gewandert. Georg Sander wieder im Amte und mit der Prüfung der Akten beschäftigt, die die Entlassung von Beamten und Angestellten in der Nazi-Zeit behandeln. [...]

Nach all den traurigen Eindrücken von der amerikanischen Fremdherrschaft, dem Hochkommen und Einfluß ehrgeiziger und rachsüchtiger Politiker, dem Durcheinander bei den Amerikanern und im Rathause, den persönlichen Schwierigkeiten und Denunziationen, dem Hin und Her der Beratungen und Entscheidungen der Amerikaner habe ich rechtes Verlangen, einmal wieder etwas Urdeutsches zu lesen. Darum greife ich zu Eichendorffs „Taugenichts“, den wohl nur ein Deutscher ganz verstehen und ganz genießen kann. [...]

Mittwoch, 16. Mai 1945

Den ganzen Tag am laufenden Bande Besprechungen, mühsam, da man weder Telephon noch Boten zur Verfügung hat und daher Ort und Zeit nicht verabreden kann.

Mit Apelt über Senatsbildung (Wenhold für Finanzen oder Ernährung? Gewerkschaftler statt eines Kommunisten?) Die Amerikaner sollen Parteibildung bis auf weiteres verboten haben.⁴⁶ Mit Karkmeyer⁴⁷ – dem mindestens 75 Jahre alten –, der mir von den ihm gemachten Angeboten, das Ernährungswesen zu leiten, erzählt. Angebote offenbar von ganz unzuständigen Leuten. Karkmeyer erklärt sich scharf gegen Vagts, „der nie in seinem Leben gearbeitet habe“. Mit Sander, unter anderem über die Frage, ob weitere Eingemeindung von Osterholzer Gebiet, die während des Krieges wegen der Zunahme der Industrie erwogen [worden] ist, jetzt noch nötig sei. Eingemeindung von Delmenhorst?⁴⁸

Mit Staatsrat Dr. F. Schultz, der unsere Mitarbeit im Senat begrüßt.

Mit Richard Duckwitz. Er macht auf den Unterschied von Partei-Anwärter und Partei-Mitglied aufmerksam; er selbst nur Anwärter. Mitglied

⁴⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 43.

⁴⁷ Carsten Karkmeyer, 1873–1951. Lehrer, Wirtschaftsdirektor der Bremer städtischen Krankenanstalten; 1904 Mitbegründer des Bürgerlichen Volksvereins, 1918–1933 MdBü (DVP), stellv. Fraktionsvors., Ende Sept. 1933 nach dem Berufsbeamtenengesetz mit gekürzten Versorgungsbezügen in den Ruhestand versetzt, 1945 Mitbegründer der BDV, Okt. 1945 ehrenamtl. Geschäftsführer der Bremer Volkshilfe. Vgl. Brem. Biogr., S. 263ff.

⁴⁸ Nach der in Jalta getroffenen Vereinbarung zwischen den USA und Großbritannien war eine Einbeziehung von Delmenhorst in die Bremer Enklave nicht vorgesehen. Sie sollte aus dem Land Bremen einschließlich Bremerhavens, Stadt und Landkreis Wesermünde sowie den Landkreisen Osterholz-Scharmbeck und Wesermarsch bestehen (Vgl. Röpcke, Entstehung der amerikanischen Enklave Bremen, S. 429f.).

erst nach Eidesleistung und mit rotem Mitgliedsbuch.⁴⁹ R[ichard] D[uckwitz] bereit, als Staatsrat in den Finanzen mitzuarbeiten. – Er erzählt von den letzten Tagen vor [der] Eroberung Bremens. Montag, 22.4., Vorstellung gegen Verteidigung Bremens. Auch schriftlich in Hamburg. Folge, daß Partei ihn namentlich als Gegner und als einen, der Bremen in die Hand der Feinde spielen möchte, aufgibt. Abschrift erhält R[ichard] D[uckwitz] durch Vertrauensbruch. Warnung durch Schroers und Bewachung durch Offizier und neun Mann, um ihn vor Ermordung durch Partei zu schützen. – Magdalene mit anderen früheren B.D.M. zur Reinigung des Konzentrationslagers in Bremervörde befohlen, schon neun Tage dort.⁵⁰ [...]

Nochmalige Besprechung mit Apelt; Parteizugehörigkeit oder Anwartschaft von Helms? – Admiral Kehrnhahn⁵¹ erbieta sich zur Mitarbeit in Schiffahrtssachen; Sorge, daß seine vom Reich bezahlte Pension wegfällt. [...]

⁴⁹ Wegen des großen Andrangs zur NSDAP nach dem 30.1.1933 wurde zum 1.5. des Jahres eine allgemeine Aufnahmesperre verhängt. Parteigenossen, die während dieser vier Monate den Aufnahmeantrag gestellt hatten, erhielten einen Mitgliedsausweis mit Datum vom 1.4. oder 1.5.1933. Vom 1.5.1937 an wurde die Mitgliedsperre gelockert, um vor allem Menschen, die sich in den vergangenen vier Jahren als „Nationalsozialisten“ bewährt hatten, die Aufnahme zu ermöglichen. Zugleich wurde mit Erlaß vom 20.4.1937 der Status des „Parteianwärters“ geschaffen: Ihm oblagen alle Pflichten des Parteigenossen, insbesondere die Beitragspflicht, und seit dem 16.1.1938 besaß er aufgrund einer Anordnung des Stellvertreters des Führers auch das Recht, das Parteiabzeichen zu tragen. Die vollen Mitgliedsrechte erhielt er aber erst nach Ableistung des Parteigelöbnisses und Aushändigung der roten Mitgliedskarte durch den Ortsgruppenleiter. Als Aufnahmedatum nannte sie in der Regel den Ersten des Monats, in dem der Aufnahmeantrag bei der Reichsleitung eingegangen war. Zum 1.5.1939 wurden die Mitgliedssperre und die Einrichtung der Parteianwärterschaft aufgehoben, Anfang Febr. 1942 aber erneut eingeführt. (Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 155–163).

⁵⁰ Seit dem 9.5.1945 mußten auf Weisung der Militärregierung etwa 400 junge Bremerinnen, die führende Positionen im Bund Deutscher Mädel (BDM), der HJ-Organisation der 14–21-jährigen Mädchen, innegehabt hatten, im Lager Sandbostel bei Bremervörde etwa vier Wochen lang nicht entlassungsfähige, überwiegend typhus- kranke ehemalige Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge pflegen. Sie lösten Oberschülerinnen aus Syke und Delmenhorst ab, die die britischen Besatzungstruppen seit Ende April bei dieser Aufgabe eingesetzt hatten und von denen viele selbst erkrankt waren. Ein erschütternder Bericht einer dieser Schülerinnen befindet sich im Archiv der Fst: 292–1. Duckwitz' 22-jährige Tochter Magdalene gehörte zu der Bremer Gruppe.

⁵¹ Heinrich Kehrnhahn, 1881–1962. 1930 als Konteradmiral aus dem aktiven Marinedienst ausgeschieden, Berater der türkischen Regierung, seit 1935 Reichskommissar bei den Seeämtern Bremerhaven und Emden, im Zweiten Weltkrieg Chef der Kriegsmarinedienststelle in Bremen, bis 1955 Bundesbeauftragter bei den Seeämtern Bremerhaven und Emden.

Donnerstag, 17. Mai 1945

Im Rathause Landesschulrat Dr. Kurz gesprochen. Er ist drei Stunden von den Amerikanern verhört worden, 1 1/2 Stunden durch Mr. Bard (Unterricht),⁵² 1 1/2 Stunden sehr scharf und radikal durch Mr. Dorn. Dorn will einen leitenden Beamten in der Schulverwaltung, der energisch und bestimmt eine völlige Umstellung vornimmt (wahrscheinlich unter Studienrat Dr. Nawrath).⁵³ Offenbar lehnen die Amerikaner Dr. Kurz ab, und er selbst kann auch die ihm zgedachte Aufgabe nicht erfüllen. Vagts will versuchen, Kunst und Wissenschaft abzutrennen und selbst zu übernehmen; dafür dann Kurz als Sachbearbeiter. Im Kirchlichen soll Kurz sofort für allgemeinen Beginn der kirchlichen Gottesdienste sorgen – darin kein Faschismus und kein Bolschewismus.⁵⁴

Mit Behrens über Senatsbildung; Finanzen, Unterricht (Paulmann), Wenholds Mitarbeit, Vermeiden des Wolters-Bruns dadurch, daß man ihn zum Polizeipräsidenten macht (Vorschlag von Behrens; die Amerikaner wollen ihn als Polizeisenator!). Apelt darüber gesprochen. Wir beide haben schwere Bedenken wegen der Personalpolitik in der Polizei: Sind einig darüber, auf Knittermeyer im Senat zu verzichten, um ihn keiner Ablehnung auszusetzen. [...]

Nachmittags mehrstündige Besprechung bei Bürgermeister Vagts mit Apelt, Kaisen und Theil. Ressorts und Personenfragen durchgegangen. Die Amerikaner lehnen jetzt jeden ab, der der Partei angehörte. Frage der Partei-Anwärter. Besonders betroffen werden die Finanzen, da ebenso jeder Beamte, der Sturmführer oder dergleichen war, entlassen werden soll und damit Duckwitz und Spindler als Sachbearbeiter und Staatsrat der Finanzen wegfallen. Ich habe Bedenken, daß Nolting-Hauff⁵⁵ Finanzsenator

⁵² Captain Erwin W. Bard, bis Jan. 1946 Leiter des Civil Administration Branch der amerikanischen Militärregierung in Bremen.

⁵³ Dr. Alfred Nawrath, geb. 1890. Studienrat, parteilos, Ende März 1933 zunächst beurlaubt, dann aufgrund des Berufsbeamtengesetzes zwangsweise pensioniert, Privatgelehrter für Indologie, 1945 auf Wunsch der Amerikaner „Präsident“ der KGF, aber ohne großen politischen Einfluß, Aug. 1945–Jan. 1946 Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft, Intendant der Bremer Theater, Jan. 1946–Mai 1947 Direktor des Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde.

⁵⁴ So lautete der Wunsch von Oberst Welker (Besprechung b. Reg. Bgm. 12.5.1945, StAB: 3/3).

⁵⁵ Dr. jur. Wilhelm Nolting-Hauff, 1902–1986. Rechtsanwalt, aus „rassischen“ Gründen Zulassung entzogen, 1933–1945 Direktor der Seehandel AG, im Okt. 1944 als „Judenmischling I. Grades“ (JMI) zur Zwangsarbeit bei der Organisation Todt eingezogen, in Lagern in Farge und Duingen (Weserbergland) inhaftiert, 1945–1962 Finanzsenator in Bremen, bis 1953 parteilos, danach FDP, seit 1952 sog. „halbamtlicher“ Senator neben seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Kaffee HAG AG, Mitverfasser des Bundesbankgesetzes, Initiator des Bremer Literaturpreises, der 1953 zum ersten Mal verliehen wurde, Verfasser mehrerer Romane, Theaterstücke und des autobiographischen Berichts: IMIs. Chronik einer Verbanung, in dem Nolting-Hauff ausführlich über die Zeit als Zwangsarbeiter berichtet.

wird, wenn er keine ersten Fachmänner zur Seite hat. Bei den Kaufleuten zum Teil noch Schwierigkeiten wegen der Parteizugehörigkeit. Über Wolters-Bruns noch Erkundigungen und Vorstellung bei Vagts. – Kaisen wirft auch die grundsätzliche Frage aufs neue auf, ob wir überhaupt mitarbeiten könnten; er habe neues Verhältnis zur Erde bekommen und löse sich schwer von seinem Grundstück und seiner Landarbeit; die Arbeit, die wir unternehmen wollten, fast unlösbar und undankbar; schöne, warme Worte darüber. Nach Aussprache auch Kaisen bereit, mit uns zu gehen. Vagts berichtet, was ihm Dorn über das künftige Deutschland gesagt hat; eine Art deutscher Bund souveräner Staaten; Zustand von 1865!⁵⁶ Ich habe nichts anderes erwartet. Unklar, wie dabei Bremens Stellung zur USA; es fiel das Wort „Protektorat“.

Nachher Apelt und ich in der Handelskammer. Frage der Parteigründungen, vorher eine Art Bund: „Wiederaufbau“. Die meisten haben sich dahin entschieden: eine bürgerliche und eine sozialdemokratische Partei (neben den Kommunisten), Apelt und mir widerstrebt der alte, überholte Gegensatz: bürgerlich-sozialistisch. Wir möchten eine große, alle umfassende anti-bolschewistische Zusammenfassung. Uns wurde entgegengehalten, daß dann die Arbeiter zu den Kommunisten abspringen würden. – Ulrich⁵⁷ befürwortete das alte Deputationswesen,⁵⁸ auch für die Zeit, ehe es ein Parlament gebe. [...]

Abends mit Bote Wiederherstellung der Ev[angelischen] Kirche.

⁵⁶ Aufgrund der Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 schlossen sich die deutschen Einzelstaaten unter Wahrung ihrer vollen Souveränität zu einem losen Staatenbund, dem Deutschen Bund, zusammen, der nach dem Sieg Preußens im Deutschen Krieg von 1866 aufgelöst und durch den Norddeutschen Bund ersetzt wurde.

⁵⁷ Arthur Ulrich, 1882–1958. Nach Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre 1909 Gerichtsassessor in Hannover, seit 1913 Senatssyndikus in Bremen, seit 1919 Syndikus bzw. 1938–1951 Erster Syndikus der HK, Verkehrsexperte, 1920–1933 MdBü (DVP). Vgl. Brem. Biogr., S. 528.

⁵⁸ Nach § 28 der Bremer Verfassung von 1920 und den Verwaltungsgesetzen von 1921 und 1928 hatten die „Deputationen“, bei den verschiedenen Behörden bestehende Gremien von Vertretern des Senats und der Bürgerschaft, Gesetzesvorlagen mit vorzubereiten und zu begutachten sowie die laufende Verwaltung zu kontrollieren. Im Fall der Auflösung der Bürgerschaft bestanden sie bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlaments weiter, um die Kontinuität der Verwaltungsarbeit zu sichern. Zu Deputierten konnten auch Fachleute ernannt bzw. gewählt werden, die dem Senat oder der Bürgerschaft nicht angehörten. Aufgrund der Vielzahl ihrer Aufgaben und ihrer relativ unabhängigen Stellung übten sie erheblichen politischen Einfluß aus. (Vgl. Schwarzwälder, Bremen III, S. 262ff.). Spitta, der an der Erarbeitung der Verfassung von 1920 entscheidenden Anteil gehabt hatte, befürwortete die Wiedereinführung des Deputationswesens, das die Bürgerbeteiligung an der Verwaltung und eine enge Zusammenarbeit von Senat und Bürgerschaft ermögliche. Er sah darin „ein Kernstück des bremischen öffentlichen Lebens“. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 196–206).

Freitag, 18. Mai 1945

[...]

Stapelfeldt, gerade als Nachfolger des wiederabgesetzten Bollmeyer in Aussicht genommen und von den Amerikanern bisher besonders begünstigt, da er seinerzeit von der Gestapo verhaftet war, soll gestern abend von den Amerikanern verhaftet sein.⁵⁹

Um 12 Uhr, bei warmer Sonne zu Sanders ins Deichhaus gewandert. Bei Becker-Glauchs trifft überraschend Dr. Elisabeth Becker-Glauch ein.⁶⁰ Sie mußte mehrere Wochen im Konzentrationslager bei Bremervörde⁶¹ die erkrankten Ausländer behandeln. 16000 unterernährte, elende, teils kranke Ausländer. Gelenktyphus und Diphtherie. Ihre Schilderung erschütternd. Die britischen Ärzte sagten ihr, als sie zuerst diesen Jammer sah: „What do you say now?“ Sie glauben nicht, daß das deutsche Volk das nicht gewußt hat. Diese sittliche Schuld ist das Schwerste, was der Nationalsozialismus unserem Volke auferlegt hat. Aber die Amerikaner und Engländer, die unsere Städte zerstört und die Zivilbevölkerung einschließlich der Frauen und Kinder hingemordet haben, sind nicht berufen, über die Deutschen zu Gericht zu sitzen. Die B.D.M.-Mädel, die dort arbeiten und das Lager rein halten müssen, sollten es als Sühne für die deutsche Schuld auf sich nehmen. [...]

Paula wieder den ganzen Tag in der Händelstraße tätig. Arnold hat bei Bassum einen Herd erworben und mit Fuhrwerk von dort nach Bremen gebracht. So schreitet die Einrichtung unserer Wohnung in der Händelstraße durch die unermüdliche Arbeit unserer Kinder weiter vorwärts.

Samstag, 19. Mai 1945

Im Rathause bei Behrens, Hagens und Kurz. Als Pfingstfreude Plakat: „Off limits for all military personnel“ für unsere Wohnung erhalten. Verhaftung Stapelfeldts bestätigt. – Finanzfragen und Haushalt mit Dr. Hagens besprochen. Hagens optimistisch. Ich sehe die vielen unsicheren und ungünstigen Faktoren. Kurz hat lange Aussprache mit Nawrath gehabt;

⁵⁹ Vgl. Kap. 2, Anm. 9 und 40.

⁶⁰ Dr. med. Kurt Becker-Glauch, 1873–1948. 1907–1938 und 1945–1948 verantwortlicher Gerichtsarzt in Bremen. Er versuchte in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, Angeklagten vor den Sondergerichten durch Gutachten zu helfen und beantragte Zwangssterilisierungen von Insassen der Bremer Strafanstalten zu verhindern. (Marbolek/Ott, Bremen, S. 192, 320. Vgl. aber auch Norbert Schmacke/Hans-Georg Güse, Zwangssterilisiert, verleugnet, vergessen. Zur Geschichte der nationalsozialistischen Rassenhygiene am Beispiel Bremen, Bremen 1984, S. 105f.). B.-G. war der ältere Bruder der Malerin Paula Becker-Modersohn und ein Schulfreund Spittas (Spitta, Aus meinem Leben, S. 137). Seine Tochter, Dr. Elisabeth Becker-Glauch, war ebenfalls Ärztin.

⁶¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 50.

Nawrath jetzt „europäische wissenschaftliche Berühmtheit“. Bücher über Kaukasus, Indien usw. Nawrath hat die wissenschaftlichen Leistungen von Dr. Kurz betont.

Besprechung mit Glässel,⁶² der als größte Gefahr den Bolschewismus ansieht.

Merkwürdige Gerüchte über den Beginn des dritten Weltkrieges zwischen Anglo-Amerikanern und Russen; Kämpfe bei Hamburg usw. Noch merkwürdiger, daß diese Gerüchte begierig aufgenommen werden, und am merkwürdigsten, daß daran Hoffnungen für Deutschland geknüpft werden. Ich glaube trotz aller Spannungen und Gegensätze zwischen den Siegern nicht daran, daß die Sieger jetzt schon einen neuen mehrjährigen Weltkrieg untereinander beginnen werden. Sollte aber doch ein solcher Krieg ausbrechen, so würde er für Deutschland ein neues furchtbares Verhängnis sein: Deutschland würde das Schlachtfeld werden und in einen entsetzlichen Bürgerkrieg geraten, da ein Teil der Deutschen, freiwillig oder gezwungen, auf der Seite der Westmächte, ein Teil, freiwillig oder gezwungen, auf der Seite der Russen kämpfen würde. – Arnold glaubt ebenso wenig wie ich an einen solchen Krieg zwischen West und Ost, er meint aber, die Westmächte würden bald den größten Teil ihrer Truppen aus Europa fortbringen, sei es nach Japan, sei es in die Heimat; dann würden die Russen durch ihre militärische Übermacht und durch innere Unruhen und Putsche immer weiter in Deutschland und Europa vordringen und schließlich alles beherrschen. Arnold hält – wie ich – die Westmächte für ideenlos und ohne Zukunft, während er es immerhin für möglich hält, daß der russische Bolschewismus in Wandlungen und nationalen Abwandlungen früher oder später einmal Fruchtbares hervorbringen kann. Richtig ist, daß wir von Rußland und dem Bolschewismus fast nichts wissen als die vielfach grauenhaften und unmenschlichen Methoden.

Besprechung mit Dr. Hanns Meyer⁶³ über Fragen der Presse. Er erzählt von seiner Unterhaltung mit den Amerikanern; danach kann eine Zeitung erst zugelassen werden, wenn die amerikanischen Zensoren in Bremen eingetroffen sind; das wird in einigen Wochen sein.⁶⁴ Das ist also die Freiheit

⁶² Ernst Glässel, 1878–1950. Schiffsmakler in Hamburg, 1905 Direktor der neugegründeten Roland-Linie AG in Bremen, nach deren Fusion mit dem Norddeutschen Lloyd seit 1926 stellvertretender Vors., 1931 bis August 1932 Vors. dieser Gesellschaft, 1934 Gründung einer eigenen Im- und Exportfirma, 1945–1949 Vizepräsident der HK Bremen; hatte der NSDAP nicht angehört. Vgl. Brem. Biogr., S. 178f.

⁶³ Dr. Hanns Meyer, 1890–1965. Studienrat, Naturwissenschaftler, 1925–1933 Leiter der Staatlichen Pressestelle, danach für den Bremer Verkehrsverein tätig, Md. der NSDAP seit 1.5.1937, im Krieg Pressereferent des Senats, Ende Sept. 1945 auf eigenen Antrag aus dieser Funktion entlassen, 1946–1957 Geschäftsführer des Verkehrsvereins Bremen.

⁶⁴ Die anglo-amerikanischen Planungen für die Pressepolitik im besetzten Deutschland sahen drei Etappen vor: 1. Ausschaltung des gesamten Informationssystems, 2. Aufbau eines alliierten Informationsdienstes, 3. dessen schrittweise Über-

des Geistes und der öffentlichen Meinung der Westmächte; ich habe es nicht anders erwartet. [...]

Pfingstsonntag, 20. Mai 1945

Pfingstfrühstück mit Mutter und mir in der Garage; Eier und Bohnenkaffee, Mühlen-Weißbrot. – Klaus bringt Birkenzweige und Schwertlilien. Überall blüht Weiß- und Rotdorn.

[...]

Abends bis gegen Mitternacht mit dem Ehepaar Kröncke beim Burgunder. Wie immer angeregte Unterhaltung. Die kluge und aufgeschlossene Frau Kröncke sitzt mit ihren Gewohnheiten, Vorstellungen und Wünschen noch sehr in der alten, wohl für immer vergangenen bürgerlichen Welt; so ist ihr der Gedanke, daß Arbeiter in den Senat kommen sollen, fast unfasslich. Vergeblich suchte ich ihr klarzumachen, daß es sich in den nächsten Jahren, ja, in den nächsten Jahrzehnten im wesentlichen darum handle, den Bolschewismus abzuwehren, und daß alles darauf ankomme, die gemäßigten, ruhigen Arbeiter vor dem Abrutschen ins kommunistische Lager zu bewahren, daß dies aber nur durch Hereinnahme von Arbeitern in die Regierung und Verwaltung möglich sei; und daß unter den Arbeitern auch geeignete Kräfte seien wie Kaisen und andere. Daß auch eine gesellschaftliche Gleichstellung der Arbeiter mit den sogenannten „Bürgerlichen“ und sogenannten „Gebildeten“ nötig ist, liegt ihr ganz fern. Ihr Mann hat für diese Gedankengänge mehr Verständnis.

Montag, 21. Mai 1945

[...]

Dienstag, 22. Mai 1945

Nachmittags mit Polizeiauto zu den Amerikanern Contrescarpe geholt; treffe dort Apelt; wir sollten um 4 Uhr Prof. Dorn sprechen. Schwierigkeiten bei der Sperre; bis 5 Uhr gewartet. Dann gehen Apelt und ich fort.

Besprechung in der Handelskammer über Frage der Parteigründung. Apelt und ich nach wie vor dagegen. Kaisen hat zu Wenhold gesagt, sie

führung in ein deutsches, von allen Alliierten beaufsichtigtes Kommunikationswesen. – Als erste Zeitung für die Zivilbevölkerung erschien in der Bremer Enklave vom 23.6. bis zum 15.9.1945 einmal wöchentlich (sonnabends) der „Weser-Bote“, hrsg. v. d. 12. amerikanischen Heeresgruppe. Seit dem 7.7.1945 enthielt er als unregelmäßige Beilage „Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen“, hrsg. v. Reg. Bgm.. Als erste *deutsche* Lizenz-Zeitung folgte vom 19.9.1945 an der „Weser-Kurier“, bis Ende 1947 mit zwei, dann drei bis vier Ausgaben pro Woche, als Tageszeitung wegen des allgemeinen Papiermangels aber erst seit Okt. 1948. Vom 27.10.1947 bis zum 19.9.1949 erschien außerdem die Bremerhavener „Nordsee-Zeitung“. Seit dem 5.9.1949 herrschte Lizenzfreiheit für Druckerzeugnisse.

wollten sich nach den Verhältnissen im Reiche richten, jedenfalls einheitlich mit den übrigen deutschen Gebieten vorgehen und die Einheit darin bewahren. Entwurf eines Parteiprogramms der demokratischen Partei (Rechtsanwalt Ficke)⁶⁵ ganz nach altem Muster, in völliger Erdenferne, ohne auch nur zu berücksichtigen, daß wir Deutsche und Bremer Unterworfene und Unfreie der Anglo-Amerikaner sind. Derartiges werde ich nicht mitmachen. Vorwiegende Ansicht, die Sache hinauszuschieben und die Demokraten auch zurückzuhalten.

Sorge besonders bei Ulrich, daß der Krieg zwischen Russen und Anglo-Amerikanern unmittelbar bevorstehe. Propagandasendungen der Russen: keine Aufteilung Deutschlands, sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen, Rußland wolle für baldiges Aufblühen Deutschlands sorgen usw. Churchill soll im Unterhaus gesagt haben, die Lage in Europa sei so ernst wie 1940.⁶⁶ Dolmetscher Herzog⁶⁷ entschuldigt bei Apelt und mir die Amerikaner; schildert Prof. Dorn als ungewöhnlich klug und wissend, aber Freund Moskaus und Freund Roosevelts.

Die Franco-Allee und die Parkallee in *Francis D. Roosevelt-Boulevard* verwandelt.

Heute abend läuft bei uns zuerst das Leitungswasser wieder.

Mittwoch, 23. Mai 1945

Herzog holt Apelt und mich mit seinem Auto ab, um uns zu *Prof. Dorn* zu bringen. In Gegenwart Apelts, der dabei stumme Person ist, werde ich einem *Verhör* unterworfen: Vergangenheit, Ressorts, die ich im Senat bearbeitet habe, Absetzung 1933, politische Einstellung usw. Ich sagte unter anderem, daß ich Gegner des Nationalsozialismus sei; für die Gegenwart und nächste Zukunft komme es nicht auf die politische Schattierung an, sondern auf ein Zusammenarbeiten aller, die den Aufbau wollten; sie alle

⁶⁵ Dr. Heinrich Ficke, 1897–1962, Rechtsanwalt, am 27.6.1945 als Hilfsrichter vereidigt.

⁶⁶ Nach der Niederlage Frankreichs, Dänemarks, Norwegens, Belgiens und der Niederlande hatte England im Sommer 1940 allein dem übermächtigen nationalsozialistischen Deutschland gegenübergestanden. Churchill fürchtete jetzt für den Fall einer starken Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa eine ähnliche Überlegenheit und unaufhaltsame imperialistische Ausdehnung der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent. Vgl. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6/1, S. 257–263. Spitta bezieht sich hier wahrscheinlich auf die Rundfunkrede „Forward, till the whole task is done“ vom 13.5.1945. Ausgehend von 1940, behandelte Churchill die letzten fünf Kriegsjahre und die aktuelle Situation, die er als sehr ernst beurteilte. Als Gründe nannte er die andauernden Kämpfe im Fernen Osten und die Gefahr, daß in Europa totalitäre Regime der deutschen Besatzung folgen und Demokratie und Freiheit vernichten würden. Vgl. Winston S. Churchill, *His Complete Speeches 1897–1963*, ed. by Robert R. James, Bd. 7 (1943–1949), New York 1974, S. 7157–7163.

⁶⁷ Alfred Herzog, vom 11.5. bis Ende Aug. 1945 für den Bremer Senat als Dolmetscher tätig.

müßten zusammenstehen; dazu gehöre auch gesellschaftliche Gleichwertung. Dorn schien dem zuzustimmen und äußerte, die Ideologien müßten zunächst zurücktreten. Er bezeichnete Meinecke⁶⁸ als seinen besten Freund in Deutschland und freute sich, daß ich ihn kannte. – Seiner Frage, wie ich mir die künftige Verfassung dächte, wich ich dadurch aus, daß ich sagte, wir wüßten ja noch nicht, was aus Bremen werden solle. Dorn erklärte dann, es würden *Wesermünde, Osterholz und die oldenburgischen Wesermarschen mit Brake zu Bremen kommen, vielleicht auch die Stadt Delmenhorst*.⁶⁹ Auf meine Frage verneinte er, daß Verden einbeschlossen werden würde. Ich bedauerte das aus Ernährungsgründen. Dorn: Es müßten Verträge mit anderen Gebieten abgeschlossen werden. Auf meine Frage, ob eine *deutsche Zentrale* bleiben werde (die ich, als er von den Steuern sprach, anschnitt), sagte Dorn *für sich persönlich*, nach seiner Überzeugung werde eine Zentrale bleiben.⁷⁰ – Bei der Justiz, die Ländersache werden würde, fragte Dorn, ob der Richterstand nicht sehr nationalsozialistisch durchsetzt sei; ich erwiderte, ich glaube das nicht; die Parteimitgliedschaft sei zum Teil unter Zwang erworben.⁷¹ Dorn betonte allgemein die Notwendigkeit, den Apparat einzuschränken. Im übrigen habe man ja das Vorbild der alten bremischen Verfassung hinsichtlich Verwaltung des Landgebietes und der Gemeinden.⁷² Ich sagte, ich dächte mir eine weitge-

⁶⁸ Dr. Friedrich Meinecke, 1862–1954. Bedeutender Historiker (Geistes- und Ideengeschichte), bis 1929 Professor in Berlin, 1947 Gründungsmd. und Rektor der Freien Universität Berlin; stand dem Nationalsozialismus trotz zeitweiliger Verunsicherung durch die außenpolitischen und militärischen Erfolge des Regimes aufgrund seiner liberalen Überzeugung ablehnend gegenüber. – Spitta war über seine Frau mit Meinecke verwandt. In seinem Beileidsschreiben an die Witwe nimmt er auf dieses Gespräch mit Dorn Bezug (StAB: NL Spitta 7, 63–22/5).

⁶⁹ Eine Einbeziehung Delmenhorsts in die Enklave war nie vorgesehen, vgl. Kap. 2, Anm. 48.

⁷⁰ Nachdem die Pläne zur Zerstückelung Deutschlands bei der Konferenz von Jalta aufgegeben worden waren, setzte sich im März 1945 das amerikanische Außenministerium mit seiner Konzeption durch, eine interalliierte Militärregierung für ganz Deutschland und, soweit nötig, zentrale deutsche Verwaltungseinrichtungen zu schaffen, zugleich aber den Ländern möglichst weitgehende Kompetenzen zuzuweisen, um durch einen solchen föderativen Aufbau eine gewisse Dezentralisierung Deutschlands zu erreichen. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland teilte diese Vorstellungen. (Hermann Graml, Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945, in: VfZ 24/1976, S. 308–323).

⁷¹ Bei dieser Einschätzung täuschte sich Spitta. Nach einem von ihm gezeichneten Bericht für den Präs. des Senats vom 6.7.1948 (StAB: 3–B.10.b. Nr.6) mußten von 49 Richtern, die im Mai 1945 dem Landgericht und den Amtsgerichten in Bremen angehörten, 29 ausscheiden, ebenso am Amtsgericht Bremerhaven sieben von 13 Richtern. Außerdem wurden sieben von neun Staatsanwälten und zwei von vier Amtsanwälten entlassen. Die Militärregierung beanstandete später wiederholt, daß der Senat bei der Säuberung der Justizverwaltung zu nachsichtig verfahren sei.

⁷² Die Verfassung von 1920 billigte den Gemeinden Bremen, Bremerhaven und Vegesack sowie dem als Kreis organisierten Bremer Landgebiet weitgehende Selbstverwaltung, Finanzhoheit und das Recht zur Verabschiedung eigener Gemeinde-

hende lokale Selbstverwaltung der Gemeinden mit Aufsicht des Bremer Senats. Dorn meinte, verfassungsmäßig solle zunächst das bisherige Land Bremen wieder eingerichtet werden; das andere werde dann später an- und eingegliedert. – Als ich gegen 10 Uhr von Dorn entlassen wurde, blieb Apelt für sein examen rigorosum bei Dorn. – Draußen spreche ich Theil, der zu demselben Zweck zu Dorn geladen ist. Unterwegs Paulmann. Beiden gegenüber betone ich die Notwendigkeit vertrauensvoller Zusammenarbeit ohne Parteienscheidung.

Nachmittags Besprechung bei Bürgermeister Vagts über Senatsbildung. Teilnehmer: Vagts, Apelt, Kaisen, Theil, Wolters, Behrens und ich. Wolters tatsächlich Führer der bremischen Kommunisten;⁷³ behauptet (nach Mitteilung Kaisens), daß sie seit Jahren nichts mehr mit Rußland zu tun hätten, kein Geld, keine Anweisungen. Wolters will als Ressorts öffentlichen Arbeitseinsatz (Zwangsarbeit der Nazis) und Quartieramt (Wohnungszwangswirtschaft) sowie die Polizei. Zugestanden nur Arbeitseinsatz, dazu Ernährungswesen. Absicht von uns: Wolters stark in verantwortliche Arbeit einzuspannen. Kaisen hat ihm gesagt: Mitarbeit im Senat setze voraus, daß der Senat einheitlich auftrete und jedes Mitglied den Senat decke, auch wenn es überstimmt sei.

Zweifelhaft noch Finanzen; Nolting-Hauff? Daneben als zweiter Senator Wenhold. Im Bauwesen vielleicht Kaufmann Dr. Hillmann⁷⁴ neben Theil als zweiter Senator. In Ernährung neben Wolters Bölken. Als Kaufmann von Düring oder Hillmann. Düring vielleicht Präses der Handelskammer. Prof. Dorn hat Apelt gebeten, ihm Präses der Handelskammer vorzuschlagen. Besprechung mit Vagts über Kirchliches. Neuordnung der Evang[elischen] Kirche. Nachher bei Bote in derselben kirchlichen Frage; dort Pastor Speckmann.⁷⁵ – Bei Knittermeyer in Staatsbibliothek. Behörde für Kunst und Wissenschaft und „Wittheit“. Wittheit unmittelbar unter dem Reg[ierenden] Bürgermeister?

und Kreisverfassungen zu. Der Senat hatte das Aufsichtsrecht. Die Bürgerschaft fungierte, soweit ihr nicht durch Gesetz weitere Kompetenzen übertragen waren, als Parlament der Stadtgemeinde Bremen. Nach der Verfassung von 1947 besteht der Stadtstaat aus zwei Gemeinden: den Städten Bremen und Bremerhaven, denen weitgehende Selbstverwaltung zugestanden wird. Vegesack und das Landgebiet waren 1939 der Stadt Bremen eingegliedert worden. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 136, 257–266).

⁷³ Wolters gehörte seit Ende April 1945 der Leitung des Bezirks Nord-West der – noch nicht zugelassenen, illegalen – KPD an. In Bremen selbst soll Ende Mai 1945 Rudolf Rafter zum Politischen Leiter, Heinrich Reichel zum Organisations-Leiter gewählt worden sein (Adamietz, Das erste Kapitel, S. 52 aufgrund eines Interviews mit Reichel).

⁷⁴ Dr. Ludwig Hillmann, 1892–1977. Jurist, vor 1933 Handelsrichter und Beisitzer beim Landesarbeitsgericht Bremen, dann Kaufmann in der Holzwirtschaft, 13.6.1945–30.3.1946 halbamtmlicher Senator, zuständig für das Bauwesen (BDV).

⁷⁵ Edwin Speckmann, 1886–1951. Seit 1943 Pastor der Bremer St. Ansgarii-Gemeinde.

Donnerstag, 24. Mai 1945

Auf Vagts' Wunsch arbeite ich für die Amerikaner (Welker) eine geschichtliche Darstellung aus: der Senat zugleich Stadtmagistrat und Landesregierung.⁷⁶

Freitag, 25. Mai 1945

Vormittags von 8½ Uhr an Besprechungen, zuerst mit Apelt (Aufzeichnung für die Amerikaner, von Düring, Vorschlag der Baumwollbörse für den Senat: Bote), dann mit von Düring, der für den Senat bereit ist, mit Vagts (Aufzeichnung für die Amerikaner, Bildung des Senats, Schwierigkeiten, die die Amerikaner – wie Vagts meint, nicht aus böser Absicht – der bremischen Verwaltung machen; Vagts will Sonntag ein Memorandum für Welker aufsetzen, das eine Art Ultimatum und bedingtes Entlassungsgesuch enthalten soll), mit Direktor Grohne⁷⁷ vom Focke-Museum (Waffensammlung von Ängstlichen in einen Teich geworfen!), mit Buch bei Schulze-Smidt⁷⁸ (weiter zerstörtes Büro), mit Versorgungsstelle, Besoldungsstelle und Schmidt I über Auszahlung der Gehälter und Ruhegehälter. [...]

Nachmittags Sitzung des Vorstandes und Beirates der Goethe-Gesellschaft bei Kippenberg. Beschlossen: Weiterarbeit in kleinen Kreisen in Privathäusern; Versuch größerer Veranstaltungen. Schwierigkeit der Benachrichtigung der Mitglieder ohne Post und Telephon und angesichts der Wohnungsänderungen infolge Bombenzerstörungen und Beschlagnahme; Einsatz von Jugendlichen. Frage, wo noch ein unzerstörter oder noch nicht von den Amerikanern beschlagnahmter Raum für größere Versammlungen zu haben ist. Die Raumnot, besonders auch für die bremischen Behörden ist infolge der rücksichtslosen Beschlagnahme der Amerikaner (z.B. des ganzen Hauses des Reichs) unerträglich geworden.

Umzug von Schwachhauser Ring nach Händelstraße 9. [...]

⁷⁶ In der Denkschrift mit diesem Titel trat Spitta für die Beibehaltung der traditionellen Doppelfunktion des Senats ein. In einer zweiten umfangreicheren Denkschrift „Bremen als freie Stadt und Land (Stadtstaat)“ plädierte er darüber hinaus dafür, Bremen als Land zu erhalten und ihm bei einer Veränderung der Ländergrenzen unbedingt die Souveränität über das Unterwesergebiet und die dortigen Häfen zu belassen (StAB: 3–B.10a. Nr. 2[1], Akte 1; engl. Fassung: „Bremen as a Free Town and Land“, ebenda: NL Spitta 7, 63–1/1).

⁷⁷ Dr. phil. Ernst Grohne, 1888–1957. 1924–1953 Direktor des Gewerbemuseums und des Focke-Museums für bremische Altertümer (1927 zum Focke-Museum vereinigt), 1953 Verleihung des Professorentitels durch den Senat. Vgl. Brem. Biogr., S. 184ff.

⁷⁸ Dr. jur. Arthur Schulze-Smidt, 1870–1945. RA und Notar, Urenkel des Bgm. Johann Smidt, seit 1902 im Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, 1939 von Hitler zum „Justizrat“ ernannt, im Beirat der „Wittheit“ und Geschäftsführer der Smidt-Stiftung. Spitta hatte 1899 nach dem Assessorexamen in der Anwaltssozietät, der Schulze-Smidt angehörte, seine erste Stelle erhalten.

Samstag, 26. Mai 1945

[...]

Besprechung mit Rechtsanwalt Dr. Jan über bremische Justiz; die Amerikaner wollen keinen Richter, der jemals, wenn auch unter Druck, der Nazi-Partei beigetreten ist. Dann sollen nur noch zwei Richter übrigbleiben!⁷⁹

Sonntag, 27. Mai 1945

Bei Frau Dr. Bücking gefrühstückt. Auf dem Wege dorthin kein Mensch auf der Straße; eine tote Stadt, sonst war selbst noch im Kriege starker Sonntagsbetrieb. Die Bevölkerung strömte zum Bahnhof; tausende waren mit Rädern unterwegs; auch im Bürgerpark Familien mit Kindern. Jetzt alles wie ausgestorben; dazu der Anblick der Ruinen ringsum, eine unheimliche Szene und Stille. Nur im Bürgerpark einige Holzsammler; am Bunker einige „Unbefugte“, die auf ihren kleinen Bollerwagen Bänke wegfahren, wohl zum Verheizen. Das Gefühl für Mein und Dein völlig geschwunden. Gestern jammert Frau Schlaake, daß ihr aus der Waschküche am Schwachhauser Ring 75, anscheinend am hellen Tage, ihr großer Kohlenherd gestohlen sei. Die Ruinen der Häuser gelten als vogelfrei; nicht nur die Trümmer werden weggebracht, auch Teile von noch stehenden Häusern werden von Fremden herausgebrochen und abgefahren, so in Kurt Beckers⁸⁰ Haus an der Schwachhauser Heerstraße.

Besprechung mit den Richtern Bredenkamp und Steengrafe⁸¹ über Justiz, Parteizugehörigkeit, Gehälter und Ruhegehälter der Reichsbeamten usw. Besprechungen mit Prof. Gross⁸² und Dr. Noltenius⁸³ über Ärztli-

⁷⁹ Dr. Arnold Appel, vgl. Kap. 2, Anm. 106; Dr. Hans Tjaden, 1888–1953.

⁸⁰ Dr. Kurt Becker-Glauch.

⁸¹ Gustav Bredenkamp, 1880–1949. Richter, seit 1921 Vors. der Kammer für Handelssachen am Landgericht, langjähriges Vorstandsmd. der Kirchengemeinde Unser-Lieben-Frauen, seit 1937 Md. der NSDAP, 1940/41 aktive Beteiligung am Kampf gegen den deutschchristlichen Bremer Bischof Weidemann; am 15.3.1947 aus seinem Richteramt entlassen, dann in den Ruhestand versetzt, bis zum 31.3.1948 zur Abwicklung laufender Angelegenheiten vom Senat mit Privatvertrag weiterbeschäftigt, im Spruchkammerverfahren als „entlastet“ eingestuft, dagegen Widerspruch der Militärregierung. – Dr. Otto Steengrafe, 1877–1948. Landgerichtsdirektor, 1933–1937 Md. des Kirchenausschusses und des Kirchentages der BEK, seit Mai 1937 Md. der NSDAP.

⁸² Dr. med. Heinrich Gross, 1869–1954. Arzt, 1901 Habilitation als Chirurg in Jena, ließ sich 1904 in Bremen nieder. Der Senat verlieh ihm im Ersten Weltkrieg als Lazarettleiter den Professorentitel. 1905–1937 Leiter der chirurgischen Abteilung am St.-Joseph-Stift, praktizierte danach als niedergelassener Arzt in Bremen. Vgl. Brem. Biogr., S. 186f.

⁸³ Dr. med. Bernhard Noltenius, 1882–1955, Arzt, seit 1912 in Bremen, 1919–1933 und seit 1948 Hrsg. des „Bremer Ärzteblattes“, 1948–1955 Präs. der Landesärztekammer, 1920–1923 und 1946–1951 MdBü (DVP, BDV, FDP), 1945 Gründungsmd. der BDV. Vgl. Brem. Biogr., S. 352f.

ches. Normalbedarf Bremens an Krankenhausbetten 3000; vorhanden oder zu schaffen (Mißlers Auswandererhallen) 500 Betten.⁸⁴

Besprechung mit Jüdefeind, der wieder aus seinem Treibstoffamte entfernt ist und privatisiert.

[...]

Auf dem Rückwege [von Sanders Deichhaus] mit einem Unbekannten, der gefischt hatte, politische Unterhaltung antifaschistischer Art. Er nennt seinen Namen (Behrens), zwingt mich schließlich, meinen Namen zu nennen. Er kennt meine Senatoren-Eigenschaft, sagt, ich hätte durch ihn „die Stimme des Volkes“ gehört, usw.

Montag, 28. Mai 1945

[...] Besprechungen wieder am laufenden Bande. Mit dem Ausschuß der Anwälte Strohmeier, Düsing, Janssen, Hasenkamp⁸⁵ über Richterkollegium, Anwaltskammer, Richterrecht, Aufhebung von Nazigesetzen usw. Mit Dr. Groscurth⁸⁶ über Wirtschaft; er kommt mit den Amerikanern nicht weiter; Häfen und Betriebe darf die bremische Verwaltung nicht betreten; es kommt nichts in Gang.⁸⁷

⁸⁴ Bremen verfügte während des Krieges über 3300 Krankenhausbetten, darunter 1550 Betten in auswärtigen Häusern (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 578). Die meisten Krankenhäuser waren bei Luftangriffen und bei den letzten Kämpfen um Bremen zerstört oder schwer beschädigt worden. Das Hilfskrankenhaus Bremen-St. Magnus wurde von den US-Truppen beschlagnahmt. Im Juli 1945 konnte ein kirchliches Krankenhaus durch Übernahme eines ehemaligen Marinelazaretts erweitert und ein Ausweich-Krankenhaus in Holdheim (Oberneuland) geschaffen werden; im Dez. wurde das Krankenhaus Sebaldsbrück als Zweigstelle der Städtischen Krankenanstalten eröffnet. Aber noch 1948 waren die Bremer Krankenhäuser überfüllt. – Die Mißlerhallen im Findorff-Viertel, ursprünglich als Unterkünfte für Auswanderer errichtet, dienten in den 1920er Jahren als Polizeikaserne, 1932 als Arbeitsdienstlager, von März bis Sept. 1933 als Konzentrationslager für mehr als 200 Häftlinge. (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 102ff.; MarBolek/Ott, Bremen, S. 122ff.).

⁸⁵ Bremer Ausschuß des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer: Dr. Johann Hinrich Strohmeier, 1881–1947, RA und Notar; Dr. Ernst Düsing, 1894–1980, RA und Notar; Dr. Friedrich Hasenkamp, 1903–1988, RA und Notar; für Dr. Hermann Janssen vgl. Kap. 1, Anm. 138.

⁸⁶ Dr. jur. Reinhard Groscurth, 1895–1983. Regierungsdirektor, 1935 Justitiar der Wasserstraßendirektion in Bremen; am 31.7.1945 auf Anordnung der Militärregierung als Leiter der Binnenschiffsabteilung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen wegen seiner Beziehungen zur NSDAP entlassen; später wieder eingestellt, 1954: 40jähriges Dienstjubiläum in seinem alten Amt. Sohn des Pastors Reinhard G. (1866–1949) und Bruder des Offiziers Helmuth G. (1898–1943), der zum Verschwörerkerkreis des 20. Juli gehörte.

⁸⁷ Deutsche durften die bremischen Häfen nicht betreten. Am 28.5.1945 stellte die amerikanische Militärregierung aber die Ausgabe von Hafenkarten an Personen in Aussicht, die dort beschäftigt waren oder amtlich zu tun hatten. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedereröffnung der Häfen geschaffen. Am 13.6.1945 wurde der Schiffsverkehr in Bremerhaven wiederaufgenommen; Ende Okt. 1945 machten die ersten Überseeschiffe in Bremen fest.

Mit Dr. Hagens über Richtergehälter usw. Er klagt, daß sich der amerikanische Major Bechtel⁸⁸ um Kleinigkeiten wie Lohnlisten kümmere, sich aber nicht auf Besprechung der großen Fragen einlasse.

[...]

Nachmittags Besprechung in der Handelskammer über Gründung einer Partei. Apelt, Wenhold, Fürst, Richter,⁸⁹ Ficke. Richter und Ficke für baldige Gründung einer demokratischen Partei. Ich dagegen, daß eine alte Partei wieder auflebt. Gegen ideologische Programmpunkte. Schildere, daß wir Besiegte und Unterworfenen sind und unter Fremdherrschaft und Diktatur stehen. Senat, Beamtenkörper, Gebietsumfang, Verfassung, Gesetze, Finanzen und Wirtschaft, alles hängt von den Amerikanern ab. Kein Versammlungsrecht, kein Recht freier Meinungsäußerung, keine Preßfreiheit, Zensur. In der Schule Lehrpläne und Schulbücher nach amerikanischer Vorschrift. Unterernährung und Sterben der Bevölkerung. 3000 Betten Krankenhaus-Normalzahl Bremens; 500 zu beschaffen. Dies Erntejahr kann durchgehalten werden; das nächste im Brotgetreide bedrohlich. Es gibt nur einen Programmpunkt: Arbeit und Brot beschaffen und Einschränkung der Unterernährung und des Sterbens in unserer Bevölkerung. Dafür Zusammenschluß aller Gutwilligen, rechts und links, der sog[enannten] Bürgerlichen und der Sozialisten. Alle früheren Parteiunterschiede, alle Wahlrechtsfragen und dergleichen verschwinden gegenüber dieser einen Lebensfrage.

Nach Aussprache beschlossen, den Amerikanern unter Hinweis auf die Antifaschisten-Liga die Frage vorzulegen, ob sie politische Partei oder Vereinigung gestatten würden. Mit wenigen Sätzen Wiederaufbauprogramm dieser Vereinigung schriftlich niederlegen und den Amerikanern überreichen (Kennedy⁹⁰ oder Welker?). – Nachher mit Wenhold über Senatsbildung.

Dienstag, 29. Mai 1945

[... persönliche Zukunft verschiedener Bekannter, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren].

⁸⁸ Harold Reimers Bechtel, Leiter der Finanzabteilung der Bremer Militärregierung.

⁸⁹ George Albrecht Fürst, 1876–1969. Kaufmann, nach mehrjähriger Tätigkeit in den USA und England seit 1914 Inhaber einer Baumwollimportfirma in Bremen, 1942–1947 und 1949–1950 Vizepräs. der Bremer Baumwollbörse, 1945–1952 Vizepräs. der HK Bremen. Emil Richter, 1897–1960. Seit 1934 Leiter der Bausparkasse in Bremen, seit Juli 1945 Direktor bzw. Generaldirektor der Sparkasse in Bremen; Mitbegründer der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, die 1945 für die Entnazifizierung der HK eintrat und eine Zusammenarbeit mit der KGF erstrebte (vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 128, 349f.; Brem. Biogr., S. 403ff.).

⁹⁰ E. Russell Kennedy, amerikan. Major, 27.4.–4.7.1945 Chef des Public Safety Branch (Innere Sicherheit, Polizei) der Bremer Militärregierung.

Nachmittags kirchliche Besprechung bei Vagts; Dr. Kurz und Dr. [Jules Eberhard] Noltenius. Ergebnis: Rücktritt der vorläufigen Kirchenregierung; Berufung einer neuen vorläufigen durch Senat.⁹¹ Vorschläge soll ich dem Bürgermeister machen. Hinterher Besprechung mit Kurz und Noltenius. Vorschlag des Pfarrervereins (Rahm).⁹² In Aussicht genommen: Dr.

⁹¹ In Bremen war es in der NS-Zeit zu besonders heftigen Auseinandersetzungen um die Organisation der Evangelischen Landeskirche gekommen. Nach der Verfassung von 1920 besaß hier der *Kirchentag* die früher vom Senat wahrgenommenen Rechte des Summus Episcopus: die oberste Leitungsgewalt. Als Verwaltungsorgan wählte er den neunköpfigen *Kirchenausschuß* und dessen Vorstand, bestehend aus dem Präs., dem Vizepräs. (beide Laien) und dem Schriftführer (einem Pfarrer), dem die geistliche Aufsicht oblag. Um die Gleichschaltung der BEK und ihre Eingliederung in die geplante Reichskirche sicherzustellen, wurde Wohlfahrtssenator Otto Heider am 27.6.1933 zum Reichskommissar ernannt, der den verfassungsmäßig gewählten Kirchentag und Kirchenausschuß sofort auflöste und die Bildung eines neuen von Deutschen Christen beherrschten Kirchentages erreichte. Dieser wählte am 30.8.1933 Heider zum Kirchenpräs. und den Führer der Deutschen Christen, Heinrich Weidemann, zum Schriftführer. Da ein Antrag, Weidemann zum Landesbischof zu wählen, von der Opposition zunächst verhindert werden konnte, setzte Heider am 24.1.1934 alle Gemeindeordnungen außer Kraft, löste den Kirchentag auf und degradierte den Kirchenausschuß zum beratenden Organ. Die Gemeinden verloren ihre Autonomie. In ihnen wie in der gesamten Bremer Kirche galt fortan das „Führerprinzip“. Am 13.6.1934 erließ Heider ein „Gesetz“, das die BEK in die Deutsche Evangelische Kirche eingliederte; am 30.6.1934 wurde Weidemann als Landesbischof in sein Amt eingeführt. Für alle diese Maßnahmen fehlte nach Ansicht der Opposition die Rechtsgrundlage. Weidemanns willkürliche, auf persönliche Geltung und auch Bereicherung zielende Amtsführung ließ wachsenden Widerstand gegen ihn entstehen, der weit über die Kreise der Bekenndenden Kirche hinaus bis in die Reihen der Deutschen Christen reichte. Im Dez. 1941 wurde er aus seinem Amt entlassen, im Juli 1943 nach verschiedenen Versuchen, sich mit Hilfe seiner Anhänger zu behaupten, vom Senat unter Hausarrest gestellt und Ende Jan. 1944 verhaftet. Im Febr. 1943 ernannten die DEK-Kanzlei und das Reichskirchenministerium nach einem längeren Interim den gemäßigten Magdeburger Oberkonsistorialrat Johannes Schultz zum kommissarischen Landeskirchenführer, der seinerseits eine neue kommissarische Kirchenregierung aus gemäßigten Deutschen Christen, darunter Jules Eberhard Noltenius, berief. Schultz trat am 31.5.1945 von seinem Amt zurück. Durch eine von Spitta entworfene Verfügung des Reg. Bgm. vom 15.6.1945 wurden alle seit Jan. 1934 auf dem Gebiet des kirchlichen Verfassungsrechts ergangenen Verordnungen für rechtswidrig und unwirksam erklärt. Die Gültigkeit der Verfassung vom 14.6.1920 wurde bekräftigt und ein neuernannter vorläufiger Kirchenausschuß beauftragt, für die Wiederherstellung der alten Gemeindeordnungen und die korrekte Wahl des Kirchentages zu sorgen. Dieser sollte dann gemäß der Verfassung den endgültigen Kirchenausschuß wählen, der vorläufige nach dessen Zusammentritt seine Tätigkeit beenden. (Vgl. Meyer-Zollitsch, *Evangelische Kirche*, S. 70–88, 110–124, 284–302, 331–337; Stoevesandt, *Bekennende Gemeinden*, S. 15–56, 95–124; Heinonen, *Anpassung und Identität*).

⁹² Hermann Rahm, 1885–1950. Pastor, 1925–1934 in Hastedt bei Bremen, 1934–1950 am St. Petri-Dom, 1933 Md. des von Heider ernannten Kirchenausschusses, 1934 des Kirchentages der BEK, Deutscher Christ, kündigte aber Weidemann Ende 1941 namens der Arbeitsgemeinschaft Bremer Pastoren die weitere Zusammenarbeit auf, 1946–1948 aus politischen Gründen suspendiert, 1948–1950 Pastor prim. Vgl. Brem. Biogr., S. 392f.

Ahlers, Donandt, Urban, Hackländer, Hermann Edzard, Bankier Meyer (?).⁹³ Weg: Ordnung in den Gemeinden; dann Kirchentag; dieser wählt endgültige Kirchenregierung.

Bei Bredenkamp wegen der Zahlung der Gehälter an die Reichsbeamten, ohne Belastung des bremischen Staates, Deckung durch Reichsbank.

Unentschieden, ob und welche Ruhegehälter an die ausscheidenden Beamten gezahlt werden sollen. Ebenso Reichsgehälter und Reichsruhegehälter sowie Kriegshinterbliebenenversorgung zweifelhaft.⁹⁴ Das Ausscheiden der Beamten droht einen großen Umfang zu bekommen. Bei der Unterrichtsverwaltung von etwa 1600 Menschen 98 Prozent Pg. und 96 Prozent in Verbindung mit Partei (Organisationen).⁹⁵

⁹³ Dr. Richard Ahlers, 1884–1950. RA und Notar, 1945/46 Präs. der BEK, bis 1942 und seit 1945 Präs. der Philharmonischen Gesellschaft in Bremen, Gründungsmd. der Bremer CDU, April–Juli 1946, 1947–1950 MdBü. Ahlers' Anwaltssozietät hatte im Okt. 1941 Klage gegen Landesbischof Weidemann eingereicht. Im Juli 1946 wurde A. von der Militärregierung aus allen seinen öffentlichen Ämtern entlassen, weil er die Entnazifizierung der Bremer Kirche nicht energisch genug betrieben habe. Tatsächlich hatte A. auf entschiedenerer Selbstreinigung gedrängt, sich im vorl. Kirchenausschuß aber nicht durchsetzen können. In einem Schreiben an Welker setzte sich Bgm. Kaisen für ihn ein. Er verwies auf Ahlers' Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus und protestierte gegen die Verletzung seiner Abgeordnetenimmunität und die Behinderung seiner beruflichen Arbeit. (StAB: 3–B.10.b. Nr. 40). Vgl. Brem. Biogr., S. 8ff.

Dr. h. c. Ferdinand Donandt, 1889–1966. Rechtsanwalt, Juni 1945 Hilfsrichter, 1934 Md. des Kirchenvorstands der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen, zeitw. Md. im Landesbruderrat, 1945/46 Vizepräs., 1946–1958 Präs. der BEK, 1960 Ehrendoktor der Universität Göttingen; Sohn des Bgm. Martin D. F. Donandt.

Erich Urban, 1885–1965. Pastor, 1919–1956 an der Friedenskirche in Bremen, seit 1933 Md. des Pfarrernotbundes und Landesbruderrats der Bekennenden Kirche; 1945–1958 Schriftführer des Kirchenausschusses der BEK.

Emil Hackländer, 1888–1968. Pastor, 1919–1959 an der St. Michaeliskirche in Bremen, 1945/46 und 1948/49 auch für die Strafanstalt zuständig, 1945–1958 Md. und zeitweise stellvertretender Schriftführer des Kirchenausschusses der BEK.

Hermann Edzard, 1891–1968. Kaufmann, Hausmakler, 1941 bis zur Absetzung durch das Reichskirchenministerium zwei Monate lang Vors. der Finanzabteilung der BEK, 1945–1958 Schatzmeister der BEK.

Carl Eduard Meyer, 1880–1954. Mitinhaber einer Privatbank, 1935–1941 Schatzmeister der BEK, brachte durch Aufdeckung der fragwürdigen Finanzpraktiken Weidemanns das Verfahren gegen diesen in Gang und wurde daraufhin von ihm abgesetzt.

⁹⁴ Nach den im Mai 1945 maßgebenden Instruktionen der Militärregierung erhielten im Zuge der Entnazifizierung ausscheidende Staatsbedienstete (Parteimitglieder vor dem 1.4.1933) keine Versorgungszahlungen; den im Ruhestand lebenden wurden die Bezüge gestrichen. Im Nov. 1945 wurde die Regelung entsprechend den neuen Entnazifizierungsbestimmungen weiter verschärft: Allen betroffenen Versorgungsempfängern wurden aufgrund einer Verfügung des Senats vom 23.11.1945 zum 1.12. die Bezüge gesperrt. (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3–B.10.b. Nr. 4).

⁹⁵ Nach den im Mai 1945 geltenden Anordnungen der Bremer Militärregierung mußten Beamte, Angestellte und Arbeiter den Staatsdienst verlassen bzw. im Ruhe-

Mehrere Besprechungen, die bei Vorhandensein von Telefon $\frac{1}{2}$ Stunde beansprucht hätten, erfordern jetzt ermüdende Wege auf dem schlechten, bei regnerischem Wetter dreckigen Pflaster und nehmen manchmal mehrere Stunden. Dabei, abgesehen vom Verfehlen des Aufgesuchten, Schwierigkeiten, in die Häuser zu kommen, da die elektrischen Klingeln mangels Strom nicht benutzt werden können; das Klopfen wird nicht immer gehört oder nicht gleich gehört. Man wird sich später in diese täglichen Unbequemlichkeiten und den Kraft- und Zeitaufwand, den diese Zerstörungen nötig machen, kaum zurückversetzen können; vollends wird jemand, der dies nicht selbst durchgemacht hat, sich keine Vorstellung davon machen können, wie das Leben in einer Großstadt ohne Versorgungswerke, ohne Verkehrsmittel, ohne Post, Telephon und Rundfunk, ohne die regelmäßige Zufuhr von Lebensmitteln und ohne Kohlen gewesen ist. Schlimmer freilich, daß nichts vorwärtskommt, weder in der Verwaltung, noch in der Wirtschaft und dem Wiederaufbau, da die Amerikaner unglaublich langsam arbeiten und sich entscheiden und von einem erstaunlichen Formalismus und Bürokratismus sind – bei den meisten wohl nicht aus bösem Willen, sondern aus Sturheit, Besorgnis, in Washington anzustoßen, Überheblichkeit und Unkenntnis. Jeder, der mit ihnen zu tun hat, hat dieselbe Not.

[...]

stand auf Bezüge verzichten, wenn sie der NSDAP vor dem 1.4.1933 angehört hatten, aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit in den Staatsdienst gelangt waren oder in der Partei nach dem Stichdatum mindestens das Amt eines Ortsgruppenleiters, in der SA und dem NSKK den Rang eines Sturmführers, in der SS den Rang eines Untersturmführers innegehabt hatten. Aus der Schulverwaltung sollten darüber hinaus alle ehemaligen Nationalsozialisten ausscheiden, auch diejenigen, die erst nach dem 1.4.1933 in die Partei aufgenommen worden waren (Protokoll der Besprechung b. Reg. Bgm. am 17.5.1945, StAB: 3/3). Durch eine Direktive des amerikanischen Hauptquartiers vom 7.7.1945 wurden die Bestimmungen drastisch verschärft: Als untragbar galten nun alle, die der NSDAP bis zum 30.4.1937 beigetreten waren, in ihr zu irgendeiner Zeit mindestens das Amt des Blockleiters ausgeübt, in den Gliederungen den Rang des Scharführers bekleidet oder der Allgemeinen SS oder dem Sicherheitsdienst (SD) angehört hatten. – Im Schulbereich mußten von 1410 Beamten und 326 Angestellten am 1.4.1945 783 Beamte (55,5%), darunter 763 Lehrer, und 71 Angestellte (21,8%) bis zum 31.3.1946 als politisch belastet ausscheiden. Das Lehrerkollegium war infolge des Krieges um ca. 20%, infolge der Entnazifizierung um weitere 40% verkleinert und insgesamt mit einem Durchschnittsalter von 55 Jahren stark überaltert. Die zuständige Behörde rechnete im April 1946 damit, höchstens 750 Lehrer, ein Drittel des regulären Bestandes, beschäftigen zu dürfen. (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3-B.10.b. Nr. 4). Die meisten Pädagogen hatten dem NS-Lehrerbund angehört; daraus ergibt sich die hohe Schätzung von 96% mit Verbindungen zur NSDAP.

Mittwoch, 30. Mai 1945

[...]

Rechtsanwalt Dr. Drewes⁹⁶ über Zerstörung der Justiz durch die von den Amerikanern verfügten Beamten-Entlassungen. Formalismus der Parteizugehörigkeit. In der Justiz rechnen die Amerikaner die Partei-Anwärterschaft als Partei-Mitgliedschaft.⁹⁷ Wenn die Amerikaner bei Senat, Justiz, Polizei und Schule an ihrem sturen Standpunkt festhalten und auch im übrigen nichts vorwärtskommen lassen, sehe ich den Augenblick kommen, in dem wir erklären müssen, daß wir die Verantwortung nicht übernehmen könnten und die Mitwirkung im Senat ablehnten. Das Schlimmste ist, daß offenbar Bremer aus Fanatismus, Rache oder Torheit den formalistischen Unsinn mitmachen oder die Amerikaner darin bestärken, manche wohl auch, weil sie das Scheitern des Wiederaufbaus wünschen, um den Bolschewismus herbeizuführen. Der Vorstand der Antifaschisten-Liga (Nawrath und andere) geht bei den Amerikanern ein und aus. Auch Leute wie Richter⁹⁸ blasen in dasselbe Horn.

Nachmittags sind Wenhold, Bölken, von Düring und Helms bei Vagts gewesen. Als von Düring und Helms über ihre Partei-Anwärterschaft Aufklärung gegeben haben, hat Vagts gesagt: Damit sei eine neue Lage gegeben; er müsse darüber erst mit den Amerikanern sprechen. Über die Partei-Anwärterschaft hatten aber Apelt und ich Vagts ausführlich aufgeklärt. Jedenfalls ist jetzt der Eintritt Dürings und Helms in den Senat so gut wie ausgeschlossen. Der Senat verliert dadurch an Fachkenntnis, Sachkunde und Verhandlungsfähigkeit. Besprechung darüber mit Apelt. Wer kommt nun als Kandidat in Frage? Hillmann und Bote (Baumwolle)?

In der Beeidigungs-Versammlung der Rechtsanwälte ist von Dr. Strohmeier erklärt, die Amerikaner sähen Anwärtter der Partei als Mitglieder an; daher dürften auch die von der Anwaltschaft zu stellenden Hilfsrichter nicht Anwärtter gewesen sein.⁹⁹

Richard Duckwitz bei mir; sein Sturmführer-Amt erst beim Eintritt in den Senat verliehen; Plan, als Leiter der kaufmännischen Abteilung in den Vorstand der Stadtwerke einzutreten oder die Leitung der Straßenbahn zu übernehmen.

[...]

⁹⁶ Dr. Fritz Drewes, 1875–1956. RA und Notar, am 27.6.1945 als Hilfsrichter vereidigt, richtete 1949 als RA der Deutschen Partei scharfe Angriffe gegen den für die Entnazifizierung zuständigen Senator Dr. Alexander Lifschütz.

⁹⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 49.

⁹⁸ Emil Richter, vgl. Kap. 2, Anm. 89.

⁹⁹ Die in Bremen zugelassenen Rechtsanwälte wurden am 30.5.1945 von der Militärregierung vereidigt. (StAB: 3–G.3.a. Nr. 533). Da es an einer genügenden Zahl unbelasteter Richter und Staatsanwälte fehlte, wurden 37 von ihnen – meistens mit halber Stelle – zu Hilfsrichtern und Hilfsstaatsanwälten ernannt und am 27.6.1945 im Rahmen der feierlichen Eröffnung der deutschen Gerichte in Bremen von Spitta vereidigt.

Donnerstag, 31. Mai 1945

Es blüht in allen Gärten. Holunder und Akazien stehen schon länger in voller Blüte. Auch im Garten in der Händelstraße Holunder-Blüte. Im Vor- und Hintergarten Rosen. Noch fehlt es im Hause an manchem. Paula und Hanna schuften den ganzen Tag, um mit dem Laufenden und mit Einräumen und Reinemachen fertig zu werden. Heute ist zum großen, sehr nötigen Washtag Eva da. Nach und nach nimmt aber die Ordnung und die Gemütlichkeit zu. Mein Zimmer, das besterhaltene des Hauses, ist ziemlich fertig. Dies umso nötiger, als ich schon mancherlei Amtliches zu tun habe und noch keinen Raum im Rathause besitze. Auch Besuche amtlicher Art in unserer Wohnung.

[...]

Nachmittags in der Handelskammer Besprechung über Parteibildung; da die Amerikaner Parteien noch nicht wollen, Vertagung um 14 Tage. Erörterung über Überwindung der alten Parteien und des Gegensatzes: bürgerlich – sozialistisch. Es überwiegt jetzt die Meinung, den Versuch zu einer großen Einheits- und Sammel-Partei zu machen.

Der Landrat von Brake-Wesermarsch ist bei Vagts erschienen und hat sich ihm als Untergebener vorgestellt; so erfährt der Bürgermeister von der Gebietserweiterung.¹⁰⁰ Ebenso sind die Leiter der Ernährungsämter links und rechts der Unterweser bei Dr. Schultz gewesen, um sich ihm zu unterstellen.¹⁰¹ Irgendeine schriftliche oder offizielle mündliche Mitteilung an Bremen ist nicht ergangen.

Abends Apelts. Ersatz-Kandidaten für Düring und Helms? Hillmann, Schütte (Baumwollbörse),¹⁰² Bote?

[...]

Freitag, 1. Juni 1945

Kirchliches mit Dr. Leist.¹⁰³ Er billigt meinen Vorschlag, die vorläufige Kirchenregierung so aufzuziehen, wie der Kirchenvorstand und Kirchenausschuß [nach] der Kirchenverfassung von 1920 geregelt waren. Bereitschaft der Mitarbeit. Personalfragen. Im Rathause bei Bürgermeister

¹⁰⁰ Der Gebietsumfang der Enklave war seit der Konferenz von Jalta festgelegt (vgl. Kap. 2, Anm. 48), den Besatzungstruppen und der örtlichen Militärregierung aber zunächst nicht genau bekannt. Dadurch konnte der Eindruck einer Gebietserweiterung entstehen.

¹⁰¹ Die amerikanische Militärregierung hatte am 23.5.1945 das Ernährungsamt der Stadt Bremen zur Aufsichtsbehörde für die übrigen Ernährungsämter im Enklavegebiet ernannt.

¹⁰² Franz Schütte, 1879–1967. Kaufmann, im Aufsichtsrat der Bremer Baumwollterminbörse, 1934–1966 Vors. des Bremer Rennvereins, 1943–1966 des Bürgerparkvereins.

¹⁰³ Dr. Otto Leist, 1884–1961. RA und Notar in Bremen, seit 1926 Bauherr von St. Remberti, 1945–1956 stellvertretender, 1956–1958 Vizepräs. des Kirchenausschusses der BEK; vgl. Brem. Biogr., S. 312f.

Vagts. Fall von Düring und Senatsbildung. Vagts will zunächst die acht Vollsenatoren den Amerikanern vorschlagen.

Mit Dr. Kurz Kirchliches.

Bei Knittermeyer in Staatsbibliothek. Er schaufelt mit seinem gesamten männlichen und weiblichen Personal vor dem Gebäude den Schutt von der Straße. [...] Der Gedanke der Amerikaner, Wesermünde wieder Bremerhaven zu nennen; anscheinend Behrens und Dr. Hanns Meyer dagegen und weiter für die Notlösung von 1939.¹⁰⁴

Bei Herrn von Düring. Senat und Kirchliches. – Abends bei Apelt wegen Bremerhavens. – Heute fahren einige lokale Eisenbahnzüge (Vege sack, Oldenbüttel). Die Lebensmittelverteilung kommt langsam in Gang. Zuteilung von Fleisch, Fett, Brot, Nährmitteln und Kaffee-Ersatz auf Marken. Beseitigen der Schuttmassen auf der Straße durch die Anwohner.

Samstag, 2. Juni 1945

Besprechung Apelt, Behrens und ich über Bremerhaven. Die Anregung der Namensänderung Wesermündes ist nur gesprächsweise gegenüber Platz gefallen; Handelskammer dafür. Bedenken von Behrens wegen der Häfen und der Bestrebungen Wesermündes, den Hafen in die Hand zu bekommen (anmaßendes Auftreten des Oberbürgermeisters Koch,¹⁰⁵ das Vagts als „Kriegserklärung“ bezeichnet hat). Ergebnis der Besprechung: Von Bremen soll zunächst nichts geschehen, um die Namensänderung zu betreiben; kommt eine offizielle amerikanische Anregung, so ist die Sache neu zu prüfen; auf jeden Fall muß der Hafen von Bremerhaven auch gemeindlich bei der Stadt Bremen bleiben (Fischereihafen bei Wesermünde). – Wesermünde hofft jetzt, *der* Welthafen der Weser zu werden, da die Häfen der Stadt Bremen schwer beschädigt sind.

¹⁰⁴ Zum 1.11.1939 war Bremerhaven – ohne die der Stadt Bremen angeschlossenen Unterweserhäfen – dem Land Preußen und der preußischen Stadt Wesermünde angegliedert worden. Die so vergrößerte Stadt Wesermünde wurde zum 31.12.1946 Teil des Landes Bremen; ihre Stadtverordnetenversammlung beschloß am 7.2.1947 die Umbenennung in Bremerhaven. Behrens fürchtete, daß die Stadt Wesermünde nach der Umbenennung in Bremerhaven Anspruch auf den gleichnamigen Hafen erheben und Bremen die Hoheit über ihn verlieren würde. Nach der Eingliederung Wesermündes in das Land Bremen fielen diese Bedenken weg. (Protokoll der Besprechung b. Reg. Bgm., 29.5.1945, StAB: 3/3).

¹⁰⁵ Dr. Helmuth Koch, 1889–1963. Jurist, 1937 als ORR und Leiter des Bremischen Amtes in Bremerhaven in den Ruhestand versetzt; 1945/46 kommissarischer Oberbgm. der Stadt Wesermünde und Regierungspräs. der ehemals preußischen Enklavegebiete an der Unterweser, 1948–1949 Präs. des Landesernährungsamtes Hannover, 1950 Regierungspräs. in Lüneburg, 1955–1959 niedersächsischer Finanzminister (CDU). K. war 1933 für die Schaffung einer Großgemeinde Bremerhaven-Wesermünde eingetreten.

Fragebogen für Amerikaner ausgefüllt und abgegeben. Rechtsanwalt Dr. Janssen über Justiz. Vagts hat auf Drängen Welkers Appel¹⁰⁶ zum Landgerichtspräsidenten berufen. Kommissarisch? Die Anwälte haben ihre Bedenken vorgetragen.

[...]

Sonntag, 3. Juni 1945

[...]

Montag, 4. Juni 1945

Im Rathause Pastor Rahm, Dr. Kurz und ich über Wiederherstellung der Rechtsordnung in der Bremischen Evangelischen Kirche. Personenfragen. Vorschläge des Pfarr[er]vereins: Urban, Hackländer, Wilken. Kaufmann aus Domgemeinde?¹⁰⁷

10 Uhr mit Anwaltsausschuß im Gerichtsgebäude bei Captain Guthrie.¹⁰⁸ Richterliste (Anwälte) und Geschäftsverteilung. Schwierige Personenfrage Appel, den Vagts auf Drängen Welkers zum vorläufigen Landgerichtspräsidenten bestellt hat. Er soll nun erster Staatsanwalt – eventuell Generalstaatsanwalt – werden. Lahusen¹⁰⁹ soll Präsidialgeschäfte führen. – Einführungs- und Eröffnungsfeierlichkeit. Wir erklären uns gegen die Absicht der Amerikaner, eine große Sache mit Gästen und Musik zu inszenieren. Rein amtlicher Rahmen.

[...]

Explosion im Polizeihaus mit Toten und Verwundeten. Behrens, der die Explosion beim Kennedy erlebte, berichtet. Kennedy am Kopf verwundet;

¹⁰⁶ Dr. Arnold Appel, 1884–1966. 1915 Rechtsanwalt in Bremen, 1919 Hilfsrichter, 1920–1933 Senatssyndikus/Staatsrat, im März 1933 aus dem Bremer Staatsdienst entlassen, dann an das Amtsgericht Bremen versetzt; im Juni 1945 zum Amtsgerichtsdirektor ernannt, seit 30.11.1945 kommissarischer Präs., 1947–1953 Präs. des Verwaltungsgerichtshofes in Bremen; 1946–1956 Vizepräs. des Kirchenausschusses der BEK. Über die Gründe für die Bedenken der Anwälte war nichts zu ermitteln.

¹⁰⁷ Gustav Wilken, 1889–1980. Pastor. 1927–1959 an der Kirche Unser-Lieben-Frauen in Bremen, seit 1933 Md. des Pfarrernotbunds und Landesbruderrats; 1945/46 im vorläufigen Kirchenausschuß der BEK. Als Vertreter der Domgemeinde wurde der Kaufmann Paul Emil Meentzen, 1893–1978, in den vorläufigen Kirchenausschuß berufen.

¹⁰⁸ Robert Lee Guthrie, Captain, später Major, zunächst Dezernent für Justizfragen der amerikanischen Militärregierung in Bremen; Aug. – Nov. 1945 Leiter der Justizabteilung für die Enklave, dann Richter beim U.S. Court – HICOG in Frankfurt/M.; seit 1954 Rechtsanwalt in Dallas, Texas (StAB: NL Spitta 7,63–24/5).

¹⁰⁹ Dr. Diedrich Lahusen, 1889–1951. RA und Notar in Bremen, Diakon, Bauherr und Md. des Kirchenvorstandes der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen. Am 15.6.1945 zum (anfangs kommissarischen) Landgerichtspräs. und damit zum damals höchsten Bremer Richter bestellt; er legte dieses Amt 1951 nieder, um wieder als Anwalt arbeiten zu können. Vgl. Brem. Biogr., S. 304f.

Behrens unverletzt. Es soll Munition im Hofe explodiert sein. Hoffentlich war die Ursache eine Unvorsichtigkeit der Amerikaner und nicht die Tat eines fanatischen Nazi. Vagts fährt zu Welker, Behrens zurück zum Polizeihaus.¹¹⁰

Staatsrat Dr. Schultz über die Ernährungsfragen. Unsinnige Unterstellung Bremens unter Oldenburg; Bremen gehört ernährungsmäßig zu Hannover – Niedersachsen.¹¹¹ Sperre der hannoverschen Gebiete durch britische Militärverwaltung; dadurch alle Kartoffellieferungen von Rotenburg usw. hinfällig.

Wunderliche Regiererei der Amerikaner. Gerade hat sich Landrat Carstens aus Brake bei Vagts vorgestellt, da ist er vom oldenburgischen Ministerpräsident Tantzen¹¹² abgesetzt und durch seinen Sohn [Theodor J. Tantzen jr.]¹¹³ ersetzt. Mit welcher Befugnis setzt der oldenburgische Mini-

¹¹⁰ Bei zwei schweren Sprengstoffexplosionen im Polizeihaus wurden vier Amerikaner und 41 Deutsche getötet sowie 32 Deutsche schwer verletzt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Unfall ohne irgendwelches Verschulden deutscher Stellen handelte. Das Unglück belastete das Verhältnis zur Militärregierung; deshalb war Spitta darüber entrüstet, daß Wolters in einem Interview ein Attentat von Nationalsozialisten oder eine Zeitbombe deutscher Truppen als mögliche Ursache nannte. (Vgl. Kap. 2, Anm. 146).

¹¹¹ Zur selben Zeit, als die amerikanische Militärregierung die Unterstellung aller Ernährungsämter in der Enklave unter die Bremer Behörde anordnete, nahm das Landesernährungsamt in Oldenburg seine Arbeit wieder auf. Ausgehend von der bei Kriegsbeginn geschaffenen Verwaltungsorganisation, bemühte es sich, die Aufsicht über das Bremer Ernährungsamt wiederzuerlangen. Gerade bei dieser Frage zeigte sich, wie nachteilig für Bremen die Einbeziehung ehemals oldenburgischer (Landkreis Wesermarsch) und preußischer Gebiete (Stadt und Landkreis Wesermünde sowie Landkreis Osterholz-Scharmbeck) in die Enklave und die unklare Kompetenzverteilung zwischen den Besatzungsmächten waren. Die Enklave sollte als Bestandteil der Britischen Zone von einer amerikanischen Militärregierung nach den Richtlinien britischer Politik verwaltet werden. Dies führte insbesondere nach der Auflösung des gemeinsamen Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 zu vielen Differenzen zwischen den Besatzungsmächten, gerade auch bei den schwierigen und lebenswichtigen Versorgungsproblemen. Auch im Zonenprotokoll vom 26.7.1945 wurde der Status der Amerikaner in der Enklave nicht geklärt. Ein Neuordnungsversuch von Anfang Dez. 1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 279) brachte ebenfalls keine befriedigende Lösung. Erschwerend kam hinzu, daß die US-Militärregierung bestrebt war, ihre Enklave ohne Rücksicht auf die alte Ländergliederung und die bestehenden administrativen Strukturen zentral von Bremen aus zu verwalten.

¹¹² Theodor Tantzen, 1877–1947. Landwirt, 1911–1919 und 1923–1928 MdL Oldenburg (Freisinnige Volkspartei, DDP), 1919–1923 Ministerpräs. des Freistaats Oldenburg, 1928–1930 MdR, 1933–1945 als Landwirt tätig, mehrmals verhaftet; am 16.5.1945 zum Ministerpräs. des Landes Oldenburg ernannt; Ende 1946, nach der Gründung des Landes Niedersachsen, bis zu seinem Tod im Jan. 1947 stellvertr. Ministerpräs. und Verkehrsminister (FDP).

¹¹³ Theodor J. Tantzen jr., geb. 1905. Bis 7.12.1945 Landrat des Kreises Wesermarsch mit Sitz in Brake, Begründer der DUD in Oldenburg (Anfang Sept. 1945), wegen Anstellung des ehemaligen Parteisekretärs der DDP und späteren Ministerialdirigenten im Reichspropagandaministerium, Werner Stephan, bei der DUD im März 1946 von der Militärregierung verhaftet; lebte später als Kaufmann in Düsseldorf.

sterpräsident im Gebiete des Bremen unterstehenden amerikanischen Pro-
tektorats Beamte ab und ein?

[...]

Dienstag, 5. Juni 1945

Vormittags mit Lauferei wegen der Telephonlosigkeit. Mit Sander Raum-
frage für Senat, mit Hagens Hilfskraft für Justiz, mit Richard Duckwitz All-
gemeines und Persönliches. Mehrere vergebliche Wege.

Nachmittags Kümmer über seine Anstellungsverhältnisse (in Kommu-
nalaufsicht bei Behrens zu beschäftigen?). Dr. Janssen über Geschäftsver-
teilung in der Justiz. Apelt über allgemeine Lage und Verwirrung in der
Verwaltung. Erste Folge der Explosion: den wenigen Firmen, denen der
Zugang zum Hafen erlaubt war, ist die Erlaubnis entzogen.

Einiges in der Aufzeichnung über Friedel. Es wird wohl für lange Zeit
das letzte Mal sein, daß ich an dieser mir so lieben Aufgabe arbeiten kann,
denn nun wird eine aufreibende Tätigkeit für Bremen beginnen. [...]

Mittwoch, 6. Juni 1945

Morgens 9 Uhr Senat bei Welker. Begrüßungsansprachen Welkers und
Vagts'. Wenn Welker die Unabhängigkeit unserer Senatsverwaltung be-
tonte, so immer mit dem Vorbehalt militärischer Belange. Die anschlie-
ßende Verhandlung aller deutschen und amerikanischen Sachbearbeiter
wurde bald durch Welker abgebrochen und zunächst an Einzelbesprechun-
gen der Beamten verwiesen.

Erste Senatssitzung im Rathause. Geschäftsverteilung, Verhältnis zu
dem Military Government und andere Fragen besprochen.¹¹⁴ Die Abgren-
zung der amerikanischen Enklave steht staatsrechtlich noch nicht endgültig
fest.¹¹⁵ Regieren „als ob“. Regelung von Fall zu Fall im Einverständnis mit

¹¹⁴ Laut Verfügung der Militärregierung vom 4.6.1945 (Anlage zum Senatsproto-
koll vom 6.6.) waren die Mitglieder des acht- bis zwölfköpfigen Senats von ihr zu be-
stätigen. An der Spitze stand der Regierende Bürgermeister, der als der allein Ver-
antwortliche den Senatskollegen übergeordnet war und die Geschäftsverteilung be-
stimmte. Diese Regelung widersprach der Verfassung von 1920, nach der der Senat
aus seiner Mitte die beiden Bürgermeister wählte und der Erste Bürgermeister als
„Präsident des Senats“ nur primus inter pares ohne Richtlinienkompetenz oder gar
Weisungsbefugnis war. Bevor Kaisen Anfang Aug. 1945 an die Spitze des Senats
trat, bestand er auf der Wiedereinführung des alten Titels „Präsident des Senats“
und der Ernennung Spittas zum Zweiten Bürgermeister; er blieb jedoch gegenüber
der Militärregierung allein verantwortlich.

¹¹⁵ Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111. Vagts teilte in der Senatssitzung mit, daß die
Amerikaner beabsichtigten, ihre Besatzungszone im Unterweserraum „auch in ei-
nen selbständigen innerdeutschen Verwaltungsbezirk und in eine entsprechende
Gebietskörperschaft umzuwandeln. Zwar sei dieses Ziel in rechtlicher Beziehung
noch nicht erreicht, die Amerikaner ständen aber auf dem Standpunkt, daß die An-
gelegenheit so behandelt werden müsse, als ob sie bereits in dem von ihnen erstreb-
ten Sinne staatsrechtlich gelöst sei.“ (Senatsprotokoll 6.6.1945, S. 3, StAB: 3/3).

den Amerikanern. – Polizei des Landes Bremen im alten Umfange ganz in Hand des Senats und des Polizeipräsidenten Werra.¹¹⁶ Kennedy für Bremen „adviser“. Die Polizei in der übrigen Enklave bei Kennedy und Schloemer.¹¹⁷ Justiz. Eröffnung nach Welker ohne Pomp, „with dignity“. Reden Welkers und des Bürgermeisters. Äußere Dinge, Schwierigkeit, Zimmer für die Senatoren zu schaffen.

Bedauerlich, daß zunächst nur ein Rumpfsenat gebildet werden konnte. Die vier „Halbsenatoren“ fehlen. Ein Bremer Senat ohne Kaufleute!¹¹⁸

Heute ins Amt eingeführt und/oder ins Ressort:

Früher:

Deutschnational	1.) Bürgerm. Vagts: Inneres, Kunst u. Wissenschaft u. geistliche Angelegenheiten.
Demokrat	2.) Sp[itta]: Justiz u. Verfassung
Deutsche Volkspartei	3.) Apelt: Wirtschaft u. Verkehr
[parteilos]	4.) Nolting-Hauff: Finanzen
Alte Sozialdemokraten	{ 5.) Kaisen: Sozialverwaltung und Fürsorge 6.) Theil: Bauwesen 7.) Paulmann: Schule
Kommunist	
	8.) Wolters: Ernährung u. Arbeitseinsatz

Nolting-Hauff war Mitschüler Wolters und ich glaube: Primus. Wolters war im Zuchthaus Zellennachbar von Hans Bücking und hat mit ihm heimlich durch Klosettpapier usw. verkehrt. – Besorgnis erregt bei Apelt und mir, daß schon in dieser ersten Senatssitzung Wünsche nach Wiederherstellung aller Kammern – Gewerbekammer, Landwirtschaftskammer, Kleingartenkammer, Handwerkskammer, Angestelltenkammer und Arbeiterkammer – laut wurden; als ob es auf diesen äußeren Apparat ankäme, der Reibungswiderstand und Kosten verursacht, und nicht auf das Eine: Beschaffung von Arbeit und Brot!

¹¹⁶ Otto Werra, 1887–1968. Jurist, 1927–1933 Landrat des Kreises Meschede, im April 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, im Aug. entlassen, verzog nach Bremen, 1945–1955 Leiter des Elektrizitätsverbandes Oldenburg, Lebensabend in Münster. Polizeipräs. in Bremen wurde er nicht, vgl. Kap. 3, Anm. 23.

¹¹⁷ Robert Schloemer, geb. 1884. Lehrer, 1914–1918 Soldat, 1919–1930 in der Bremer Schutzpolizei, 1930–1939 Verlagsvertreter und Schriftleiter einer Betriebszeitung, 1933 Md. der NSDAP, 1939 Wiedereintritt in den Polizeidienst, am 17.8.1945 von der Militärregierung entlassen. Vagts äußerte schon in dieser Senatsitzung Zweifel an der politischen Tragbarkeit Schloemers (Protokoll, S. 4). – Zur Organisation der Polizei vgl. Kap. 2, Anm. 199.

¹¹⁸ Nach der Bremer Verfassung von 1920 (Art. 43) konnten in den Senat gewählte Kaufleute auf Antrag ihr Geschäft weiterführen. Daraus entwickelte sich die Institution der „halbamtlichen“ unbesoldeten Senatoren, die auch in der Verfassung von 1947 (Art. 112 und 113) verankert wurde. Für den 1945 ernannten Senat waren vier „halbamtliche“ Mitglieder vorgesehen, die jedoch erst nach längerem Bemühen, unbelastete Persönlichkeiten zu finden, am 13.6.1945 verpflichtet werden konnten. Es waren Wenhold (Finanzen), Bölken (Ernährung), Harmssen (Wirtschaft) und Hillmann (Bauwesen).

Nachmittags Richard Duckwitz bei mir; er hat Schreiben Vagts' erhalten, daß er – nach Entscheidung der Amerikaner – für den öffentlichen Dienst nicht in Frage komme und beurlaubt werde. Andere Verwendung besprochen.

Mit Leist Kirchliches; Personenfrage. – Bei Karl Carstens, um ihn als meine Hilfskraft für die Senatsarbeiten der Justiz zu gewinnen. Er hat sich in diesen wenigen Wochen eine gute Praxis aufgebaut, dank seiner Tüchtigkeit, seiner menschlichen Eigenschaften und seiner Beherrschung der englischen Sprache. Bedenkzeit erbeten. [...]

Donnerstag, 7. Juni 1945

8¹/₄ Uhr mit Bote Kirchliches besprochen.

Im Rathause Zimmerfrage, ich soll mein altes Zimmer wiederbekommen, bin heute aber noch zimmerlos. Mit Apelt „Fall“ R[ichard] Duckwitz. Mit Janssen Geschäftsverteilung und Eröffnungsfeier der Justiz. Um 11 Uhr sollte im Zimmer des Landgerichtspräsidenten Schmidt eine Besprechung sein; Schmidt gestern abend festgenommen und noch nicht wieder frei.¹¹⁹ Ohne ihn mit Bredenkamp und Appel Justizfragen besprochen. Appel sträubt sich nach wie vor, Oberstaatsanwalt zu werden und bietet Bollinger¹²⁰ an, der bereit sei. Bollinger gesprochen. Erneute Rücksprache mit Janssen. J[anssen] sagt, die Anwälte lehnten Appel als vorläufigen Landgerichtspräsidenten ab. So spitzt sich die Sache durch Bollingers Bereitschaft zu einer persönlichen Angelegenheit zu.

Die Glückwünsche und die Aussprüche der Freude darüber, daß Apelt und ich wieder im Senat sind, sind beinahe peinlich. Es spielen offenbar Täuschungen über das, was wir für Bremen leisten können, mit, wie überhaupt in der Bevölkerung keine Vorstellung davon ist, wie abhängig der Senat von der amerikanischen Militärregierung ist. Überhaupt wird die Bevölkerung in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung, besonders auch in der Ernährungs- und Geldfrage, von Illusionen beherrscht. Weil die Bevölkerung im April mit einigen Vorräten versehen ist und die Gehälter, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge meist für einige Zeit im voraus ausbezahlt sind, auch kaum eine Möglichkeit besteht, Geld auszugeben, hat sich die Bevölkerung einige Wochen nach der Eroberung leidlich

¹¹⁹ Dr. Albert Schmidt, 1885–1951. Seit 1942 Landgerichtspräs. in Bremen; zuvor Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor in Berlin, Md. der NSDAP und der Akademie für Deutsches Recht, Staffelführer im NSKK und stellvertretender Reichsgruppenleiter im NS-Rechtswahrerbund, Anfang April 1945 Vors. des neugebildeten Standgerichts in Bremen, das aber nicht tätig wurde; am 6.6.1945 verhaftet und interniert.

¹²⁰ Dr. Heino Bollinger, 1893–1977. RA und Notar, April 1933 als Syndikus der Gewerbekammer beurlaubt, seit 27.6.1945 Oberstaatsanwalt, seit Juni 1947 gleichzeitig Generalstaatsanwalt beim HOLG in Bremen; beide Ämter übte er bis zum Juli 1950 aus.

wohlgefühlt, zumal da die Luftangriffe aufhörten, – wenigstens, soweit die Leute nicht der Wohnung gänzlich beraubt waren oder durch die Amerikaner beraubt wurden. Jetzt beginnt die Niederlage in ihrer ganzen Furchtbarkeit zu wirken. Die Bezüge der Kriegshinterbliebenen und die Familien-Unterstützungen [für die Angehörigen der Soldaten] werden beschränkt; ob die zahllosen abgesetzten Beamten Pensionen bekommen sollen, steht dahin.¹²¹ Die kaufmännischen und industriellen Angestellten werden wegen der Beschäftigungslosigkeit in Handel und Gewerbe gekündigt und liegen ohne Bezüge auf der Straße. Die Beamtengehälter einschließlich der Senatorengehälter werden zunächst um $\frac{1}{3}$ gekürzt. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September werden nur 2 Monatsgehälter ausbezahlt.¹²² Bis zur neuen Ernte können wir in Bremen in der Ernährung durchhalten, wenn die Briten das Ausfuhrverbot für Kartoffeln nach Bremen aufheben und uns das Getreide und Mehl der Rolandmühle zur Verfügung bleibt (Oldenburger Befehle! Not in Rheinland und Westfalen usw.).¹²³ Wie aber im neuen Erntejahr??

Wenn Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon, Rundfunk, Flugwesen usw. wieder in Gang kommen, wird dies ganze Verkehrs- und Nachrichtenwesen in den Händen der Feinde sein und von ihnen ausgenutzt werden; dann wird ein großer Teil unserer Bevölkerung von diesen Einrichtungen durch die hohen Tarife ausgeschlossen sein. Daß die ganze Reichsschuld weiter voll verzinst wird, ist ausgeschlossen; fragt sich nur, ob sie ganz oder teilweise abgeschrieben ist und in welchem Maße dadurch die Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Wohlfahrtseinrichtungen usw. zahlungsunfähig werden.¹²⁴ Ein entsetzliches Elend zieht herauf. Was be-

¹²¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 94.

¹²² Anordnung vom 28.5.1945, vgl. Peters, Bremen 1945–1956, S. 12.

¹²³ Bzgl. der Kompetenzkonflikte um die Ernährungsämter im bremischen und ehemals oldenburgischen Gebiet der Enklave vgl. Kap. 2, Anm. 111. Generell war es in der Britischen Zone mit ihren großen Industrieregionen besonders schwierig, die ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und die notwendigen Lebensmitteltransporte aus den Agrargebieten in die Städte zu organisieren, weshalb jede Kreisverwaltung bestrebt war, die Vorräte und Ernteerträge für die eigene Bevölkerung zu reservieren. „Ausfuhren“ in andere Zonen oder die Enklave versuchten sie, meistens mit Unterstützung der regional zuständigen Militärregierungen, nach Möglichkeit zu verhindern. Vgl. dazu: Stüber, Kampf gegen den Hunger, S. 65–111.

¹²⁴ Die Reichsschuld belief sich 1944/45 auf mindestens 378 Mrd. RM, davon 241 Mrd. RM kurzfristige Schulden. Sie entsprach damit 95% des inländischen Geldvermögens (1932 : 15%). Vier Fünftel des Reichshaushalts wurden im 2. Halbjahr 1944 durch kurzfristige Kredite finanziert. Bei Kriegsende war das Reich bei den Geschäftsbanken mit 110 Mrd. RM, bei den Sparkassen mit 54 Mrd. RM und bei den Versicherungen mit 25 Mrd. RM verschuldet. Infolge der Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reichs wurden in der Britischen Zone 80% der Aktiva der Banken immobil. (Karl-Heinrich Hansmeyer und Rolf Caesar, Kriegswirtschaft und Inflation, 1936–1948, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, hrsg. v. d. Deutschen Bundesbank, Frankfurt/M. 1976, S. 367–429, speziell S. 402f.; 405; Theo

deutet es demgegenüber, wenn einiges in Bremen wieder in Ordnung kommt, der Müll abgefahren wird, im Keller wieder Leitungswasser wenigstens zeitweise läuft, die eine Brücke der Engländer über die Weser der allgemeinen Benutzung freigegeben ist, einige wenige Züge in die nähere Umgebung (Vegesack, Oldenbüttel, Verden) fahren, ein Senat wieder besteht und die bremischen Behörden die ersten Versuche einer kommunalen Verwaltung machen?

Im Staatshaushalt sind wir nach allen Seiten gehemmt. Die Lasten wachsen und die Einnahmen des Staates gehen zurück. Unser Versuch, die in Bremen aufkommenden Reichssteuern für Bremen einzunehmen und zu verwenden, den Spindler unterstützte, ist jetzt durch gemeinsame Anordnung der Amerikaner und Briten gescheitert; die Landesfinanzbezirke Bremen und Hannover sollen die Reichssteuern ihrer Gebiete weiter als Zentralsteuer erheben, offenbar zugunsten der alliierten Feinde, die damit eine Saugpumpe bekommen, mit der sie uns aussaugen können.¹²⁵ Und wie soll Bremen die Last tragen, die es vom Reich übernimmt (Justiz, Polizei usw.), wenn es nicht die entsprechenden Steuereinnahmen erhält?

Noch mehr Sorge machen die Fortschritte der Russen in Deutschland; die Russen haben Sachsen und Thüringen in ihre Besatzungszone einbezogen, weiter nördlich ist die Grenze der Elb-Trave-Kanal.¹²⁶ Damit haben die russischen Truppen mehr als die Hälfte Deutschlands im Besitz.

Horstmann, Die Angst vor dem finanziellen Kollaps. Banken- und Kreditpolitik in der britischen Zone 1945–1948, in: Petzina/Euchner [Hrsg.], Wirtschaftspolitik, S. 215–233, insbes. S. 217).

¹²⁵ Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden war im Lauf des Krieges immer mehr zu einem System von Reichszuweisungen an die Gebietskörperschaften „vereinfacht“ worden. Während in der US-Zone die Finanzhoheit sofort provisorisch auf die Länder übertragen wurde, vermied die britische Militärregierung zunächst strukturverändernde Eingriffe in die bestehende Finanzordnung. Bis zum Erlass einer vereinheitlichenden Anordnung durch die Britische Kontrollkommission am 5.8.1945 war die finanzpolitische Praxis der örtlichen Militärregierungen unterschiedlich und insbesondere in Bremen, wo amerikanische Offiziere nach britischen Richtlinien handeln sollten, schwer berechenbar. In der Regel, die durch die Anordnung zur Norm erklärt wurde, wurden Reichszuweisungen im bisherigen Umfang weiter bewilligt, darüber hinausgehende Zugriffe auf Reichsmittel aber verhindert. Die Gemeinden mußten Reichssteuern und auch Kriegsbeiträge weiterhin an bestimmte Kassen abführen, aus den dort angesammelten Geldern wurden ihnen allenfalls Kredite gewährt. (Dazu: Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 120–181).

¹²⁶ In vier gemeinsamen Deklarationen „über die Niederlage und Besetzung Deutschlands“ hatten die Siegermächte am 5.6.1945 offiziell die oberste Regierungsgewalt und die Machtbefugnisse aller staatlichen, städtischen oder örtlichen öffentlichen Institutionen übernommen und die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen angekündigt. Am folgenden Tag veröffentlichte die sowjetische Presse eine Deutschlandkarte mit der vorgesehenen Einteilung der Zonen: Die russische sollte auch den Westen Mecklenburgs, die Provinz und das Land Sachsen sowie das Land Thüringen umfassen, obwohl diese Gebiete von amerikanischen und briti-

Freitag, 8. Juni 1945

Beginne frühmorgens meine Arbeit im Rathause in meinem alten Zimmer. Die „Arbeit“ besteht fast nur in Besprechungen und im Empfang von Besuchern. Man erstickt in Personalfragen. [...] So gibt es ein unerfreuliches Jagen nach Stellungen, und für viele sind die vergangenen zwölf Jahre einfach auszulöschen und ist die Zeit um die zwölf Jahre zurückzustellen.

Mit Bürgermeister Vagts Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft bei Vergewaltigten. – Kaisen hat das Jugendamt geprüft und ist außer sich über den Befund. „Wir hatten damals in Bremen das beste Jugendamt in Deutschland; jetzt ist alles ruiniert!“¹²⁷ Nachmittags unter anderem zwei Leute aus St. Magnus, die sich gegen Parteienbildung im alten Sinne aussprechen und eine Einheit aller Aufbauwilligen wollen. Dieser weite Gedanke leider verengt durch weltfremde Utopie, Pazifismus und Demokratie. [...]

Apelt über Handelskammerpräsident. Juristisches; Ernennung durch Bürgermeister. Er befürwortet, die Geschäftsleitung der Gerichte in der Hand der Anwälte zu lassen; dann Frage Appel – Bollinger.

Abends Karl Carstens; er will seine „soziale Unabhängigkeit“ nicht aufgeben. Zunächst Versuch, ob er 1/2 Anwalt und 1/2 Hilfskraft bei mir sein kann.

[...]

Samstag, 9. Juni 1945

Unerfreuliche Amtstätigkeit; es kommt nichts vorwärts und türmen sich immer neue Schwierigkeiten und Hemmnisse. Zermürende Besprechungen mit Strohmeier, Janssen, Appel über Geschäftsverteilung bei Gericht. Die Inanspruchnahme aller früheren Reichssteuern durch eine außer-bremische Verwaltung,¹²⁸ offenbar zugunsten der Alliierten, gefährdet die bremische Justiz.

Maßnahmen, um unsere ausgelagerten Sachen – Staatsbibliothek, Archiv, sämtliche Grundbücher Bremens (allein 104 Kisten) – vor den Russen zu retten.¹²⁹

[...]

schen Truppen erobert worden waren. Der Rückzug der westlichen Truppen in ihre Zonen begann am 1. 7. 1945; sowjetische Streitkräfte rückten nach und errichteten eine eigene Militärverwaltung. (Vgl. Martin McCauley, *Deutsche Politik unter sowjetischer Besatzung*, in: *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, hrsg. v. Josef Foscith, Göttingen, Zürich 1985, S. 291–313).

¹²⁷ Kaisen war von 1928 bis 1933 als Senator für die Wohlfahrtsbehörde und das Jugendamt zuständig.

¹²⁸ Vgl. Kap. 2, Anm. 126.

¹²⁹ Die Bremer Staatsbibliothek lagerte mehr als die Hälfte ihrer fast 270 000 Bände aus. Einige besonders wertvolle Stücke kamen in den Keller des Schlosses Wernige-

Sonntag, 10. Juni 1945

Durch fast 70 Jahre an ein eigenes Haus gewöhnt – 27 Jahre im Hause meiner Mutter, 10 Jahre im eigenen Hause in der Uhlandstraße, 32 Jahre im Hause an der Kirchbachstraße –, habe ich seit September 1942 nicht mehr das Gefühl eines eigenen Heims, zumal da alle Möbel, Bücher und Erinnerungen der alten Zeit am 5. September 1942 vernichtet sind. Es sind seitdem keine Räume mehr um mich, in denen ich mich im Dunkeln zurechtfinden könnte, keine Räume, von denen ich träume. Nach den 2½ Jahren Schwachhauser Ring 75 schlief ich in kurzer Zeit nacheinander im Luftschutzkeller Jures, in der Garage in der Georg-Gröning-Straße, bei Edmund Duckwitz und in der Max-Reger-Straße bei Krönckes, nun letzte Nacht zum ersten Mal in der Händelstraße; wenn man morgens aufwacht, weiß man nicht, wo man ist. Man hat eine Bleibe, aber kein Heim, wenn auch gerade mein Zimmer in der Händelstraße groß und behaglich und fast gar nicht versehrt ist.

Unser Leben in der Händelstraße: dank den Bemühungen unserer Kinder, besonders dank der unermüdlichen Arbeit Paulas, so gut, wie es in dieser schweren Zeit sein kann. Arnold liefert nach wie vor viel für die Ernährung. Wir alle kennen den Ernst der allgemeinen Lage und stecken den Kopf nicht in den Sand, um uns über die drohenden Gefahren des Hungers, des Chaos und des Bolschewismus hinwegzutäuschen. Aber im Ganzen herrscht doch keine gedrückte Stimmung. [...]

Bei August Kippenberg. Allgemeine und bremische Lage; Not der Zeit; beginnendes Elend, besonders in den gehobenen Schichten, bei denen die Zahlung des Gehalts oder der bisherigen Kriegsunterstützung aufhört oder herabgesetzt wird. Hoffnung auf Erhaltung des deutschen Wesens und des deutschen Geistes?

[...]

Montag, 11. Juni 1945

[...]

Die Furunkulose jetzt sehr verbreitet, auch in Kreisen, die wohl die Möglichkeit hatten, sich etwas mehr zu verschaffen, als die Norm war, und

rode (Harz), größere Bestände an Büchern und Graphiken außerdem seit Herbst 1942 in Bergwerke bei Bernburg/Saale und bei Grasleben (Helmstedt). Nach dem Krieg gelang es nur, einen kleinen Teil der ausgelagerten Bestände nach Bremen zurückzuholen. (Vgl. Schwarzwälder, Bremen IV, S. 546f.). Das Staatsarchiv Bremen lagerte wichtige Bestände in umliegende Orte sowie nach Königsberg, Einbeck, Grasleben und Bernburg aus. Die Rückführung aus den beiden letztgenannten Orten gestaltete sich problematisch, wichtige Bestände blieben verschollen oder kamen erst 1987 aus der DDR zurück. Vgl. Müller, „... for safekeeping“. Nach Auskunft des StAB wurden die Grundbücher aber nicht ausgelagert.

die in guten Verhältnissen lebten. [...] Die mangelhafte Ernährung und die vielen gestörten oder ganz schlaflosen Nächte machen sich geltend.

[...]

Nach Besprechungen vormittags mit Finanzsenator Nolting-Hauff, nachmittags mit Hagens steht der amerikanische Fina[nzia]l Officer Bechtel auf dem Standpunkt, daß die in Bremen aufkommenden Reichssteuern Bremen zufallen; Oberfinanzpräsident Mohr beruft sich auf eine amerikanisch-britische Anordnung im entgegengesetzten Sinne.¹³⁰ Die Justiz soll jedenfalls beginnen und erforderlichenfalls vorschußweise von Bremen bezahlt werden. Besprechung mit Vagts über Justiz; meine Vorschläge bewilligt. Eröffnungsfeier.

[...]

Nachricht, daß Wilhelm Kiesselbach¹³¹ Oberlandesgerichtspräsident in Hamburg geworden sei; er ist 76 [richtig: 77] Jahre alt.

Dienstag, 12. Juni 1945

Zum ruhigen Arbeiten und Diktieren kommt man nur frühmorgens. Später fortgesetzt Besprechungen und Besuche. Lauferei, wenn man andere sprechen will.

Abends kommt Bürgermeister Vagts aus Hamburg zurück, bringt mir Grüße und Schriftstück von Wilhelm Kiesselbach. In Hamburg noch kein Senat; manches in Verwaltung und Justiz weiter zurück als in Bremen; auch kein Zutritt zu den Hamburger Häfen. Dagegen das Äußere der Stadt besser; weniger Zerstörungen, Hochbahn und Untergrund in Betrieb; Hotels und Gaststätten vorhanden; verschiedene Läden offen.¹³² [...]

¹³⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 126.

Dr. Waldemar Mohr, 1883–1974. 1939–1947 Finanzprä. und Leiter der Zollabteilung des Oberfinanzpräsidiums in Bremen.

¹³¹ Dr. jur. Wilhelm Kiesselbach, 1867–1960. Seit 1895 Rechtsanwalt in Hamburg, 1922–1932 Md. der Mixed Claims Commission in Washington D.C., die sich um die Regulierung privatrechtlicher Schadensersatzansprüche aus dem Ersten Weltkrieg bemühte, 1929 Prä. des HOLG, am 15.7.1933 in den Ruhestand versetzt, lebte seither zurückgezogen in Aumühle, seit 29.5.1945 wieder OLG-Präs., 1946–1950 Prä. des Zentral-Justizamts für die Britische Zone. Vetter von Spitta. (Vgl. Brem. Biogr., S. 266ff.).

¹³² Nach der Besetzung Hamburgs am 3.5.1945 blieb der Reg. Bgm. C. V. Krogmann noch bis zum 11.5. im Amt. Erst am 15.5. wurde Rudolf Petersen zum neuen Bürgermeister ernannt; die Berufung der weiteren Regierungsmitglieder zog sich bis Nov. 1945 hin. Am Tag dieser Eintragung waren neben Petersen nur der parteilose Kaufmann Hans Kruse und die Sozialdemokraten Adolph Schönfelder und Heinrich Landahl neu ernannt; einige der bisherigen Ressortchefs amtierten weiter. – Nach einer Erhebung der Hamburger Baubehörde waren Ende 1945 49% der Wohnungen ganz zerstört, weitere 11% mittelschwer oder schwer beschädigt. Eine Anfang der fünfziger Jahre für das Bundesgebiet erstellte Statistik zeigte Hamburg mit einer Zerstörung von 54% der Wohnungen an der Spitze vor Bremen mit 48% und Nordrhein-Westfalen mit 27% (Brunswig, Feuersturm, S. 404f.).

Eine Nervenanspannung zeigt sich jetzt bei vielen, die in Staat oder Wirtschaft im Kampf stehen und bei ihren Versuchen, etwas vorwärtszubringen, auf immer neue Schwierigkeiten stoßen. So explodierte heute Senator Kaisen, als er mit mir auf dem Domshofe stand und mir die Hemmnisse, die ihm von Polizei, Amerikanern usw. entgegengestellt wurden, schilderte, so heftig, daß die Vorübergehenden stehenblieben und meinten, wir beide gerieten aneinander. In der Tat sind Kaisens Schwierigkeiten enorm. Eine Baracke oder ein Heim hat er selbst, als er keine Arbeitskräfte bekommen konnte, mit dem gesamten Personal des Fürsorgeamtes reingemacht und in Ordnung gebracht. Als die Amerikaner verlangten, daß die früher von den Russen benutzten Baracken, die in furchtbarem Zustande waren, in 24 Stunden für deutsche Kriegsgefangene reingemacht würden, hat er 400 Frauen aufgetrieben, aber keine Eimer, Besen, Feudel und Reinigungsmittel. Überhaupt denken die Amerikaner anscheinend nicht daran, uns mit Materialien irgendwie auszuhelfen. Im Gegenteil haben sie deutsche Lederbestände, die wir dringend für das Instandsetzen des Schuhwerks der Zivilbevölkerung brauchen, für Militärstiefel in Anspruch genommen. Die Folge ist, daß die Schuster keine Reparaturen von Sohlen und Hacken ausführen können; auch mein Schuhwerk ist in traurigem Zustande.

[...]

Mittwoch, 13. Juni 1945

[...] Früh – kurz nach 8 Uhr – im Rathause. Diktirt. Von 10 bis 1 3/4 Uhr Senatssitzung. *Teilnahme der vier „Halbsenatoren“*:¹³³ *Wenhold* (Finanzen), *Bölken* (Ernährung), *Harmssen*¹³⁴ (Wirtschaft), *Dr. Hillmann* (Bauwesen). – Alle Ressorts geben Überblick über die Lage. Im ganzen trauriges Bild und vielfache Klage über die Langsamkeit und den Bürokratismus der Amerikaner. Hinderung ist überall der Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen. Nazi-Methoden mit Arbeitszwang und Versagen der Lebensmittelkarten. Klagen über die Polizei, die sich als militärische Truppe fühlt und nirgends hilft; besonders Kaisen entwirft davon ein trauriges Bild. Kaisens Darstellung seiner Arbeit in Fürsorge, Jugendamt usw. sehr eindrucksvoll und warmherzig. Gute Referate in Wirtschaft und Verkehr

¹³³ Vgl. Kap. 2, Anm. 118.

¹³⁴ Gustav Wilhelm Harmssen, 1890–1970. Prokurist, seit 1933 Direktor, seit 1942 Vorstandsmd., seit 1954 Vorstandsvors. der Atlas-Werke AG Bremen, 1945–1953 Senator, seit 1948 BDV/FDP, 1945–1959 Plenumsmd. der HK, seit 1952 schwedischer Generalkonsul.

durch Groscurth und Platz.¹³⁵ – In den meisten Ressorts schwierige Fragen und wenig Aussicht, sie zu lösen. – Nachmittags Besuche am laufenden Band. [...]

Donnerstag, 14. Juni 1945

Viele Besprechungen. Vagts will alle wichtigen Fragen mit Apelt und mir vorbesprechen.

Noch immer nehmen Personalfragen den größten Teil der Zeit in Anspruch. [Den Fall des] Oberbaudirektor[s] Plate mit Vagts und Apelt besprochen; der hervorragende Wasserbautechniker und hochanständige Mensch muß Bremen erhalten bleiben, trotz seiner Gedenkworte auf Adolf Hitler am 2. Mai. Vagts will mit Welker sprechen.¹³⁶

Gerüchte, daß Bremen von Amerika aufgegeben und an England fallen würde; Amerika solle dafür Hamburg oder Genua bekommen. Hamburg und Bremen in britischer Hand würde wohl Bremens Tod sein.

¹³⁵ Vor allem Baudirektor Wortmann klagte in seinem Bericht über den Wiederaufbau Bremens über den Mangel an Material und Facharbeitern, der durch die Bauvorhaben der Amerikaner verschärft werde. „Man werde daher in Zukunft ohne straffe Lenkung und geregelten Arbeitseinsatz nicht vorwärtskommen.“ Kaisen sprach über die Notwendigkeit, eine private Fürsorge anstelle der NSV wieder aufzubauen, und wandte sich scharf gegen das „Hineinregieren der amerikanischen Offiziere“. Platz berichtete über die Unterstellung aller Häfen im Unterwesergebiet unter die Aufsicht Bremens (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3).

¹³⁶ Einer allgemeinen Anweisung von Reichsminister Albert Speer folgend, war Plate vor der Eroberung Bremens in die Dienststelle Mittelsbüren der Wasserstraßendirektion im noch nicht besetzten Gebiet ausgewichen. Dort richtete er, als er vom Tod Adolf Hitlers erfuhr, am 2.5.1945 eine Ansprache an die Belegschaft, in der er die positiven Ziele und Leistungen des „Führers“ herausstrich und ihn von der Verantwortung für die bevorstehende Katastrophe des Deutschen Reiches weitgehend zu entlasten suchte. Plate kritisierte, daß die Außenpolitik Hitlers auf Gewalt aufgebaut gewesen sei. Dennoch habe es Chancen für eine Verständigung mit England gegeben, die aber durch das November-Pogrom von 1938, „das nicht scharf genug verurteilt werden könne“, zerstört worden seien. Der Urheber dieser gegen Hitlers Friedenspolitik gerichteten Aktion müsse jemand gewesen sein, „der vielleicht damals schon durch die ihm anvertrauten Machtmittel mächtiger als Hitler selbst gewesen sei“. Plate rügte Hitlers „Unterschätzung der großen Weltmächte“ und seine eigenwilligen Eingriffe in die Kriegführung, die schließlich zu dem furchtbaren Ende geführt hätten. Zugleich appellierte er an die Zuhörer, die „im Gedankengut Hitlers verankerten guten Grundsätze“ zu bewahren, damit das Volk nicht wieder „in viele Parteien“ zerrissen würde, „der Klassenhaß nicht wieder auflebe“, jeder sich für das Ganze einsetze und das Vertrauen zwischen „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ erhalten bleibe. (Schreiben Plates an Senator Apelt, 8.6.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 98). In einem persönlich übergebenen Schreiben vom 23.6. an Oberst Welker verharmloste Vagts den Vorfall, in dem er die kritischen Passagen der Rede hervorhob und betonte, daß Plate lediglich auf Weisung der Reichsregierung „in einer Form“ gehandelt habe, „die ihn sehr unangenehmen Folgen seitens der nationalsozialistischen Regierung aussetzen konnte“. Welker entschied wunschgemäß, daß nichts weiter zu veranlassen sei (ebenda).

Freitag, 15. Juni 1945

[...]

Senatssitzung. Geschäftsverteilung, Zeichnung, Beamtenernennungen usw. Die drohenden Spannungen (Führerprinzip beim Bürgermeister, Beamtenfrage) ausgeglichen.¹³⁷ Die Amerikaner wollen eine Zeitung in Bremen nur zulassen, wenn sie in städtischer Regie erscheint und in städtischer Druckerei gedruckt wird. Erwerb der Druckerei Schünemann nötig.¹³⁸ Merkwürdig, dieser Kollektivismus des „freien“ Amerikas! Übrigens auf weite Sicht vielleicht kein schlechtes Geschäft für Bremen, wenn erst Anzeigen zugelassen werden. Einstweilen mindestens die Hälfte der Zeitung von der Militärregierung gefüllt, das übrige für amtliche bremische Bekanntmachungen unter Zensur.

Der Ratskeller wird der bremischen Bevölkerung entzogen; er wird Offizierskasino der Amerikaner; die untere Halle Biergaststätte für die Soldaten!¹³⁹

Nachmittags eingehende Verhandlung mit Appel über Justizsachen, nachdem ich vormittags mit dem vorläufigen Landgerichtspräsidenten Lahusen gesprochen hatte. Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stelle des Oberstaatsanwalts. Verhandlung mit Wellmann,¹⁴⁰ gestern mit Bollinger.

Äußere Erleichterung für mich dadurch, daß ich morgens mit Dienstauto abgeholt und zum Rathaus gefahren werde, also nur dreimal statt viermal, den Weg von 30 bis 35 Minuten zu Fuß machen muß. Die Bewilligung von Autos und Benzin für Behörden, Ärzte usw. noch immer schwierig und langwierig. Der amerikanische Bürokratismus übertrifft alles.

¹³⁷ In der Senatssitzung übte Kaisen Kritik an der Alleinverantwortlichkeit und Weisungsbefugnis des Reg. Bgm. (vgl. Kap. 2, Anm. 114). Spitta stimmte ihm grundsätzlich zu, machte aber geltend, daß die traditionelle Senatsstruktur nur schrittweise wiederhergestellt werden könne. Vagts versprach, bis dahin den Senat in allen wichtigen Fragen zu informieren. Beamtenernennungen wollte Vagts durch den zuständigen Senator vorbereiten lassen und sie dann selbst vornehmen. Dieser Vorschlag stieß auf Widerspruch. Der Senat einigte sich schließlich auf folgendes Verfahren: Unterrichtung des Senats in strittigen Fällen und bei allen Stellen vom Amtmann an aufwärts, Zustimmung des Finanzsenators, Einschaltung der Regierungskanzlei, um eine einheitliche Beförderungspraxis zu gewährleisten. (StAB: 3/3).

¹³⁸ In dem 1810 gegründeten Verlag Carl Eduard Schünemann KG waren neben einem vielseitigen Buchprogramm die traditionsreichen Zeitungen: Bremer Nachrichten und Weser-Zeitung erschienen (vgl. Kap. 2, Anm. 22). Bzgl. der Zulassung deutscher Zeitungen vgl. Kap. 2, Anm. 64.

¹³⁹ Mündliche und schriftliche Einwände von Vagts unter Hinweis auf die einzigartige kunstgeschichtliche Bedeutung der Rathauhallen erledigte Welker, indem er versprach, „daß das Rathaus in keiner Weise angetastet würde.“ (Besprechung b. Reg. Bgm., 1.6.1945, StAB: 3/3).

¹⁴⁰ Dr. Otto Wellmann, 1882-1953. RA und Notar in Bremen; 1907 Gründungsmd. des Jungliberalen Vereins; Bauherr der St.-Martini-Gemeinde; am 27.6.1945 als Hilfsrichter eingesetzt.

Samstag, 16. Juni 1945

Die Auto-Bequemlichkeit ist gleich am Anfang in bezeichnender Weise gescheitert. Ich warte auf den Wagen, der 7^{3/4} Uhr da sein sollte, über eine halbe Stunde und gehe dann doch zu Fuß. Später erfahre ich im Rathause, daß das Auto in der Nacht gestohlen ist!

Neue Besprechung mit Vagts und Apelt über Plate. Nach weiterem Material soll die Sache nicht mit Welker besprochen, sondern mit Aktenvermerk abgeschlossen werden.

Äußere Erschwerung der Verwaltung: Ich pflege jede Eingabe und jeden Brief, der keine Ermittlung erfordert, sofort zu beantworten. Das ist zur Zeit unmöglich, da wir nur wenige Boten haben und die Antworten nicht befördert werden können. Der Beginn der Stadtpost dringend erforderlich.

Für die Art, wie Briten und Amerikaner die Grenzen vor den Toren Bremens behandeln, ist folgendes Vorkommnis, das Adolf Spitta erlebte, bezeichnend: Seine Firma will die Waren in ihrem Ausweichlager auf britischem Gebiete nach Bremen zurückholen, erhält die nötigen amerikanischen Papiere; die Briten verweigern den Abtransport, wollen Fertigwaren als Tauschware; darüber schließlich Einigung; als die Firma dann die Fertigwaren ins britische „Ausland“ bringen will, sperren die Amerikaner die Ausfuhr ins britische Gebiet, so daß alle Mühe umsonst ist und die Ware weiter im britischen Gebiete liegt!¹⁴¹ Dies kein vereinzelter Fall. Verhängnisvoll ist dieser Kleinkrieg auf dem Gebiete der Ernährung, da Bremen ganz von den südlichen, im britischen Gebiet liegenden Kreisen (Verden, Grafschaft Hoya, Syke usw.) abhängig ist.

Die oldenburgische Zeitung bringt die Erklärung Eisenhowers und Montgomerys, wonach den amerikanischen und britischen Soldaten erlaubt wird, mit den deutschen Kindern zu verkehren, während sie nach wie vor sich von den Erwachsenen fernhalten müssen und ihnen nicht den Gruß der Tageszeiten bieten oder beantworten dürfen!¹⁴²

Bei der Explosion im Polizeihaus 41 Deutsche und nur vier Amerikaner getötet; 72 Deutsche verletzt.¹⁴³

¹⁴¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 111 und 123.

¹⁴² Neue Oldenburger Presse. Nachrichtenblatt der alliierten Militärbehörde Nr. 3 v. 16.6.1945. Die Zeitung wurde seit dem 2.6.1945 auch in Bremen vertrieben. – Der amerikanische und der britische Oberbefehlshaber hatten am 25.3.1945 ein umfassendes Fraternisierungsverbot erlassen, das den Soldaten jeden Kontakt mit der deutschen Bevölkerung untersagte. Es wurde am 12.6.1945 in der amerikanischen und am 14.6. in der britischen Zone im Hinblick auf deutsche Kinder aufgehoben und in der zweiten Julihälfte dadurch weiter gelockert, daß nun auch Unterhaltungen mit Erwachsenen erlaubt waren.

¹⁴³ Vgl. Kap. 2, Anm. 110.

Sonntag, 17. Juni 1945

[...]

Montag, 18. Juni 1945

Im Rathause morgens *Karl Carstens*, der seine Frau glücklich von Holstein nach Bremen gebracht hat. Beginn seiner regelmäßigen Tätigkeit bei mir.

Die ständigen Besuche in Personalfragen nehmen weiter Ruhe und Zeit. Wortmanns wichtige Ausarbeitung über die amerikanische Enklave und ihre zweckmäßige Begrenzung erforderte eine größere Vertiefung, als bei dem gegenwärtigen Betriebe möglich ist.¹⁴⁴ Erfreuliche Haltung der Beamten, die Staatsräte werden sollten; Behrens bittet mich, daß der Senat von dieser Gehalts- und Rangerhöhung mit Rücksicht auf die allgemeine Not und auf die bevorstehende Herabsetzung der Gehälter und Löhne in Senat und Wirtschaft absehen möchte.

Abends neues Wohnungselend in dichtester Nähe von mir; in der Joseph-Haydn-Straße eine größere Zahl von Häusern für die amerikanischen Truppen beschlagnahmt. Die Einwohner stehen hilflos mit ihren Betten auf der Straße und wissen zum Teil nicht, wohin sie ihre Sachen bringen und wo sie eine Unterkunft finden sollen.

Dienstag, 19. Juni 1945

In der Senatssitzung wieder viele Schwierigkeiten verhandelt. Wortmanns Vortrag über die Wohnungsfragen; Bremen soll zur Zeit von 430000 Einwohnern auf 290000 heruntergekommen sein. Etwa 50 Prozent = 60000 Wohnungen ganz zerstört. – Mangel nicht nur an Baustoffen, sondern auch an Arbeitskräften, vor allem an Bauhandwerkern.¹⁴⁵ Die Engländer lassen die in der ländlichen Gemeinde Baden wohnenden bremischen Bauhandwerker nicht nach Bremen zur Arbeit fahren. Die glückliche Gestaltung des bremischen Wirtschaftsraumes mit ihrer Verteilung der Arbeiter aufs Land in die umliegenden preußischen und oldenburgischen kleinen Orte wird durch die britisch-amerikanische Grenze zerschnitten und gestört. Ähnlich auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Ernährung, des Verkehrs usw. Die Erörterungen im Senat sachkundig und auf ei-

¹⁴⁴ In dem Bericht, den er am 31.5.1945 an den Reg. Bgm. sandte, trat Wortmann für eine Vergrößerung der Enklave im Süden und Südwesten ein (StAB: 3-B. 10. a. Nr. 2[1], Akte 1).

¹⁴⁵ Spitta bezieht sich hier auf einen Vortrag Theils mit ergänzenden Ausführungen Wortmanns. Um eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot zu verhindern, wurden eine Zuzugssperre und die auswärtige Unterbringung älterer Bremer erwogen. Zur Behebung des Mangels an Bauhandwerkern schlug Theil vor, umgeschulte Industriearbeiter wieder ihren früheren Berufen zuzuführen und bei der Entlassung von Polizisten und Feuerwehrleuten deren ursprüngliche Ausbildung zu berücksichtigen (Senatsprotokoll 19.6.1945, StAB: 3/3).

ner gewissen geistigen Höhe; im Vordergrund stehen neben Apelt Kaisen und Harmssen. Vagts gewandt und geschickt, aber ohne Gewicht der Sachkenntnis und Persönlichkeit. Bedauerlich bleibt der Fremdkörper des Kommunisten Wolters. Apelt und ich hatten von vornherein kein Vertrauen zu ihm. Jetzt in englischer Zeitung vom 8. Juni Interview von ihm, in dem er von tätigen unterirdischen Nazi-Bewegungen spricht, die Jugend beschuldigt und die Nazis oder die deutschen Soldaten als Urheber der Explosion des Polizeihauses bezeichnet.¹⁴⁶ Ein unerhörter Vorgang, der die amerikanische Last noch vergrößern kann.

[...]

Knittermeyer erzählt von seiner Fahrt nach Wernigerode, Braunschweig, Helmstedt usw. und von der Rettung der wertvollen Handschriften.¹⁴⁷ Im Harz und auch in Halle noch keine Russen. Die dortigen Engländer bestreiten, daß sie durch die Russen ersetzt werden würden. – Ideenarmut der Anglo-Amerikaner.

Mittwoch, 20. Juni 1945

Rede für die Eröffnungsfeier der Justiz diktiert. Im Mittelpunkt Schilderung des königlichen Amtes des Richters und der Unabhängigkeit der Gerichte; ich will andeuten, daß diese Unabhängigkeit nur von den Amerikanern eingeschränkt wird.¹⁴⁸ Die Amerikaner können auch in Zukunft die

¹⁴⁶ Das Interview, das Russell Hill am 8.6.1945 mit Wolters geführt hatte, erschien am 14.6. in der Pariser Ausgabe der New York Herald Tribune (Abschrift im StAB: NL Vagts 7, 29–7). Spittas Protest richtete sich gegen die Anfangspassagen des Interviews, in denen Wolters die Frage nach der Existenz einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung bejahte und die größten Probleme für die Umerziehungspolitik bei der Jugend sah. Sie sei zwölf Jahre lang indoktriniert worden, habe keine Zukunftsperspektive und setze deshalb aus falsch verstandener Loyalität den Widerstand gegen die Besatzungsmacht fort. Zwar habe er keine konkreten Beweise für Untergrundaktivitäten, aber die Explosion im Polizeihaus gehe möglicherweise auf das Konto einer solchen illegalen Gruppe (vgl. Kap. 2, Anm. 110). Gefährlicher seien jedoch die Nationalsozialisten, die noch immer hohe Ämter innehätten. Im weiteren Verlauf des Interviews plädierte Wolters für die Zurückstellung des Klassenkampfes zugunsten einer antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten und Sozialisten mit Kaufleuten und anderen bürgerlichen Gruppen. Auf die Frage nach seinen Senatskollegen äußerte er sich begeistert über Kaisen, der bei den Arbeitern allgemein Respekt genieße. – Der Senat diskutierte am 3.7. über Wolters' Interview. Namens der am 26.6.1945 gebildeten Pressekommission des Senats forderte Apelt, zur Wahrung einer einheitlichen Linie Presseanfragen nur schriftlich in Abstimmung mit den Senatskollegen zu beantworten. Gegen Wolters' Widerspruch, der es ablehnte, die Senatoren „in weltanschaulichen und grundsätzlichen Fragen durch Senatsbeschluß festzulegen“, entschied sich die Mehrheit für Apelts Antrag (Protokoll 3.7.1945, StAB: 3/3).

¹⁴⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

¹⁴⁸ Das Manuskript befindet sich im StAB: 3-G. 3. a. Nr. 533. Unter Berufung auf die Bestimmung im deutschen Gerichtsverfassungsgesetz von 1877: „Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte ausge-

von ihnen zugelassenen Richter jederzeit absetzen und jedes deutsche Urteil im Verwaltungswege kassieren oder abändern.

Von 10¹/₂ bis 11¹/₄ Uhr Verhandlung bei dem amerikanischen Dezernenten für Justiz Captain Guthrie unter Zuziehung des Landgerichtspräsidenten i. V. Dr. Lahusen und der Anwaltskommission. Verordnung über Wiedereröffnung der Justiz besprochen. Abänderungen der Reichsgesetze können vom hiesigen Military Government nicht verordnet werden, ohne daß vorher an höhere Stelle berichtet und ihre Zustimmung eingeholt ist.¹⁴⁹ Daher kann jetzt die notwendige Einrichtung eines Obergerichtes in Bremen und die Wiedereinführung der im Kriege abgeschafften Rechtsmittel noch nicht erfolgen. – Äußere Haltung von Guthrie freundlich; bietet Zigaretten an usw.

Der vorläufige Kirchenausschuß nach meinem Vorschlage von Vagts berufen.¹⁵⁰ Fast das einzige Gebiet, auf dem man vorwärtskommt.

Donnerstag, 21. Juni 1945

Captain Guthrie bei mir, legt mir Entwurf eines Schreibens vor, das der Governor an Vagts richten will. Verschiedene andere Fragen besprochen (Eidesleistung, Eröffnungsfeier usw.). Verständigung ohne Dolmetscher, da Guthrie langsam und deutlich spricht. Er will mir auch überlassen, die noch nicht zugelassenen Richter zu prüfen und zur Zulassung geeignete zu bezeichnen. Frostfreie erfreuliche Zusammenarbeit.

übt“, betonte Spitta, daß dieser Grundsatz „alle amtlichen Stellen, alle Organisationen und Vereinigungen und jeden einzelnen der Bevölkerung verpflichten [wolle], die Unabhängigkeit der Gerichte zu achten und sich jeder außergerichtlichen Einflußnahme auf die richterlichen Entscheidungen zu enthalten. Nur wenn der Richter keinem Druck von außen ausgesetzt ist, kann er sein hohes Amt mit der notwendigen überzeugenden Kraft und Berufsfreudigkeit ausüben.“

¹⁴⁹ Mit der „Berliner Erklärung“ der vier alliierten Oberbefehlshaber vom 5.6.1945 über das Ende einer deutschen Zentralregierung, die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Regierungen der vier Siegermächte und die Bildung eines gemeinsamen Kontrollrats zur Koordination der Politik in den vier Besatzungszonen ging die relative Autonomie der regionalen Militärregierungen in der Phase der improvisierten Besatzungsherrschaft zu Ende. Um die rechtliche und verwaltungsmäßige Einheit Deutschlands zu wahren, sollte über alle Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung im Kontrollrat entschieden werden und die örtliche Militärregierung bei überregionalen Belangen grundsätzlich die zonale Kontrollkommission einschalten.

¹⁵⁰ Verfügung des Reg. Bgm. v. 15.6.1945 (StAB: 3-K.1.a. Nr. 669), vgl. Kap. 2, Anm. 91. In Übereinstimmung mit Spittas ursprünglicher Liste wurden Hackländer, Urban, Wilken, Ahlers, Donandt, Leist, Edzard und Meentzen berufen, abweichend: Dr. Gustav Meyer, 1900–1953, Politologe, Kaufmann, 1934 im Gemeindevorstand von Stephani, 1934–1936 Md. des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche, 1935 vierwöchige Schutzhaft wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, 1945–1953 Vors. des Gemeindevorstands von Stephani, Präs. der IHK Bremerhaven.

Alles dies und unsere ganze Senatsarbeit in Frage gestellt durch die Absetzung von acht unentbehrlichen und tüchtigen höheren Beamten: Behrens („noch heute“), Groscurth, Platz, Kurz, Scholvin, Fricke, Wolf, Spreine; außerdem Hildebrandt (Bürodirektor der Regierungskanzlei). Apelts Wirtschaftsressort und Theils Bauressort, sowie die Präsidialgeschäfte des Bürgermeisters (Behrens) werden aufs schwerste getroffen. Alle sind tüchtige, eingearbeitete, unentbehrliche Beamte; keiner ist innerlich nationalsozialistisch; alle sind gezwungen der NS-Partei beigetreten. Die Mitarbeiter des Senats Kurz, Behrens, Platz und Groscurth sind ausdrücklich vom Governor als leitende Beamte unter Vagts gebilligt [worden], nachdem ihre Fragebogen und Persönlichkeiten geprüft waren. Kein Zweifel, daß dies nicht von Governor Welker ausgeht, sondern ihm von oben befohlen ist. Der Governor hat jede Erörterung darüber abgelehnt.¹⁵¹ Wahrscheinlich hat ein amerikanischer Leutnant, der Jude Rosenberg,¹⁵² der nicht der hiesigen Militär-Regierung, sondern einer höheren Stelle untersteht und dahin berichtet hat, diesen Befehl von oben veranlaßt. Die Beamten sind nicht gehört [worden], können sich gegen falsche Anschuldigungen nicht rechtfertigen. Wir haben Grund, anzunehmen, daß deutsche Stellen – wohl Leute um Wolters – das Material geliefert oder die Denunziationen gemacht haben.¹⁵³

Darüber Besprechung Vagts, Apelt und ich. Nachher unterrichtet Vagts Kaisen. Kaisen bei mir. Mein erstes Gefühl war, daß wir bei solchen Eingriffen die Verwaltung nicht fortführen und die Verantwortung nicht länger tragen könnten. Nachmittags nochmals Besprechung Vagts, Apelt und ich; wir neigen dazu, trotz allem auszuharren, um zu versuchen, das Staatsschiff über Wasser zu halten. Wir fragen uns: Was kommt, wenn wir zurücktreten? Wer kommt nach uns? Entweder reine Militär-Regierung oder ein kommunistischer Senat unter Wolters als Bürgermeister. Ins Auge gefaßt, schriftlich den Governor darauf hinzuweisen, daß die Verwaltung

¹⁵¹ Einige Tage später willigte Welker ein, daß die betroffenen Beamten bis zum 15.7. weiterbeschäftigt werden dürften; Anfang Juli verlängerte er die Frist „bis auf weiteres“. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis zum 31.7. hin, als Kurz, Spreine, Wolf und Hildebrandt sofort entlassen werden mußten, während die Fälle der anderen weiterhin in der Schwebe blieben. Die noch nicht vorgestellten Beamten waren: Dr. Paul Fricke, 1892–1947, Oberbaurat, bis 1945 Leiter des Amts für Straßen- und Brückenbau, 1947 kommissarischer Leiter des Wasserwirtschaftsamts. Friedrich Hildebrandt, 1890–1955, Landesrentmeister, Bürodirektor der Regierungskanzlei. Dr. Viktor Spreine, ORR und stellvertretender Leiter des Wirtschaftsamts. Johannes Wolf, geb. 1900, Architekt, 1941–1945 Baurat beim Stadtplanungsamt, 1948–1955 für die Bauverwaltung auf Werkvertragsbasis tätig, 1955–1960 technischer Angestellter, 1960–1962 Baurat in der Bremer Bauverwaltung.

¹⁵² Albert G. Rosenberg, Leutnant, Referent für Pressefragen und kulturelle Angelegenheiten im US-Hauptquartier in Frankfurt, vorübergehend in Bremen eingesetzt, trug wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Militärregierung und der KGF bei (Brandt, Antifaschismus, S. 126, 349).

¹⁵³ Zur Entnazifizierungspolitik der KGF vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 138–143.

durch diese Maßregel schwer litte und verschlechtert werde und daß wir bei Fortsetzung solcher Entlassungen die Verwaltung nicht mehr führen könnten. – Schwere Sorge über Bremens Zukunft.

[...]

Freitag, 22. Juni 1945

Senatssitzung über die Frage des Rücktritts.¹⁵⁴ Einstimmig beschlossen, weiter auszuharren und nur dann zurückzutreten, wenn es um das Dasein Bremens gehe. Vorstellungen beim Governor oder der Versuch, zeitliche und/oder sachliche Einschränkungen beim Beamtenabbau zu erreichen, wurden als zwecklos angesehen. Kaisei Vertreter Vagts'.

Behrens aufgesucht, nachdem ich schon gestern abend Dr. Kurz sprach. Erschütternd und menschlich tief schmerzlich, diese verdienten und durch und durch anständigen Männer so auf die Straße geworfen zu sehen.

Nachmittags Verschiedenes mit Vagts durchgesprochen. Die *Straßenbahn* fährt wieder auf einer Linie in der Neustadt und auf dem rechten Weserufer vom Bürgerpark zum Markt.

[...]

Samstag, 23. Juni 1945

Umständlichkeit der Verwaltung, da alles ins Englische übersetzt werden muß, was irgend Bedeutung hat und daher den Amerikanern vorgelegt werden muß. Überhaupt Schwerfälligkeit des öffentlichen Lebens: In der sogenannten „Systemzeit“¹⁵⁵ alles Wichtige nicht nur in den Deputationen und in den Parlamenten verhandelt, sondern auch mit den Parteiführern der sog[enannten] Regierungsparteien; wöchentlich waren solche Besprechungen mit den Parteiführern Dietz (Deutsche Volkspartei),¹⁵⁶ Wenhold (D[eutsche] Demokratische P[artei]) und Theil (Sozialdemokratische P[artei]) unter Donandts¹⁵⁷ Vorsitz. In der nationalsozialistischen Zeit bestand dies Doppel in der gesetzlich oder durch Anweisungen festgelegten Mitwirkung der Partei, die neben dem Staatsapparat einen ebenso vollständigen Parteiapparat hatte. Jetzt haben die Amerikaner ihre Amtsstellen und Dezernenten in Parallele mit den bremischen Behörden, und alles, was bei uns vorbereitet wird, muß auch „drüben“ besprochen werden – nur daß die Amerikaner die diktatorische Macht haben und ausüben.

¹⁵⁴ Diese Senatssitzung wurde als vertraulich behandelt und den Senatsprotokollen keine Niederschrift beigelegt.

¹⁵⁵ Abfällige Bezeichnung der Nationalsozialisten für die Weimarer Republik.

¹⁵⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 35. Zu Dietz (1870–1943), vgl. Brem. Biogr., S. 114f.

¹⁵⁷ Dr. jur. Martin Donandt, 1852–1937, seit 1885 Richter in Bremen, 1898–1918 Senator, 1918–März 1933 Bgm. bzw. Präs. des Senats, von den Nationalsozialisten zum Rücktritt gezwungen. Vgl. Brem. Biogr., S. 115ff.

Besprechung Vagts, Apelt, Nolting-Hauff und ich über die Frage, ob den schuldlos entlassenen Beamten irgendwelche Bezüge zugesichert werden können. Finanzsenator Nolting-Hauff hat mit Recht finanzielle Bedenken, wenn diese „Reinigungswelle“ fortschreitet und außer den bereits entlassenen etwa 600 Beamten weitere Hunderte von Beamten entlassen werden sollten.¹⁵⁸ Ich lege das Verfahren der Nationalsozialisten dar (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums); im härtesten Falle (Entlassung von Kommunisten) Zahlung des vollen Gehalts für drei Monate und bei Bedürftigkeit widerrufliche bescheidene Rente; im Regelfalle der politischen Unzuverlässigkeit Dreiviertel des Ruhegehalts.¹⁵⁹ Nach meiner Ansicht dürfen wir nicht grausamer verfahren, als die Nationalsozialisten verfahren sind. Nolting-Hauff soll zunächst Berechnungen anstellen.

Endlich einmal ein ruhiger Nachmittag und Abend! Die Not der Zeit und die Verzweiflung der Menschen führten dazu, daß ich auch in unserer Wohnung, besonders während der Mahlzeiten und abends, aufgesucht wurde; auch sonntags setzten sich die Besuche fort. [...]

Das senatorische Leben spielt sich in der Regel so ab: etwa um 6 Uhr morgens aufstehen, gegen 7 Uhr Frühstück in der Küche. Gegen 7½ Uhr ins Rathaus gegangen. Bis 1 oder 1½ Uhr dort in Hetze gearbeitet, meist durch Besuche und Besprechungen in Anspruch genommen; um 8½ Uhr regelmäßige Karl Carstens, der mir seine Sachen vorträgt und neues Futter von mir in seine Arbeitskrippe erhält. Mittagessen gegen 2 Uhr in der Küche (kurze Ruhe). Wieder zu Fuß ins Rathaus. Etwa um 7 Uhr abends zurückgegangen, meist mit Apelt, mit dem immer viel Amtliches zu besprechen ist. Gegen 8 Uhr – manchmal später – Abendessen in der Küche. Nachher einige Notizen und Vorbereitungen für den nächsten Arbeitstag; nur wenn ich mir einen Plan für die Erledigung der Sachen des nächsten Tages mache, kann ich durchkommen. Gegen 10½ Uhr ins Bett, auch körperlich ermüdet von den 4 Stadtwegen von je 35 Minuten = 2 Stunden 20 Minuten Fußmarsch täglich. Mir bekommt das besser als meinen Schuhen, die in einem trostlosen Zustande sind.

¹⁵⁸ Nach einer Mitteilung im Weser-Boten, dem Nachrichtenblatt der Militärregierung, vom 21. 7. 1945 wurden bis dahin in der Stadt Bremen 1831 Beamte entlassen (Brandt, Antifaschismus, S. 140).

¹⁵⁹ Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums enthielt keine speziellen Sanktionen gegen Kommunisten. Die von Spitta angeführte Regelung: Weiterzahlung des vollen Gehalts für drei Monate und Gewährung einer jederzeit widerruflichen Rente bei Bedürftigkeit, galt für die nach der Revolution von 1918 ernannten Beamten, die die üblichen Laufbahnvorschriften nicht erfüllten, die „Partei-buchbeamten“ in der nationalsozialistischen Polemik (§ 2). Dreiviertel des Ruhegelds erhielten *alle* aus politischen Gründen entlassenen Beamten nach mindestens zehnjähriger Dienstzeit (§ 4). RGBl. 1933 I, S. 175f.

Sonntag, 24. Juni 1945, Johannistag

[...] So war der halbe Tag durch Bittsteller besetzt, mich seelisch mitnehmend. Man kann solche unglücklichen Menschen nicht abweisen, sondern muß ihnen wenigstens die Erleichterung der Aussprache gewähren, auch wenn man ihnen nicht helfen kann. [...]

Montag, 25. Juni 1945

Nachdem die Amerikaner den Ratskeller zum Offizierskasino und die untere Rathaushalle zum Bierlokal für die Soldaten gemacht haben,¹⁶⁰ verlangen sie jetzt unsere Festräume als Gesellschaftssäle für festliche Veranstaltungen, für Kartenspiele und dergleichen. Festsaal, Kaminsaal, Gobelzimmer gehen uns verloren, dazu drei Arbeitszimmer und die Toilettenräume. Eine Mauer soll unsere Arbeitsräume von ihren Festräumen trennen. Auch das wirkt wie ein Symbol.

In der Beamtenfrage Umschlag des Windes. General Vaughan¹⁶¹ hat Lärm geschlagen, daß er Präsident Platz verlieren soll und will sich das nicht gefallen lassen. Der Governor heute entgegenkommend; alle sollen bis 15. Juli bleiben, auch Behrens; dann oder bis dahin neue Prüfung der Entscheidung.¹⁶² Inzwischen lief die Entlassungswelle weiter, im Bauwesen, das bald ohne alle höheren Beamten ist, in der Strafanstalt (weitere 17 Beamte entlassen) usw. – Lange Sitzung über Mittag mit den Amerikanern (bis 3¾ Uhr); erst um 4½ Uhr Mittagessen. Alles, was mit Captain Guthrie freundschaftlich durchgesprochen war, wurde von seinem neuen Vorgesetzten, einem Obersten,¹⁶³ noch einmal vorgenommen, besonders umständlich die Eröffnungsfeier nächsten Mittwoch. Offenbar wollte er selbst gern reden und demgemäß das mit Welker vereinbarte Programm umstoßen. Dazu in den Formen kühl und ablehnend; kein Händeschütteln, kein Abschiedsgruß. Guthrie mußte sich entsprechend verhalten. Erreicht nach längerer Umständlichkeit, daß unsere Bremer Flagge neben die der Amerikaner und Engländer gesetzt wird, und daß den Hilfsrichtern der deutsche Richtereid¹⁶⁴ von mir abgenommen wird – beides war schon von Welker zugestanden. Grotesk die Umständlichkeit, mit der die drei amerikanischen Offiziere die englische und amerikanische Flagge entfalteten und maßen und dazu mangels Metermaßes die eigene Körperlänge brauchten.

¹⁶⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 139.

¹⁶¹ Generalmajor Harry B. Vaughan, Kommandierender General des Bremen Port Command.

¹⁶² Vgl. Kap. 2, Anm. 151.

¹⁶³ Stanley W. Wisnioski, Lieutenant Colonel, bis Ende Okt. 1945 Leiter der Rechtsabteilung der Militärregierung in der Enklave. Bei der Feier zur Eröffnung der deutschen Gerichte in Bremen hielt er neben Welker und Spitta eine kurze Ansprache.

¹⁶⁴ Es handelte sich um den durch ein bremisches Gesetz von 1879 vorgeschriebenen alten Richtereid.

Oder – in meiner Abwesenheit – die Erörterung, ob der als Dolmetscher tätige Rechtsanwalt Dr. Janssen einen Stuhl mit hoher oder niedriger Lehne haben sollte!!

[...]

Dienstag, 26. Juni 1945

In der *Senatssitzung* Mitteilung, daß die Amerikaner jetzt entschieden hätten, daß auch *die stadtbremischen Häfen wiederhergestellt* werden sollten. – In Bremerhaven hat der Schiffsverkehr begonnen. – Der Eisenbahnverkehr nach Hamburg möglich; der Bahnkörper hergestellt, Kohlen und Wagen vorhanden; Hinderung, daß sich Briten und Amerikaner nicht einigen können.¹⁶⁵

Frage, wie man an die Bevölkerung herankommen und aufklärend wirken kann. Einleitung zu Verordnungen, Proklamationen, Rundfunkansprachen der Senatoren, Interview, Presse? Alles von den Amerikanern gesperrt. *Die Zensur* der bremischen Presse und sonstigen Drucksachen wird in *Nauheim*¹⁶⁶ ausgeübt; dahin geht alles im Flugzeug, auch der Entwurf der neuen „Weserpost“.¹⁶⁷ Dr. Hanns Meyer hofft, daß wir darin bald mehr bringen können, als amtliche Anzeigen und dergleichen.

Kaisen wieder prachtvoll in seinen Ausführungen, daß alles verloren sei: der Staat, die Rechtsordnung, die Wirtschaft, der private Besitz, die Hoffnung; *geblieben sei aber der Mensch, der deutsche Mensch*; der müsse gerettet und seelisch wieder aufgerichtet werden. Erörterung über die Not der Angestellten und Arbeiter. Beginn des Elends und der Verzweiflung (Kaisen und Wolters). Anregung eines neuen Lohnsystems (Erwerb von Wohnungsrecht, Zulagen in der Ernährung usw.).¹⁶⁸

¹⁶⁵ Die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Hamburg und Bremen verzögerte sich noch längere Zeit. Am 3.8.1945 gab Platz deshalb im Senat den Ersatz durch eine Buslinie bekannt (Protokoll, StAB: 3/3). Nach dem Amtl. Taschensfahrplan vom 28.9.1945 gab es täglich eine Zugverbindung von Altona und Hamburg-Hbf. nach Bremen. Die Fahrt dauerte vier Stunden und sieben Minuten.

¹⁶⁶ In Bad Nauheim arbeitete seit April 1945 die Pressesektion des US-Hauptquartiers unter Hans Habe, die die alliierten Mitteilungsblätter für die deutsche Bevölkerung herausgab. Sie stellte die offiziellen Proklamationen, vorbereitete Artikel, Auslandsnachrichten und Reportagen zur Verfügung, die von einem „Lokalredakteur“ durch örtliche Mitteilungen ergänzt wurden. Da es der Einheit an genügend Personal fehlte, um zeitweise bis zu zehn Armeegruppen-Zeitungen zu betreuen, eilten „fliegende Redakteure“ mit dem Auto oder Flugzeug von Ort zu Ort. (Hurwitz, *Stunde Null der Presse*, S. 49f., 80–82).

¹⁶⁷ Gemeint ist wahrscheinlich der *Weser-Bote*, der am 23.6. zum ersten Mal erschienen war, vgl. Kap. 2, Anm. 64.

¹⁶⁸ Kaisens allgemeine Ausführungen sind im *Senatsprotokoll* nicht überliefert. Seine Mitteilungen über die Not der Angestellten und Beamten bezogen sich auf eine von Vagts am 15.6.1945 auf Betreiben der HK erlassene „Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen zum 30.6.1945“, die den Arbeitgebern das Recht gab, Beschäftigungsverhältnisse ohne Rücksicht auf geltende Kündigungsfri-

Karl Carstens über Nawrath; er ist einziges deutsches Mitglied einer amerikanischen Kommission, die die Beamten auf ihre politische Zuverlässigkeit prüft. Welcher Staatsposten für Nawrath geeignet? Direktor des Kolonialmuseums mit Forschungsreisen? Oder erstrebt er eine politische Laufbahn?¹⁶⁹

Nachmittags mit Bürgermeister Vagts die Angelegenheit der straffreien Unterbrechung der Schwangerschaft abgeschlossen. Ich legte von vornherein Wert darauf, daß es sich nur um eine zeitlich begrenzte Ausnahme-Maßregel handeln dürfe.

Mittwoch, 27. Juni 1945

Um 10 Uhr *Feier der Wiedereröffnung der deutschen Gerichte in Bremen* im Schwurgerichtssaal. Teilnehmer: amerikanische Generalität, Governor und seine Mitarbeiter, Senat, Richter, Hilfsrichter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Justizpersonal; Publikum. Ansprachen: Governor, Oberst Winiowski, Vagts und ich.¹⁷⁰ Beeidigung der Hilfsrichter durch mich. Rede Lahusens. Feierliche Ein- und Auszüge. Vagts und ich empfangen die Amerikaner im Beratungszimmer des Schwurgerichts. Der Governor begrüßt uns beim Kommen, dagegen behandeln uns die anderen hohen Offiziere, darunter der kommandierende General Sands,¹⁷¹ als Luft; nicht das geringste Zeichen der Begrüßung!

Vagts bespricht mit mir die unangenehme Angelegenheit Schnackenburg/Rieger (Leitung der Philharmonischen Konzerte). Beleidigende Eingabe an Vagts von Ahlers, Tecklenborg usw. („Nazi-Methoden“ und andere Vorwürfe).¹⁷² Vagts will der Philh[armonischen] Ges[ellschaft] empfeh-

len zu lösen. Kainen forderte eine Ergänzung der Verordnung zum Schutz der Schwerbeschädigten und zur Sicherung der „wohlerworbenen Rechte der Angestellten“. Der zuständige Senator Wolters, der bereits am 19.6.1945 gegen die Verordnung protestiert hatte, berichtete ergänzend, daß 85 Prozent aller Angestellten gekündigt worden sei und sie jetzt auf dem Flugplatz zu schweren Erdarbeiten herangezogen würden. Er schlug vor, den Betroffenen die Ernährungszulagen für Schwerarbeiter und höhere Löhne zu bewilligen und sie bei der Wohnraumverteilung zu bevorzugen. Nach weiteren Beratungen des Senats wurde am 7.7.1945 eine Ergänzungsverordnung veröffentlicht. Beide Verordnungen traten Anfang Febr. 1946 außer Kraft.

¹⁶⁹ Vgl. Kap. 2, Anm. 53.

¹⁷⁰ Ausführlicher Bericht unter der Schlagzeile „Freies Gericht in Bremen“ im *Weser-Boten* v. 30.6.1945; Redemanuskripte im StAB: 3-G. 3.a. Nr. 533.

¹⁷¹ Brigadegeneral William H. Sands, Kommandierender General der 29. Infanteriedivision, Befehlshaber in der Enklave.

¹⁷² Fritz Rieger, 1910–1978. Dirigent, 1931–1938 in Prag, seit Aug. 1941 Operndirektor in Bremen, seit Aug. 1944 auch Leiter der Bremer Philharmoniker, zum 30.7.1945 entlassen, 1947 nach Mannheim, 1949–1966 Leitung der Münchener Philharmoniker.

Hellmut Schnackenburg, 1902–1974. Dirigent, 1937–1944 Generalmusikdirektor der Philharmonischen Gesellschaft in Bremen, 1944 Wechsel nach Klagenfurt, wo er

len, Rieger zum 30.6. aufgrund der Kündigungsverordnung zu kündigen. Konzerte können einstweilen nicht stattfinden, weder unter Schnackenburg noch unter Rieger. Im übrigen soll die Philharm[onische] Gesellschaft wieder selbständig werden.

[...]

Donnerstag, 28. Juni 1945

Politische Unsicherheit; der Kreis um Nawrath; darunter auch Kaufleute (Herbert Voigt).¹⁷³ Treiben gegen Vagts. Ich habe mich gewundert, warum die Amerikaner damals auf Vagts verfallen sind, habe aber gefunden, daß er Leitung im Senat und Verhältnis zu den Amerikanern geschickt bewältigt. Jetzt ist jedenfalls die Lage so, daß mit dem Sturze Vagts' neue, schwere Krisis entstehen würde; Apelt und ich sind darüber einig, daß dann nur eine Bürgermeisterschaft Kaisens die Lage vielleicht – sehr vielleicht – retten könnte.

Dr. Hanns Meyer unterbreitet mir Flugblätter der Antifaschisten-Liga gegen Vagts (Kündigungsverordnung).¹⁷⁴ Er hat große Sorge über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Bremen.

[...]

Das Flüchtlingselend der vertriebenen Juristen schlägt auch in mein Ressort hinein. Neben den Rechtsanwälten aus dem Osten, die hier in Bremen zugelassen werden wollen, stehen die Richter, Regierungsräte und sonstige Justizbeamte, die in die Enklave verschlagen sind und bis Ende April von den hiesigen Staatskassen ihr Gehalt bezogen haben (für Rechnung des Reichs), nun aber auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind (30 bis 33 RM, dazu Kinderzuschläge von 15 bis 16,50 RM im Monat!). Im Kreise

seine Tätigkeit wegen des Krieges aber nicht mehr aufnehmen konnte, 1945–1951 Generalmusikdirektor der Freien Hansestadt Bremen, 1951–1968 Direktor der Musikschule Bremen.

Der Konflikt begann 1941, als Rieger die ihm zugesagte Leitung der Philharmonie forderte. Sie wurde ihm 1944 übertragen, nachdem Schnackenburgs Vertrag nicht verlängert worden war. Die Philharmoniker verloren damit ihre Selbständigkeit. Fritz Tecklenborg, 1888–1964, Teilhaber einer Bremer Tauwerkfirma und seit 1929 im Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft, setzte sich ebenso wie Ahlers (vgl. Kap. 2, Anm. 9) für die Wiedereinstellung Schnackenburgs ein. Vgl. Blum, Musikfreunde, S. 514–538.

¹⁷³ Herbert Voigt, Kaufmann, gehörte zum Gründungskreis der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, einer Gruppe von Kaufleuten, die Verbindung zur KGF suchte und deren Bemühen um energischere Entnazifizierung unterstützte.

¹⁷⁴ Sonderbeilage zum Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, Nr. 3, Juni 1945. Die von Vagts am 15.6.1945 erlassene Verordnung, die den Arbeitgebern ein außerordentliches Kündigungsrecht einräumte, hatte unter Arbeitern und Angestellten erhebliche Unruhe hervorgerufen; vgl. auch Kap. 2, Anm. 168.

Osterholz sind über 30 solcher Beamter. Bremen kann unmöglich die ganze Last höherer Bezüge anstelle des Reiches tragen.¹⁷⁵

[...]

Freitag, 29. Juni 1945

In der *Senatssitzung* nehmen immer die Erörterungen über Arbeiterfragen, Kündigungen und Löhne einen großen Raum ein. Erdarbeiten auf dem amerikanischen Flugplatz durch Akademiker, Angestellte usw. ohne Arbeitszeug, mit schlechtem Schuhwerk.¹⁷⁶

Wolters macht Vorschläge für Lohnzulagen usw. Einsetzen der Schuljugend zwischen 12 und 16 Jahren auf Verlangen der Amerikaner; Aufrufe zu freiwilliger Meldung.¹⁷⁷

Organisation der Ernährungsämter; Osterholz und Wesermünde bleiben bei Niedersachsen; Frage, ob Oldenburg nicht auch Niedersachsen anzuschließen ist. Dann großes, einheitliches Ernährungsgebiet. Plan einer gesamtdeutschen Organisation mit Sitz in der Nähe Erfurts (ohne die von den Russen besetzten Gebiete).¹⁷⁸ Trübes Bild der Bauwirtschaft; Holz und Zement liegen im Hafen, werden vom Hafenkommandanten nicht freigegeben. Bei Glas und Dachpappe hindert die Grenzziehung, ebenso bei Holzeinkäufen, da dafür britische Holzeinkaufsscheine erforderlich sind, die Bremen nicht erhält.

Die Reichsbank in Berlin ist von den Russen in eine Berliner Stadtbank verwandelt; die Depots und Guthaben verloren.¹⁷⁹ Beginnende Krisis infolge Nichtzahlung der Zinsen der Reichsanleihen.

¹⁷⁵ Vgl. Kap. 2, Anm. 125.

¹⁷⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 168.

¹⁷⁷ Dem Wunsch der Amerikaner, die 13- bis 16jährige Schuljugend, solange die Schulen noch geschlossen waren, zu Aufräumarbeiten in den Wallanlagen und im Bürgerpark heranzuziehen, beschloß der Senat durch einen Aufruf zum freiwilligen Arbeitseinsatz von vier bis fünf Stunden Dauer am Tag nachzukommen und die Schulen mit der Organisation zu beauftragen. Der Aufruf vom 14.7. erschien am 20.7. in den Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, S. 6. Da sich jedoch zu wenige Schüler meldeten, forderte Paulmann am 27.7.1945 Zwangsmaßnahmen, um die benötigten 300 bis 400 Jungen stellen zu können. Am 24.8. wurden männliche Jugendliche im Alter von 13 und mehr Jahren zur Meldung beim Arbeitsamt verpflichtet (Amtl. Mitteilungen, Nr. 5, 31.7.1945, S. 2).

¹⁷⁸ Die zentralen Verwaltungen für Ernährung und Landwirtschaft wurden in den Besatzungszonen seit dem Frühjahr 1946 getrennt aufgebaut, in der US-Zone durch Ernennung Hermann Dietrichs zum Sonderbevollmächtigten des Länderrats für Ernährung und Landwirtschaft, in der britischen Zone durch die Errichtung des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft und in der französischen Zone durch die Gründung des Zentralausschusses für Ernährung, der aber nur beratendes Organ der Militärregierung war. Nach der Bildung der Bi-Zone wurden die Dienststellen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 1.1.1947 an zum Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft zusammengefaßt.

¹⁷⁹ In der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, das zunächst allein von den Russen besetzt wurde, mußten alle Banken auf Befehl der Militärregierung sofort

Nolting-Hauff berichtet über seine Besprechung mit dem Finanzsenator Velthuysen¹⁸⁰ in Hamburg. Die finanziellen Verhältnisse ähnlich wie in Bremen. Unmöglichkeit, einen Haushalt aufzustellen; beliebige Anforderungen der britischen Besatzung; Unklarheit über die Einnahmen. Für Beamten-Entlassungen *Gesetz* geplant; zwei Gruppen: bei den „Muß-Entlassenen“ drei Monate Gehalt, bei den „Kann-Entlassenen“ $\frac{3}{4}$ der Pension.¹⁸¹ – Die Briten haben die *Senkung der Beamtengehälter verboten*, wie die Amerikaner in Bremen sich dagegen erklärt haben.¹⁸² Erfreulich nur die Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs: 100 km ohne besondere Erlaubnis, einschließlich Hannover und Hamburg. Nach Hamburg aber immer noch kein Zug.

[...]

Samstag, 30. Juni 1945

Brabant, später Wenhold mit denselben Sorgen bei mir. Treiben gewisser unzufriedener Kaufleute (Herb[ert] Voigt, Entholt)¹⁸³ gegen die Zusam-

schließen, so auch die Reichsbank (Befehl Nr. 1 des Berliner Stadtkommandanten vom 28.4.1945). Zum 15.5. wurden die Sparkassen vorübergehend wiedereröffnet, um Einzahlungen anzunehmen und seit dem 26.5. auch Auszahlungen aus den neuen Guthaben vorzunehmen. Aber schon am 5.6. wurde ihre erneute Schließung und die Umwandlung der Reichsbank in eine dem Magistrat unterstehende „Berliner Stadtbank“ angeordnet, der alle Kassenbestände zu überweisen waren und die als einziges zugelassenes Geldinstitut den gesamten lokalen Zahlungsverkehr abzuwickeln hatte. (Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. i. A. des Senats von Berlin, Bd. 1/1, Berlin 1964, S. 209, 437f.) Es gab infolgedessen in Deutschland keine Zentralnotenbank mehr, und die Großbanken verloren ihre Berliner Zentralen. In der britischen und französischen Zone übernahmen die Reichsbankleitstellen Hamburg und Speyer nach und nach einen Teil der Zentralbankfunktionen; in der US-Zone wurden zunächst Leitstellen für die einzelnen Länder geschaffen und Ende 1946 neue Landeszentralbanken errichtet. Über die Bedienung der Reichsschuld vgl. auch Kap. 2, Anm. 124.

¹⁸⁰ Bernhard Velthuysen, 1881–1969. Jurist, als Oberbgm. von Halle zum 1.6.1933 in den Ruhestand versetzt, 1936 Bgm. in Altona, 1938 nach dem Zusammenschluß mit Hamburg dort Senatssyndikus, seit 1940 Stadtkämmerer, nach der Besetzung unter Bgm. R. Petersen weiterhin im Amt, am 30.9.1945 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt.

¹⁸¹ Am 3.7.1945 erließ die Britische Militärreg. die Finanzanweisung Nr. 16, nach der Beamte und Staatsangestellte, die keinen Dienst taten, also verhaftet, entlassen oder suspendiert waren, ab sofort keine Bezüge mehr erhielten. Zivilbeamten, nicht Wehrmachtsangehörigen, die bereits vor der Besetzung in den Ruhestand getreten waren, durften weiter Pensionen gezahlt werden. (Lange, Entnazifizierung, S. 14).

¹⁸² Die Kürzung der Gehälter der Beamten und Staatsangestellten war in Bremen bereits beschlossen, mußte dann aber auf Anordnung von Major Bechtel rückgängig gemacht werden, der nach Einschätzung des Senats aufgrund höherer Weisung seine Meinung geändert hatte (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3).

¹⁸³ Fritz Entholt, 1872–1953. Inhaber einer Baumwollimportfirma, Gründungsmd. der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, die sich besonders für die Entnazifizierung der HK einsetzte (vgl. Kap. 2, Anm. 39), bis März 1946 Vors. der BDV.

mensetzung der Handelskammer, in der von 23 Mitgliedern sechs frühere Pg. sind, darunter aber Männer wie Erling,¹⁸⁴ Brabant und Helms, also Führer der größten und wichtigsten Unternehmungen Bremens.¹⁸⁵ Rolle Nawraths, bei dem sich die Unzufriedenen aller Schichten sammeln – auch Wenhold hält Kaisen für die Rettung.

Apelt beunruhigt über Wolters, der nicht nur einen radikalen Linkskurs steuert und in Tarif- und Lohnfragen Ziele hat, die die Wirtschaft, soweit sie noch lebensfähig ist, töten werden, sondern auch aus der Gemeinschaft des Senats völlig herausfällt und durch Interviews und Agitation die Grundlage des Senats untergräbt. Es ist ein unsagbares Unheil, daß wir Deutschen uns in dieser furchtbaren Lage nicht zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenfinden können, sondern in Gruppen auseinanderfallen und mit Haß und Rachegelüsten gegeneinander vorgehen.

Gegen Überrumpelung des Senats durch Wolters soll ich jetzt dadurch ein Schutzwall sein, daß alle Verordnungen der einzelnen Ressorts, ehe sie im Senat vorgebracht werden, dem Senator für Justiz und Verfassung unterbreitet werden sollen.¹⁸⁶

[...]

Die von den Amerikanern erbaute Holzbrücke neben der gesprengten Weserbrücke zeigt als einzige Weserbrücke einen ungeheuren Verkehr; das Bild der Stadt und der vier zerstörten Brücken erschütternd. – Das Wasserwerk liefert jetzt mehr Wasser, im Keller meist den ganzen Tag. – Nach Horn fährt ein Bus alle 20 Minuten; im übrigen die Straßenbahn noch sehr im Rückstande. – Gas gibt es gar nicht, elektrisches Licht in einzelnen Teilen der Stadt. – Viele tausend Familien müssen noch untergebracht werden; einzige Möglichkeit das Landgebiet.

Ein erheblicher Teil des Tages – auch des Abends zu Hause – geht mit Besuchen klagender Leute hin.

[...]

¹⁸⁴ Hans Erling, 1894–1950. Müller und Kaufmann, seit 1921 Vorstandsmd. der Bremer Rolandmühle AG, die er nach Aufkäufen mehrerer Konkurrenzfirmen in der Weltwirtschaftskrise 1937 in ein Familienunternehmen umwandelte, Md. der HK, Aufsichtsratsmd. verschiedener Banken und Schifffahrtsunternehmen. Vgl. Brem. Biogr., S. 140f.

¹⁸⁵ Nach seiner Ernennung zum Handelskammerpräses am 11.6.1945 übersandte Wilkens dem Reg. Bgm. am 15.6. eine Liste des umgebildeten und von 33 auf 23 Personen verkleinerten Beirats zur Genehmigung. Vagts billigte die Zusammensetzung, obwohl alle 23 Mitglieder auch schon dem alten Beirat unter Bollmeyer angehört hatten. Die Kritik mehrerer Bremer Kaufleute in einer Denkschrift vom 22.6.1945 an der ungenügenden Entnazifizierung des Beirats wies Wilkens mit der Begründung zurück, daß die ehemaligen NSDAP-Mitglieder unentbehrlich seien und er andere besonders schwer belastete Kaufleute nicht übernommen habe. Vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 38–41.

¹⁸⁶ Die entsprechende Verfügung des Reg. Bgm. wurde von Spitta selbst durch einen Antrag in der Senatssitzung am 29.6.1945 veranlaßt.

Sonntag, 1. Juli 1945

[...]

Montag, 2. Juli 1945

Ehepaar Fischer aus Weimar bringt Grüße von Anton Kippenberg; er hat seine Goethe-Sammlung (mit Ausnahme der 10000 Goethebücher) nach Marburg/Lahn gerettet; will die „Insel“ in Leipzig wieder aufmachen.¹⁸⁷

In der amerikanischen Enklave war nur im Gefängniswesen Einheit hergestellt; alle Gefängnisse von Oslebshausen aus verwaltet. Jetzt ist ein Oberstaatsanwalt aus Hamburg erschienen und wollte die bremischen Gefängnisse beaufsichtigen. Er vertrat den Standpunkt, daß [1] die bremischen Gefängnisse Hamburg, [2] Wesermünde mit Osterholz Celle und [3] Brake und Nordenham Oldenburg unterständen, also eine Dreiteilung in der kleinen Enklave und kein einziger Verwaltungssitz in der Enklave selbst!¹⁸⁸ Dieselbe Verwirrung der Zuständigkeiten bei den Gerichten, in der Kommunalverwaltung und in den Finanzen. Es muß durch die Amerikaner Ordnung geschaffen werden. Das geschieht aber nicht.

Dienstag, 3. Juli 1945

In der *Senatssitzung* wieder wenig Erfreuliches: Die von den Amerikanern verlangten Beamtenentlassungen legen die Sparkasse still;¹⁸⁹ es sollen den Amerikanern die Folgen eines Banken-Runs, wenn die Sparkasse schließen muß, klargemacht werden.

Die Briten lassen das Bauholz der Sägemühle in Nienburg nicht heraus; Bremen war Hauptbezieher, ist jetzt von seinem Versorgungsgebiet abgeschnitten.¹⁹⁰ Ähnliche Schwierigkeiten mit der großen Frühkartoffel-Ernte in Syke; 10 Pfund Kartoffeln könnte Bremen auf den Kopf der Bevölkerung geben, wenn es diese Mengen aus Syke hereinbringen könnte; es fehlt auch an Lastwagen, auch für das Hereinbringen der Gemüsemengen. [...]

Die Abende sind auch sonst wenig brauchbar, schon bald nach dem Essen kann man nicht mehr lesen oder schreiben. Dazu kommt bis spät der Lärm des Rundfunks der amerikanischen Soldaten in der Joseph-Haydn-Straße. Die Truppe selbst benimmt sich sonst ganz anständig; tags wird auf der Straße Ball gespielt und mit den deutschen Kindern gescherzt; kein Al-

¹⁸⁷ Vgl. Kap. 1, Anm. 126.

¹⁸⁸ Der zitierte Oberstaatsanwalt orientierte sich an der alten Abgrenzung der OLG-Bezirke. Danach gehörte Bremen zum Bezirk des HOLG in Hamburg.

¹⁸⁹ Die Militärregierung hatte die Entlassung einer Anzahl leitender Angestellter der Sparkasse, darunter der Direktoren Oskar Lüpke und Fritz Kellner, verfügt. Finanzsenator Nolting-Hauff ernannte daraufhin den Direktor der Bausparkasse, Emil Richter (vgl. Kap. 2, Anm. 89), der gute Kontakte zu den Amerikanern und zur KGF hatte, zum kommissarischen Leiter und gab ihm Lüpke als Berater bei. Der von Nolting-Hauff und Spitta befürchtete Rückgang der Spareinlagen blieb aus.

¹⁹⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111.

kohol- oder Mädchen-Betrieb. Übrigens sind alle amerikanischen Soldaten in Bremen durchweg kräftig, blühend und in den besten Jahren, etwa zwischen 20 und 35 Jahren, alle vorzüglich in Kleidung, Stiefeln und Waffen ausgerüstet und offenbar vorzüglich gepflegt. Es ist ein Jammer, dagegen die blassen, mageren, sorgenbelasteten, vielfach überanstrengten Deutschen zu sehen.

Mittwoch, 4. Juli 1945

Werde jetzt morgens 7^{3/4} Uhr mit dem Reserve-Auto des Bürgermeisters abgeholt und mittags gegen 11^{1/2} Uhr wieder nach Hause gebracht, so daß ich nur nachmittags und abends den Weg zu Fuß machen muß.

Mehrere schwierige juristische Sachen (Plan für Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave,¹⁹¹ Verordnungen anderer Ressorts, Moratoriumsantrag der Handelskammer¹⁹² usw.) mit Karl Carstens bearbeitet. Leider fehlt zu allen großen Arbeiten die Ruhe; man wird dauernd durch Besprechungen und Besuche unterbrochen.

Donnerstag, 5. Juli 1945

Morgens um 6 Uhr radelt *Paula* ab, um mit Liesel Carl¹⁹³ nach Göttingen zu kommen. Führt mit Lastwagen von der „Fahrbereitschaft“ in der Hollerallee ab. Dort sammelt sich morgens immer eine große Menge Menschen, die mit Lastwagen abreisen wollen. Heute morgen sollen etwa 400 Leute dort gestanden haben. So merkwürdig gestaltet sich jetzt der Reiseverkehr.

Vormittags mit Harmssen, Kaisen und Wolters die Ergänzung zur Kündigungsverordnung (15.6. erlassen) durchberaten; vier Entwürfe lagen vor. Sachliche Verhandlung; Einigung über meinen Entwurf.¹⁹⁴

Nachmittags etwa zwei Stunden mit Oberst Wisnioski und Captain Guthrie Vereinheitlichung der Gerichte und Gefängnisse in der Enklave beraten. Die Amerikaner wollen Denkschrift. Diese englischen Beratungen für mich immer sehr anstrengend, die mit anwesenden Lahusen, Jansen und Carstens beherrschen das Englische weit besser als ich.

[...]

Man zweifelt oft, ob die Amerikaner überhaupt den Willen haben, Bremen sich wiederaufrichten zu lassen. Auf dem Gebiete der Ernährung tun sie wenig oder nichts gegen die Absperrmaßnahmen der Briten.¹⁹⁵ Die Pro-

¹⁹¹ Die Gerichte und Strafanstalten in der Enklave gehörten zu drei OLG-Bezirken: Hamburg, Celle und Oldenburg.

¹⁹² Es handelt sich wahrscheinlich um ein Schuldenmoratorium wegen der Lähmung des Kreditverkehrs durch den Ausfall der Reichsbank. Durch eine Verordnung über die erweiterte Vertragshilfe der Gerichte vom 13.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 208) wurde dieses Bedürfnis erfüllt.

¹⁹³ Kommilitonin von Paula Spitta, Chemiestudentin.

¹⁹⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 168.

¹⁹⁵ Vgl. Kap. 2, Anm. 111.

vinz Hannover läßt kein Getreide heraus, das die Gegenleistung für Mehllieferungen der Rolandmühle nach Westfalen sein sollte. Die Amerikaner verhindern und verbieten sogenannte Kompensationsgeschäfte Bremens;¹⁹⁶ daher liefern wir Mehl nach Wesermünde, Oldenburg, Wilhelmshaven usw. ohne Gegenleistung in Waren, während z.B. Wesermünde gegen seine Fische Leder und Kohlen aus Westfalen erhält. Die Folge ist, daß wir in der Rolandmühle in etwa vier Wochen mit den Vorräten, die Bremen für viele Monate mit Brot versorgen sollten, zu Ende sein werden, ohne irgendwelche Waren als Gegenleistung erhalten zu haben; noch immer fehlt es in Bremen an Kohlen und Leder, die andere Städte im Kompensationswege bekommen.

Der Governor hat dem Bürgermeister zugestanden, daß die Beamten, die zum 1. oder 15. Juli entlassen werden sollten, „bis auf weiteres“ im Amte bleiben.¹⁹⁷ Aber was für ein Arbeiten für diese so bedrohten Beamten!

Freitag, 6. Juli 1945

Vagts zeigt mir sein politisches Geheimschreiben an den Governor über die Antifaschisten-Liga usw.¹⁹⁸

In der *Senatssitzung* nehmen die Polizeisachen einen gefährlichen Charakter an. Die Polizei muß entmilitarisiert und der Widerstand der höheren Polizeibeamten (Major Schloemer) durch ihre Entlassung gebrochen werden, darüber Einigkeit. Nachdem Kennedy versetzt ist, der Schloemer hielt, muß aufgeräumt und neu organisiert werden.¹⁹⁹ Dabei erneute Ver-

¹⁹⁶ Eigentlich Begriff aus dem internationalen Handel: Tauschgeschäfte zur Einsparung von Devisen; hier: Vereinbarung über die Lieferung einer bestimmten Warenmenge in eine andere Zone gegen die Zusage, im Gegenzug eine in der Zone des Lieferanten benötigte Ware dorthin „auszuführen“ – vorausgesetzt, die zuständige Militärregierung erteilte ihre Zustimmung. Vgl. Kap. 4, Anm. 239.

¹⁹⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 151.

¹⁹⁸ In seinem Schreiben an Welker vom 2.7.1945 warf Vagts der „Antifaschisten-Liga“ ihre früheren eigenmächtigen Beschlagnahmen und Verhaftungen und für die Gegenwart Verstöße gegen das Versammlungs- und Veröffentlichungsverbot vor. Sie betreibe eine Kampagne gegen die Zivilverwaltung, leiste dem Reg. Bgm. Widerstand und störte den reibungslosen Wiederaufbau mit dem Ziel, Ruhe und Ordnung zu beseitigen und eine „Willkür-Herrschaft“ zu errichten. Wenn man sie gewähren lasse, werde ein politisches Chaos entstehen und Bremen als Hafen für den Heimtransport der amerikanischen Truppen wertlos werden. Nach einem Vermerk Vagts' vom 5.7. stimmte Welker dem Schreiben in einem Gespräch voll zu und erklärte: „Er werde auf keinen Fall zulassen, daß irgendwelche Unruhen in Bremen entstünden.“ (StAB: NL Vagts 7, 29–7).

¹⁹⁹ Die Bremer Polizei unterstand bis zum 1.4.1938 dem Polizeisenator, danach dem Polizeipräsidenten. Der Senat entschied sich, diese Organisation beizubehalten und das Amt des Polizeipräs. neu zu besetzen, da der Reg. Bgm. als Leiter der höheren Polizeibehörde in der Enklave fungierte und nicht zugleich Leiter der Ortspolizeibehörde sein sollte. (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3). Die geplante Neuordnung und Entmilitarisierung der Polizei konnte erst nach der Ablösung des Leiters des Public Safety Branch, Major Russell Kennedy, durch Major Marion A.

suche von Senator Wolters, selbst Polizeisenator zu werden. Die Lage dadurch verschärft, ja, äußerst kritisch geworden, daß Kaisen sich heute dafür einsetzte, daß Wolters Polizeisenator werde. Die Polizei in kommunistischer Hand! Das wäre der Anfang vom Ende. Kaisen vertraut dem klugen und gewandten Wolters. Darin liegt die große Gefahr. Diese unselige Polizeifrage, die uns schon in der „Systemzeit“ die größten Schwierigkeiten machte, kann den ganzen Senat sprengen und in den Abgrund ziehen – zur Freude von Wolters.

Kündigungsverordnung im Senat einstimmig genehmigt.²⁰⁰ – Wortmanns Bericht über die Wohnungsfrage. 1 358 Wohnungen vom Militär beschlagnahmt. Mangel an Baustoffen. – In Bremen 20[000] bis 25 000 Tote des Weltkrieges. – Harmssens Bericht über Hamburg. 22 Milliarden [RM] Kriegsschäden, davon drei Milliarden bezahlt. Kohlennot auch dort. Wärmehallen für den Winter geplant. Schwierigkeiten mit den britischen Ämtern wie bei uns.

[...]

Die *Post* beginnt bescheiden wieder zu arbeiten; für Privatschreiben nur Postkarten zugelassen.

Besonders erfreulich, daß wir seit heute *elektrischen* Strom haben, abends also Licht haben können. Freilich in unserer Wohnung nur wenige Lampen; auch ein erheblicher Teil der Leitungen zerstört.

Samstag, 7. Juli 1945

[...] Das Arbeitsamt zieht – offenbar auf Veranlassung von Wolters – Beamte, Richter, Hilfsrichter, Rechtsanwälte usw. zum Arbeitsdienst heran. Guthrie hat schon Bescheinigungen zum Schutz der Betroffenen ausgestellt und fragt bei mir an, ob er damit in meine Zuständigkeit eingegriffen habe. Ich kann Wolters (der anscheinend auswärts ist – er soll, ohne Führerschein, schon drei Autos entzweigefahren haben) nicht erreichen. Vagts weist das Arbeitsamt unmittelbar an, derartiges zu unterlassen. Nachmittags Tee mit Apelt, der in Sorge wegen der Polizeifrage ist. [...]

Haguewood Anfang Juli 1945 in Angriff genommen werden. Als notwendige Änderungen schlug Behrens die Zusammenfassung der zersplitterten Polizeikompetenzen beim Polizeipräs. und die Beseitigung aller militärischen Dienstgradbezeichnungen vor (Senatsprotokoll 6. 7. 1945, ebenda). Schloemer wurde am 17. 8. 1945 von der Militärregierung entlassen.

²⁰⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 168. Die „Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen“, die Vagts' Verordnung vom 15. 6. 1945 durch Einräumung und Regelung des Beschwerderechts sowie Kündigungsschutzbestimmungen für Schwerbeschädigte ergänzt, wurde am 7. 7. 1945 in den Amtl. Mitteilungen veröffentlicht.

Im Zeitungswesen der geringe Fortschritt, daß wir in einer Beilage „*Amtliche Mitteilungen*“ unsere Verordnungen und Lebensmittelzuteilungen veröffentlichen können.²⁰¹

[...]

Sonntag, 8. Juli 1945

Nolting-Hauff besucht; dort Vagts und Apelt getroffen. Nachmittags in der Goethe-Gesellschaft Vortrag Gorsemanns über die Darstellung der Engel in der Kunst. Da Gorsemann aus seinem Hause vertrieben ist und seine Bücher nicht mehr einsehen, den Vortrag auch nicht mehr durcharbeiten und feilen konnte, bekamen seine Worte eine Unmittelbarkeit, die sie sonst kaum gehabt hätten.

Nun ist der Sommer auf der Höhe. Seit gestern essen wir Frühkartoffeln, und die Linden blühen. In diese schöne Zeit fällt die Anordnung der Amerikaner, daß der Bürgerpark – dieser von Bremer Bürgern geschaffene und unterhaltene echte Volkspark – nur noch zum „Passieren“, nicht mehr zu längerem Aufenthalt benutzt werden darf.²⁰² Vielleicht zwingen Mißbräuche und „Nacktkulturen“ zu solcher Maßnahme.

Montag, 9. Juli 1945

Die Mitarbeit von Karl Carstens und die täglichen Besprechungen mit ihm (meist von 8¹/₂ Uhr morgens an), sind mir sehr wertvoll und menschlich angenehm, er hat auch Freude an der Ausarbeitung von Gesetzen (erweiterte richterliche Vertragshilfe usw.). – Bei Oberstaatsanwalt Dr. Bollinger, mit dem ich viele Fragen der Strafrechtspflege durchspreche. Bei Kaisen, mit dem ich die leidige Polizeifrage durchgehe. Vertrauensvolle Aussprache. Der neue Polizeipräsident Werra hat glücklicherweise einen guten Eindruck auf Kaisen gemacht; er ist mit seiner Ernennung einverstanden. Der frühere Sozialdemokrat Noch soll die „blaue Polizei“ leiten.²⁰³ Kaisens Mißtrauen gegen Vagts. Immerhin ist dieser Konfliktstoff für den Augenblick aus der Welt geschafft. Wolters kommt als Polizeisenator nicht mehr in Frage; Kaisen sagt, er habe Vagts damit schrecken wollen.

²⁰¹ Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen. Hrsg. v. Reg. Bgm., [Nr. 1], 7.7.1945; erschienen als Beilage zum Weser-Boten, vgl. Kap. 2, Anm. 64.

²⁰² Das Verbot war nur einen halben Tag lang in Kraft (Peters, Bremen 1945–1956, S. 18). Wahrscheinlich waren Holzdiebstähle der Grund für die Maßnahme. Um unerlaubte Abholzaktionen zu verhindern, wurde Zivilisten am 26.7. verboten, den Park nachts, zwischen 22.00 und 6.00 Uhr, zu betreten.

²⁰³ Franz Noch, 1886–1961. In der Weimarer Republik Vors. der Polizeigewerkschaft in Bremen, MdBü (SPD), im März 1933 als Polizeimeister beurlaubt, im Juli 1933 nach dem Berufsbeamtengesetz entlassen; nach der Wiedereinstellung im Dez. 1945 zum Polizeidirektor befördert, 1947–1951 stellv. Polizeichef in Bremen. – Als „blaue“ Polizei wurde der Einzeldienst der Ordnungspolizei bezeichnet im Gegensatz zur „grünen“ kasernierten und militärisch organisierten Schutzpolizei.

Wolters wird im Senat immer unmöglicher; Übergriffe in Apelts Ressort; Beamte, Rechtsanwälte, Hilfsrichter usw. zu Hafen- und Schipparbeit befohlen. Vagts hat eingegriffen und diese Anordnungen aufgehoben.²⁰⁴ Besprechung von Vagts, Apelt und mir hierüber. Anweisung an das Wohnungsamt hinsichtlich der Familien von Nationalsozialisten]; keine Begrenzung; Einsetzung eines Ausschusses.²⁰⁵ Wir wollen diese Fragen noch nicht zur Kabinettsfrage machen. Es steht auch eine unberechenbar große Menge und der russische Nimbus hinter Wolters. Daher ist Vorsicht geboten. Kaisen meinte freilich heute, wenn wir allgemeine Wahlen und ein Parlament hätten, würde Wolters nicht länger Kommunist sein.

[...]

Dienstag, 10. Juli 1945

Im Senat Wolters-Erörterungen. Die Übergriffe in andere Ressorts und andere Eigenmächtigkeiten, die Heranziehung von Beamten zum Arbeits-einsatz, usw. werden von Vagts zum Teil sehr scharf zurückgewiesen. Auch Kaisen betont, daß solche Angelegenheiten, für die der ganze Senat gerade stehen müsse, vorher im Senat besprochen werden müßten. – Dies wird nicht die letzte derartige Erörterung sein; früher oder später wird es wohl zur Entscheidung kommen: Wolters und seine Leute und Methoden als Vorbereitung des Bolschewismus oder ein antibolschewistischer Senat.

Reichsschuld:

bis 31.12.1944	fundierte Schatzanweisungen	136 Milliarden [RM]
		210 Milliarden [RM]
1945		<u>40 Milliarden [RM]</u>
		<u>386 Milliarden [RM]</u>

²⁰⁴ Im Senat übte nicht nur Vagts, sondern auch Kaisen am 10.7.1945 Kritik daran, daß Wolters durch seine Maßnahme aktive Beamte ihrem Dienst entzogen und damit in die Arbeitsbereiche anderer Ressorts eingegriffen habe, ohne seinen Plan zuvor im Senat zur Sprache zu bringen. Wolters gestand sein Versäumnis ein und versprach Besserung (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

²⁰⁵ Nach einer ersten ähnlichen Anweisung des Reg. Bgm. vom 8.6.1945 erhielt das Wohnungsamt durch eine Verordnung vom 10.7.1945 (Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, 20.7.1945, S. 3) das Recht, den Wohnraum führender Nationalsozialisten nach dem Reichsleistungsgesetz in Anspruch zu nehmen und sie mit ihren Familien auszuquartieren. Sie sollten, wie ausdrücklich festgelegt wurde, enger zusammenrücken als die übrige Bevölkerung und auch in Gemeinschaftslagern untergebracht werden können, um Wohnraum für heimkehrende KZ-Häftlinge und Opfer der Judenverfolgung zu gewinnen. Über die Anwendung der Verordnung hatte ein Ausschuß, bestehend aus dem Dienststellenleiter und zwei vom Reg. Bgm. zu ernennenden Beisitzern zu entscheiden. Eine schematische Begrenzung, wieviel Wohnraum betroffenen Nationalsozialisten zustehen sollte, war in der Verordnung vermieden.

Übrige Schulden, einschließlich Bombenschäden auf über 400 Milliarden [RM] geschätzt. Mithin Gesamtschuld des Reiches über 800 Milliarden [RM].²⁰⁶

Uferlose Bauten und sonstige Ausgaben der Besatzungsmächte in Deutschland. Auch in Bremen ordnet jeder baulustige Captain Bauten an (der Sportoffizier die Wiederherstellung der Badeanstalten für 2 Millionen [RM], ein anderer Captain den Bau eines Clubhauses in den Wallanlagen usw.). Die Rechnung kommt an den Bremer Staat.²⁰⁷ – Ein Staatshaushalt ist nicht aufzustellen und nicht einzuhalten. Von diesen „amerikanischen“ Ausgaben auf unsere Kosten erfahren wir nur gelegentlich und zufällig. Von der Höhe der Besatzungskosten erfahren wir gar nichts. Auf Kaisens Antrag Siedlungsamt in Bremen beschlossen; uns ist, wie Kaisen sagte, „nichts geblieben, als der deutsche Mensch und die deutsche Erde“. Ausnutzung des Bodens; kleine Siedlungen.

[...]

Mittwoch, 11. Juli 1945

Arbeitsreicher Tag. Morgens vor 8 Uhr Beginn, mittags nur bis 3¼ Uhr Pause, abends erst gegen 8½ Uhr zu Hause.

Verordnung über erweiterte Vertragshilfe der Gerichte mit Senatoren der Wirtschaft und der Finanzen beraten.²⁰⁸ Kein Heilmittel, nur eine Notmaßnahme, damit drei bis sechs Monate Atempause gegeben werden kann, bis man klarer sieht, ob die Wirtschaft in bescheidenem Maße wieder arbeiten kann oder rettungslos in den Abgrund stürzt.

Zwei bezeichnende Bilder auf der Straße: In der Joseph-Haydn-Straße sammelt ein ganz gut gekleideter Mann die Zigaretten-Enden, die von den dort einquartierten amerikanischen Soldaten in ziemlicher Menge und Größe auf die Straße geworfen sind. Mitten auf dem Domshof steht ein alter Mann, der dem Mangel an Streichhölzern dadurch zu begegnen sucht, daß er seine Pfeife mit einem Brennglas zu entfachen sich bemüht.

[...]

²⁰⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 124.

²⁰⁷ Nach den Ausführungen von Finanzsenator Nolting-Hauff wurden die Ausgaben amerikanischer Behörden in Millionenhöhe von der Reichsbank im Wege freier Kreditschöpfung beschafft. Obwohl sie also nicht auf Rechnung Bremens gingen, äußerte er Sorge wegen der Steigerung der Inflationsgefahr und forderte eine vorherige Absprache mit der Bremer Finanzverwaltung. (Senatsprotokoll 10.7.1945, StAB: 3/3).

²⁰⁸ Schuldner, die infolge der Kriegswirkungen wesentlich in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt waren, konnten zur Abwendung von Vergleichs- oder Konkursverfahren gerichtliche Vertragshilfe zur Regelung ihrer Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen, um z.B. die Stundung oder Aussetzung von Zahlungen, Zinssenkungen oder die vorzeitige Auflösung von Pacht- und Mietverträgen zu erreichen. (Verordnung des Reg. Bgm. vom 13.7.1945, Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, 20.7.1945).

Donnerstag, 12. Juli 1945

Richter Appel meldet mir, daß gegen Focke-Wulf [Flugzeugbau GmbH] der Antrag auf Konkursöffnung gestellt sei. Sie behaupten, in Berlin ein Bankenguthaben von vielen Millionen zu haben (50 Millionen-Zahlung des Reiches).²⁰⁹ Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsstockung? Hilfe durch die neue Verordnung, die morgen durch den Senat gehen soll? – Das Ganze ein neues Wetterzeichen der gespannten Wirtschafts- und Geldverkehrs-lage.

Captain Guthrie bewährt sich weiter als gentleman; ein Richter Peschen,²¹⁰ der aus der Gefangenschaft heimkehrt, soll von ihm zugelassen werden, wenn Lahusen und ich bescheinigen, daß wir kein[e] „objection to Mr. P. acting as a judge“ [keine Einwände gegen Herrn P. als Richter] hätten.
[...]

Freitag, 13. Juli 1945

Im *Senat* werden seltsame Dinge von den Amerikanern berichtet; zwangsweise Einstellung von Dolmetschern zu phantastischen Gehältern und einer polnischen Dolmetscherin, die nicht mehr gebraucht wird, willkürliche Maßnahmen junger Leutnants unter Androhung von Gewalt und Verhaftung usw.²¹¹

Enklave-Aussprache, Tantzens Denkschrift²¹² an den Governor, un-gelesen von Governor an Vagts gegeben. Überall Treibminen gegen Bremen.

Die Schmerzenskinder unserer Verwaltung, das Arbeitsamt, das die von den Amerikanern verlangten Arbeiter nicht stellen kann (Lethargie und Kleingartenbestellung durch die Arbeiter), und das Kraftwagenverkehrsamt, das von allen, die damit zu tun haben, gescholten wird. (3000 Anträge auf 100 Wagen!).

²⁰⁹ Infolge der Schließung der Berliner Banken war es unmöglich, über die dortigen Konten zu verfügen, vgl. Kap. 2, Anm. 179.

²¹⁰ Dr. Helmuth Peschen, 1891–1952, wurde wieder eingestellt, später Oberamtsrichter beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal.

²¹¹ Wolters berichtete darüber aus Sorge vor einer Gefährdung des deutschen Tarifsystems. Außerdem mußten diese Gehälter über die Besatzungskosten von Bremen getragen werden. (Senatsprotokoll 13.7.1945, StAB: 3/3).

²¹² The Wesermarsch and the Problem of the Enclave by Theodor J. Tantzen (District-president of Wesermarsch), 12.7.1945, StAB: 3–R. 1.n. Nr. 4 [27]. Tantzen betonte in der Denkschrift die wirtschaftliche Bedeutung der Wesermarsch innerhalb der Enklave und lehnte jede Vorrangstellung Bremens ab. Die Enklave müsse einen einheitlichen Verwaltungsaufbau erhalten und Bremen als eine der Städte erster Klasse in sie eingegliedert werden. – Die erneute Besprechung des Senats über die Enklave wurde durch einen Bericht Groscurths ausgelöst, der in Hannover vergeblich über die Stellung der Ernährungsämter im amerikanischen Unterwesergebiet verhandelt hatte und deshalb forderte, es bald „staatsrechtlich zu einem selbständigen Verwaltungsbezirk“ zusammenzufassen.

Im September soll auch der Hafen der Stadt Bremen in Betrieb genommen werden.²¹³

In Hamburg ausländischer Weizen, der in der Welt in Massen vorhanden ist, angekommen. Bemühung, Bremen daran zu beteiligen. Aber womit kann Deutschland zahlen?

Durch die Devisennot sind wir auch sonst gehindert; Dänemark verkauft große Schätze deutscher Bücher antiquarisch sehr billig; die Bremer Staatsbibliothek könnte sie erwerben und damit die größte Bibliothek zwischen Kiel und Köln werden. Dies um so erwünschter, als große Teile unserer Bibliothek jetzt in Thüringen den Russen in die Hände fallen.²¹⁴ Aber woher die Devisen nehmen? Aufgabe von deutschen Verlagsrechten in Dänemark?

Verordnung über richterliche Vertragshilfe vom Senat genehmigt.²¹⁵ [...]

Samstag, 14. Juli 1945

Von 8¹/₄ bis 11¹/₄ Uhr fünf Konferenzen hintereinander. Davon zwei Stunden bei den Amerikanern, dort Aussprache über Enklave, über Gerichtsverhältnisse in Wesermünde,²¹⁶ über Zulassung von bremischen Richtern usw.; angenehme Formen; Vertrauen zu Lahusen und mir; Oberst Wisnioski schließt „the very nice conference“.

Besprechung mit Dr. H[anns] Meyer und Knittermeyer über die Zukunft der Wittheit.²¹⁷ Ich bin dafür, alles in der Organisation unverändert zu lassen, auch die Satzung. Versuch, politische Einflüsse davon fernzuhalten. Jede Umorganisation bringt alles ins Rollen, auch Knittermeyers Stellung.

[...]

Eine neue Verhaftungswelle geht durch Deutschland, diesmal in der Wirtschaft: die Betriebsführer der großen Werke festgenommen, in Bremen unter anderen Bollmeyer und der Direktor der Bremer Bank, Stuck,

²¹³ Vgl. Kap. 2, Anm. 87.

²¹⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

²¹⁵ Vgl. Kap. 2, Anm. 208.

²¹⁶ Wesermünde gehörte zum OLG Celle. Spitta erstrebte die Zusammenfassung des Gerichtswesens in der Enklave unter einem neu zu schaffenden OLG Bremen; vgl. Kap. 2, Anm. 191.

²¹⁷ Die Wittheit war im Okt. 1924 als repräsentative Spitzenorganisation der Bremer wissenschaftlichen Vereine und Einrichtungen gegründet und am 7.7.1941 als „Wittheit. Wissenschaftliches Amt der Freien Hansestadt Bremen“ verstaatlicht worden. Knittermeyer, mit Spitta und Apelt einer der Hauptinitiatoren, war in den ersten zwölf Jahren als Schriftführer, seit 1936 als Präses und seit 1941 als Vorsteher maßgeblich an ihrer Arbeit beteiligt. Am 27.9.1946 genehmigte die Militärregierung der Wittheit die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit; am 5.10.1950 wurde sie in einen privatrechtlichen Verein zurückverwandelt. Abel, Zur Geschichte der Wittheit.

auch Dr. Dettmers, der kurze Zeit Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd war.²¹⁸

Der bremische Baumwollhandel, einst ebenbürtig neben dem von Liverpool und Europa beherrschend, wird von den führenden Männern anscheinend als hoffnungslos angesehen; Hellmers,²¹⁹ Teilhaber der alten Baumwollfirma Heineken & Vogelsang und Direktor der Baumwoll AG, sucht mich auf, um Stellung im Staatsdienst zu erhalten!

[...]

Sonntag, 15. Juli 1945

[...]

Montag, 16. Juli 1945

Lange Sitzung mit Lahusen, dem Anwaltsausschuß und Carstens über Enklave, Richterzulassung usw. Es ist höchste Zeit, daß die Enklave endlich endgültig festgelegt wird; die Opposition und die Eigenmächtigkeiten in Wesermünde, Brake usw. nehmen zu; der Widerstand verstärkt sich. Vielleicht können die Gerichte zum Schrittmacher werden. Wirtschaftlich (Ernährung und Arbeitersiedlung) gehören auch Verden und Syke zu Bremen.²²⁰

Dienstag, 17. Juli 1945

Im Senat Lohnfragen; die Bauarbeiterlöhne sollen nach Wolters' und Kaisens Wunsch erhöht werden, um einen Anreiz auszuüben. Wenholds Kritik: das Problem der Arbeitsunlust ist nicht von der Lohnseite, sondern nur von der Güterseite zu lösen. Jetzt arbeitet ein Arbeiter zwei Tage für die

²¹⁸ Im Zuge der Auflösung des gemeinsamen anglo-amerikanischen Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 hatte die zentrale US-Militärregierung am 7.7. eine umfangreiche Direktive mit neuen, auf Vereinheitlichung der bisherigen Praxis gerichteten Entnazifizierungsbestimmungen erlassen. Es wurde zwischen zwei Personengruppen unterschieden: denen, die entlassen werden mußten, und denen, deren Entlassung empfohlen wurde. Zur ersten Kategorie gehörten u.a. die vor dem 1.5.1937 beigetretenen Mitglieder und alle Amtsträger der NSDAP, alle Angehörigen der SS, alle Führer in den nationalsozialistischen Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, höhere und politische Beamte, Generalstabs- und NS-Führungsoffiziere, zur zweiten Berufsoffiziere, „Junker“ und führende Wirtschaftler. (Genauer dazu: Niethammer, Entnazifizierung, S. 152–154). Laut einer Meldung von „Exchange“ vom 14.7.1945 wurden in der US-Zone 120 Industrielle und Bankiers im Zuge der Entnazifizierung verhaftet. (Keesing's Archiv 1945, S. 321ff.) – Zur Entnazifizierung der Wirtschaft in Bremen vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 429–438. Die Genannten sind: Robert Stuck, 1889–1968, 1923–1959 Direktor der Bremer Bank und Dr. Otto Dettmers, 1892–1986, RA und Notar.

²¹⁹ Hermann Hellmers, 1889–1975, seit 1920 im Bremer Baumwollhandel tätig, 1951 Vizepräs., 1953–1956 Präs. der Bremer Baumwollbörse.

²²⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111.

Ernährung und einen Tag für die Miete; was er an den drei weiteren Tagen verdient, dafür kann er nichts kaufen. Naturallohn durch Bezugsscheine?²²¹

Viehabschlachtung im Herbst; können die Kühlhäuser bis dahin hergestellt werden?

Besatzungskosten Bremens ohne Bauten bisher 1062000 RM. *Sachschäden* in Bremen: Häuser 2,5 Milliarden; Mobiliar 1,5 Milliarden; Summe 4 Milliarden. *Nutzungsschäden*: 46000 Fälle, ausgezahlt 57 Millionen RM, zuletzt monatlich 5 Millionen RM.²²² – Die *Sparkasse Br[emen]* zahlt keine Zinsen mehr. Von 19000 Hypotheken sind 10000 zinslos.²²³ Außerdem die Reichsanleihen und Reichsschatzanweisungen.

[...]

Mittwoch, 18. Juli 1945

Dr. Laun²²⁴ aus Hamburg bringt Grüße von Bürgermeister Petersen²²⁵ und Wilhelm Kiesselbach; berichtet über hamburg[ische] Verhältnisse, Kra-wall mit ausländischen Arbeitern (mehrere Tote, Einschränkung der Ausgehzeit), Schwierigkeiten mit den Briten; noch keine Gerichtstätigkeit, aber *tägliche* Zeitung (in Bremen nur sonnabends). Arbeit an Verfassung untersagt.²²⁶

[...]

²²¹ Wenhold faßte seine Meinung zusammen: „Die Abgabe von Gutscheinen auf Mangelware für Arbeitsleistungen würde eine vorzügliche Wirkung haben.“ (Senatsprotokoll 17.7.1945, StAB: 3/3).

²²² Solche Summen, so stellte Finanzsenator Nolting-Hauff fest, seien aus dem Bremer Haushalt nicht zu bestreiten (ebenda). Spitta notierte versehentlich 1,5 Mrd. RM für die Mobiliarschäden.

²²³ Vgl. Kap. 2, Anm. 124.

²²⁴ Dr. Rudolf Laun, 1882–1975. Jurist, 1911–1935 Professor in Wien und Hamburg, seit 1935 Gastprofessor in den USA, 1949–1955 Präs. des Staatsgerichtshofes der Hansestadt Bremen.

²²⁵ Rudolf Petersen, 1878–1962. Exportkaufmann, Mai 1945–Nov. 1946 Bgm. in Hamburg; zunächst parteilos, ab Juni 1946 Md. der CDU, 1946–1949 MdBü.

²²⁶ In Hamburg war es am 13.7.1945 im Stadtteil St. Pauli zu schweren Ausschreitungen gegen ehemalige italienische Zivilinternierte gekommen, denen ihr „Verrat“ an Deutschland, ihre angeblich besonders starke Beteiligung an Schwarzmarktgeschäften und die Verführung deutscher Mädchen vorgeworfen wurden. Zur Strafe verhängte die britische Militärregierung zum ersten Mal nach Kriegsende eine drastische Verkürzung der Ausgehzeit, durch die u.a. die abendliche Bestellung der Kleingärten behindert wurde. Trotzdem fand die Aktion gegen die Italiener nach den Berichten der deutschen Polizei in der Bevölkerung viel Beifall. (Polizeiberichte vom 20.7.1945, StA Hamburg: Polizeibehörde II, Nr. 204) – Das Hamburger Nachrichtenblatt der (alliierten) Militärregierung erschien seit dem 9.5.1945 fünf- bis sechsmal, seit dem 23.7. nur noch dreimal in der Woche.

Nachmittags mit Bürgermeister Vagts den vorl[äufigen] Kirchenaus-
schuß empfangen;²²⁷ ausgezeichnete Ansprache des neuen Kirchenpräsi-
denten Dr. Ahlers; geschickte Antwort Vagts'!

Vagts gibt mir die Denkschrift Tantzen juniors über die Enklave und sei-
ne Antwort an den Governor (die nicht in allem meine Zustimmung
hat),²²⁸ erzählt von den Treibereien des Oberbürgermeisters Koch²²⁹ in
Wesermünde (Abberufung beim Governor beantragt); Enklave-Ge-
spräch.

Die Russen sollen Lübeck besetzt haben und auf Kiel vordringen; starke
Truppen der Engländer in Holstein.²³⁰ Merkwürdige Nachricht, die Dr.
Kurz von seinem Flieger-Sohn aus Flensburg hat („bewachen unsere deut-
schen Flugzeuge“ usw.). Leute, die auf Veranlassung der Engländer aus
Göttingen geflohen sind, da die Russen sich nähern. Was wird Paula tun?
Mindestens scheinen die Russen den braunschweigischen, in den Harz vor-
springenden Zipfel besetzt zu haben.

Donnerstag, 19. Juli 1945

Unter meinen vielen Besuchern im Rathause auch zwei Abgesandte der
Antifaschisten-Liga, die in unangenehmen Formen und Worten die sofor-
tige Freilassung aller politischen Gefangenen forderten. Als ich ihnen sag-
te, was ich veranlaßt und mit den Amerikanern besprochen hätte, und sie
weiter abfällige Bemerkungen machten, sagte ich, die Amerikaner hätten
das so bestimmt und seien unsere Herren. Darauf lachte der eine höhnisch
und sagte: „Einstweilen ja!“ – Sie sagten auch, sie wollten Dorn berichten;
der sei wieder in Bremen. Selten haben mir Menschen einen so unangeneh-

²²⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 91 und 93.

²²⁸ Vgl. Kap. 2, Anm. 212. In seinem in sehr scharfem Ton gehaltenen Schreiben vom 9.7.1945 (StAB: 3-B. 10.a. Nr. 2 [1], Akte 1) warf Vagts Tantzen vor, die ganze Eingabe sei „von der in Oldenburg seit jeher mißgünstigen, ja feindseligen Einstel-
lung gegenüber der Freien Hansestadt Bremen bestimmt“. Statt Bremen lediglich zu einer „Stadt erster Klasse“ in der Enklave zu machen, sollten ihr alle von den Ameri-
kanern besetzten Gebiete an der Unterweser angegliedert und sie ihrer traditionel-
len Überlegenheit gemäß zum Zentrum des „Landes Bremen“ werden. Im Gegen-
satz zu Spitta, der die Wiederherstellung der alten stadtstaatlichen Verfassung mit
der Doppelfunktion des Senats als Magistrat und Landesregierung erstrebte (vgl.
Kap. 2, Anm. 76), plädierte Vagts für getrennte Regierungen für die Stadt und das
Land, die im Reg. Bgm. ihre gemeinsame Spitze haben sollten. Diese Konstruktion
hätte in etwa der nationalsozialistischen Regelung mit dem Reichsstatthalter als ge-
meinsamer oberster Instanz entsprochen.

²²⁹ Vgl. Kap. 2, Anm. 105 und 115.

²³⁰ Diese Gerüchte waren bezeichnend für die Nervosität, die nach der Besetzung
Sachsens, Mecklenburgs und Thüringens durch sowjetische Truppen und nach dem
Beginn der Potsdamer Konferenz am 17.7.1945 überall in der deutschen Bevölke-
rung herrschte. Auch in Hamburg war von der bevorstehenden Übernahme ganz
Schleswig-Holsteins, ja der Hansestadt selbst, an die Russen oder von einem dro-
henden Krieg zwischen England und der UdSSR die Rede (Polizeiberichte im StA
Hamburg; Polizeibehörde II, Nr. 204).

men Eindruck gemacht. So denke ich mir die bolschewistischen „Kommissare“. Der eine sagte mir, indem er mich von der Seite anzwinkerte, nur das eine Wort: „Bücking“.²³¹ – Daß Dorn in Bremen ist, bedeutet innenpolitisch eine Belastung für uns; wir kennen seine Vorliebe für Wolters.

[...]

Vor dem Abendessen Motette in dem fensterlosen, bombenbeschädigten Dom; alle Plätze besetzt, viele stehend; auch Amerikaner in Uniform unter den Zuhörern. Joh[ann] Seb[astian] Bach. – Die Orgel, von Liesche in mühsamer Arbeit wiederhergestellt, tönt in alter Herrlichkeit durch das Schiff.²³²

[...]

Freitag, 20. Juli 1945

Im *Senat* peinliche Erörterung über Knittermeyer. Wolters sagt: Wer seine großen geistigen Gaben anwende, um solche irrsinnigen Lehren wie die nationalsozialistischen philosophisch zu untermauern, begehe ein Verbrechen; er wolle noch nicht sagen, daß das bei Knittermeyer der Fall sei, aber Prüfung sei nötig mit strengem Maßstabe. Paulmann weniger scharf aber auch für Entlassung Knittermeyers; er berief sich dabei auf das Urteil Johanna Lürbens.²³³ Apelt, Kurz und ich traten für Knittermeyer ein; seine geistige Bedeutung, seine anfänglichen Hoffnungen seien enttäuscht worden; seit Jahren Gegner des Nationalsozialismus.²³⁴ Kaisen, der für Vagts den Vorsitz führte, hielt die Sache für ungeklärt und verfügte Prüfung durch Kurz und Paulmann.

²³¹ Anspielung auf die Zugehörigkeit von Hans und Lutz Bücking zur KPD oder auf die Abwendung von Klaus Bücking von dieser Partei, deretwegen seine erste Frau sich von ihm hatte scheiden lassen.

²³² Richard Liesche, 1890–1957. Seit 1930 Organist am Bremer St. Petri-Dom, wo er seit 1934 die „Motette im Dom“ veranstaltete, Kirchenmusikdirektor und seit 1948 durch Titelverleihung des Bremer Senats Professor. Spitta berichtet hier über das erste Konzert in dieser Reihe nach Kriegsende. Vgl. Brem. Biogr., S. 316f.

²³³ Dr. Johanna Lürben, 1881–1966. Direktorin der deutschen Oberschule für Mädchen in Bremen, am 22.12.1932 zum 16.2.1933 zur Schulrätin für die höheren Schulen ernannt, in diesem Amt bis zum 14.2.1934, 1.7.1945–31.3.1950 Oberschulrätin.

²³⁴ Spitta führte nach dem Senatsprotokoll (StAB: 3/3) aus, daß Knittermeyer „in der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sich zweifellos bemüht habe, eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus zu finden, von dem er sich bald völlig abgewandt habe. Jeder, der seinen Reden aufmerksam gefolgt sei, habe nicht im Zweifel darüber sein können, daß er immer mehr zum Gegner der Partei geworden sei.“ Kurz bestätigte Knittermeyer sogar, er habe „ohne Rücksicht auf die Anwesenden seiner inneren Ablehnung Ausdruck gegeben“ und „den Mut gehabt, öffentlich Kritik zu üben“. Vgl. Kap. 1, Anm. 7.

Hugo Stinnes²³⁵ hat Bremen besucht und ist bezüglich der Kohlenförderung [im Ruhrgebiet] etwas hoffnungsvoller. Zunahme der Förderung, die bisher $\frac{1}{8}$ der normalen Produktion beträgt. Er hielt es auch für möglich, Strom aus dem Ruhrgebiet nach Bremen abzugeben. – Bremen als amerikanische Tauschzentrale?²³⁶ – Anregung von Osterholz, in Bremen ein Forstamt zu gründen. – Das Aufkommen der Reichssteuern 23 Prozent des Vorjahres, bei der Körperschaftssteuer 5 Prozent, bei der Vermögenssteuer 68 Prozent.²³⁷

Nachmittags Verhandlung mit *Wesermünder Juristen* (Dreyer, Ackemann, Obenauer)²³⁸ über die *Justiz in der Enklave*, Gründung eines Landgerichts Wesermünde und eines Oberlandesgerichts Bremen.²³⁹ Grundsätzliche Erklärung Ackemanns über ihre Treue gegenüber dem Oberlandesgericht Celle, aber Verhandlung außerhalb der Politik über zweckmäßige Organisation der Gerichte der Enklave. Erfreuliche Einigung. [...]

Samstag, 21. Juli 1945

Ein amerikan[ischer] Major und ein amerikan[ischer] Captain aus dem *amerik[anischen] Hauptquartier in Frankfurt* in Bremen; befragen Apelt und mich nach den wirtschaftlichen und juristischen Verhältnissen in der Enklave. Ich betone, daß die *Abgrenzung der Enklave* unglücklich sei; wirtschaftlich und für die Arbeiterverhältnisse; Notwendigkeit, Verden und Syke zur Enklave zu ziehen. Apelt und Groscurth hatten vorher, ohne daß ich es wußte, Ähnliches dargelegt. Mit Dr. Lahusen die Liste der Rich-

²³⁵ Hugo Stinnes jr., 1897–1982. Zunächst Leiter des Hamburger Zweigs des Stinnes-Konzerns, nach dessen Auflösung 1923 und dem Verkauf der Seeschiffsflotte Konzentration auf das Kohlegeschäft, Aufsichtsratsmd. des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats u. Md. der IHK in Essen. Spitta faßt hier einen Bericht Vagts' im Senat zusammen. Der Wunsch Vagts', ins Ruhrgebiet zu reisen, um mit den dortigen britischen Offizieren über Kohlenlieferungen an Bremen zu verhandeln, wurde von der Bremer Militärregierung abgelehnt, da sie in der Kohlenfrage bereits alles getan habe. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3). Voraussetzung für Stromlieferungen aus dem Ruhrgebiet war die Wiederherstellung der zerstörten Querverbindung Hannover-Ruhrgebiet.

²³⁶ Nach Mitteilung Harmssens im Senat planten die Amerikaner, „Bremen zu einer Art Kompensationszentrale zu machen, die den Güterverkehr aus Süddeutschland aufzunehmen habe“. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3, vgl. Kap. 2, Anm. 196).

²³⁷ Mitteilung Nolting-Haufts im Senat über die Steuereingänge seit Beginn des Rechnungsjahres (April 1945). Das Steueraufkommen belief sich damit nur auf 50 Prozent des Voranschlags. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3).

²³⁸ Dr. Gerhard Dreyer, 1945 Landgerichtsprä. s.

Dr. Wilhelm Ackemann, 1890–1957. Seit 1919 Rechtsanwalt in Wesermünde, Mai–Juli 1945 von der Militärregierung ernannter Stadtrechtsrat, wegen angeblicher Verbindungen zur NSDAP entlassen, vollständig entlastet, seit 1950 Landgerichtsprä. s. in Stade.

Hans Philipp Obenauer, 1888–1955. Rechtsanwalt in Wesermünde.

²³⁹ Vgl. Kap. 2, Anm. 191 und 216.

ter, die Pgs waren, durchgesprochen. Frage, für wen wir uns bei den legal officers einsetzen wollen. [...]

Sonntag, 22. Juli 1945

Vormittags sind die Senatoren nacheinander zu den Amerikanern geladen; der Vorgesetzte aller amerikanischen Gouverneure, General Smith,²⁴⁰ wollte uns hören. Die Fragen, die mir vorgelegt wurden, primitiv: 1. Haben Sie Beamte ernannt? (37 Hilfsrichter),²⁴¹ 2. Nach welchen Grundsätzen? (Nichtmitglieder der „Partei“), 3. Sind Sie dabei von irgendwelchen Organisationen beeinflusst oder haben Leute Sie zu beeinflussen gesucht? (nein!). Jede Erläuterung, die ich geben wollte, wurde abgeschnitten. Es handele sich nur um die politische Seite der Verwaltung. Ich hatte mich auf Ausführungen über die Enklave vorbereitet, auch Karten und statistisches Material eingesteckt, nichts davon konnte ich anbringen. Bei den anderen Senatoren scheint die Vernehmung ähnlich verlaufen zu sein. Nur Bürgermeister V[agts] hat Gelegenheit gehabt, sich ausführlicher zu äußern. [...]

Haussuchung durch amerikanische Soldaten nach Waffen in der ganzen Stadt. Es sollen Krawalle vorgekommen sein, bei denen ein Amerikaner getötet sein soll (Ausländer?). Daher auch Absperrung und Kontrolle der amerikanisch-britischen Grenze.²⁴²

Montag, 23. Juli 1945

Besuch des Reichsbahnpräsidenten Bühl (Hannover);²⁴³ rühmt das Zusammenarbeiten mit den Engländern; Kohlennot, Braunkohlengebiete teilweise in russischer Hand, ebenso eine Kraftzentrale, die Teile Hannovers versorgt hat; auf Hausbrandkohle ist nicht zu rechnen, alle vorhandene Kohle für Eisenbahn nötig. Usw.

Nachmittags Präses und Vizepräses der Handelskammer Wilkens und Glässel bei mir wegen der Verhaftung des früheren Kammerpräses Boll-

²⁴⁰ General Walter Bedell Smith, 1895–1961. Stabschef Eisenhowers, Leiter der Abteilung für Zivilangelegenheiten (G 5) des amerikanischen Armeehauptquartiers in Frankfurt.

²⁴¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 99.

²⁴² Es handelt sich um eine in der ganzen US-Zone schlagartig vom 21. bis 23.7.1945 durchgeführte Razzia nach untergetauchten Nationalsozialisten und versteckten Waffen (Operation Tally Hoo).

²⁴³ Wilhelm Bühl, 1885–1949. Seit 1913 im Dienst der Reichsbahn, 8.6.1945–Ende Febr. 1947 (Ruhestand) Präses der Reichsbahndirektion Hannover.

meyer.²⁴⁴ – Konflikt des Bürgermeisters Vagts mit dem amerikanischen Leiter der Polizei Haguewood, Beschwerdebrief an Governor Welker.²⁴⁵

[...] Die Ausgehzeit auf 22.30 Uhr (statt 23 Uhr) verkürzt; es geht dem Herbst und der abendlichen Dunkelheit entgegen. [...]

Dienstag, 24. Juli 1945

Im *Senat* allgemeines Kopfschütteln über die amerikanische Veranstaltung letzten Sonntag.²⁴⁶ Ist dafür ein amerikanischer General nach Bremen gekommen? Hinter den Kulissen scheint sich aber doch Wichtiges ereignet zu haben, wovon Vagts mit Recht dem Senat nichts mitgeteilt hat. Nach den lächerlichen Vernehmungen der Senatoren hat Vagts noch etwa eine Stunde in der Fensternische eine vertrauliche Unterredung mit dem General gehabt; der General hat gefragt, wie Wolters in den Senat gekommen sei; der passe doch nicht hinein; Vagts hat erwidert, W[olters] sei uns durch Dorn aufgezwungen; darüber Erstaunen des Generals; Dorn habe dazu keine Legitimation gehabt. Ferner ist die Notwendigkeit, die Enklave staatsrechtlich festzulegen und Bremens Herrschaft durch den Regierenden Bürgermeister durchzusetzen, besprochen.²⁴⁷ Der General will in etwa drei

²⁴⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 39 und 41. Wilkens hatte Bollmeyer am 11.6.1945 abgelöst. Seine Daten: Martin-Heinrich Wilkens, 1888–1966. Übernahm 1917 als Urenkel des Firmengründers die Silberwarenfabrik M. H. Wilkens & Söhne, 1945–1952 Präses, 1952–1959 Vizepräses der HK Bremen; 1919–1933 Md. der DDP/DStP, 1946 als Repräsentant der HK Md. der ernannten Bürgerschaft, 1947–1951 MdBü (BDV, CDU), 1951–1952 Landesvors. der Bremer CDU und Senator für Ernährung und Landwirtschaft. Vgl. Brem. Biogr., S. 560f.

²⁴⁵ Im Widerspruch zu Zusagen Welkers widersetzte sich Haguewood der Überführung der Polizei in deutsche Zuständigkeit; bis ein nach eingehender Prüfung einwandfreier deutscher Beamter für die Leitung gefunden sei, bestand er darauf, selbst die Funktion des Polizeipräs. wahrzunehmen. Diese Position vertrat er Anfang Aug. 1945 auch gegenüber dem neuen Bgm. Kaisen (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3; vgl. Kap. 3, Anm. 6).

²⁴⁶ Die Vernehmung der Senatoren am 22.7.1945, vgl. Eintragung unter diesem Datum.

²⁴⁷ Wie Spittas Tagebuch sehr deutlich zeigt, waren die Verwaltungs- und Versorgungsprobleme in der Bremer Enklave ohne Klärung ihrer besatzungs- und staatsrechtlichen Struktur nicht zu lösen. Aufgrund der Erfahrungen im ersten Vierteljahr der Militärherrschaft arbeiteten amerikanische Dienststellen deshalb seit der Auflösung des gemeinsamen alliierten Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 verstärkt an der Reorganisation der Enklave. Zwei Konfliktfelder mußten beseitigt werden; zum einen waren drei voneinander unabhängige amerikanische Einheiten in der Enklave tätig: die Militärregierung unter Oberst Welker, die für die militärische Sicherheit verantwortliche 29. Infanterie-Division der 9. US-Armee und das Hafenkommando (Port Command). Im Sommer 1945 wurden alle amerikanischen Truppen und Dienststellen in der Enklave Welker unterstellt; doch war dieser Versuch zur Vereinheitlichung der US-Verwaltung nur von kurzer Dauer. Noch größer waren die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß für Teile der Enklave nach wie vor verschiedene deutsche Länder- und Provinzialverwaltungen der Britischen Zone zuständig waren, da sich an der früheren staatsrechtlichen Zugehörigkeit der amerika-

Wochen wiederkommen; bis dahin sollen Vagts und der Governor alles vorbereiten. Vagts ist hochbefriedigt über die Unterredung; hoffentlich sieht er die Entwicklung nicht zu optimistisch an.

Im *Senat* noch manches Traurige. Sehr ernst die Darlegung Kaisens über die Verwilderung und geschlechtliche Ausschweifung unserer Jugend, die Preisgabe der Mädchen an die amerikanischen Soldaten, die Zunahme der Geschlechtskrankheiten, die Notwendigkeit einer Sittenpolizei und der Beeinflussung der Jugend im Alter nach der Volksschulpflicht (Fortbildungsschulen usw.). Die Schulnot spielt dabei eine Rolle. Von 97 Volksschulgebäuden nur 22 brauchbar; von 40 Fortbildungsschulgeb[äuden] nur drei brauchbar; von 21 höheren Schulen nur zwei brauchbar.

Weitere Schwierigkeit Baustoffe zu erhalten, die mit Mühe in Gang gesetzte Hemelinger Ziegelei muß ihre Produktion restlos an die Amerikaner abliefern. – Die Papiernot verhindert das Erscheinen einer Zeitung; die Hamburg[er] Zeitung, die täglich erschien, erscheint jetzt nur noch zweimal wöchentlich.²⁴⁸ – Das mit amerikanischer Hilfe und amerikanischen Scheinen im Ruhrgebiet besorgte Glas ist von den dortigen Engländern nicht fortgelassen; in die Enklave werde kein Glas geliefert! Damit entfällt die Möglichkeit, die Fenster unserer Krankenhäuser mit Glas zu versehen. Auch sonst Gegensätze der „Alliierten“; in Frankfurt am Main eine englisch-amerikanische Zentrale, die die *ganze* deutsche Eisenbahn lenken will; ebenso, mit demselben Anspruch, in Berlin eine von den Russen beherrschte Zentrale.²⁴⁹

Merkwürdige Politik der Alliierten bei den Lebensmittelpreisen; sie sind durch hohe Zuschüsse des Reichs bei Brot, Fleisch und Milch künstlich niedrig gehalten. Diese Zuschüsse – für Bremen und Oldenburg etwa 70 Millionen [RM] im Jahr (für Bremen etwa 30 Millionen RM) – sollen nach dem Willen der Alliierten aufrechterhalten bleiben, anstatt daß die Ver-

nischer Hoheit unterstellten Gebiete nichts geändert hatte. Zu der von allen für notwendig gehaltenen staatsrechtlichen Bereinigung kam es erst am 10.12.1945, allerdings in einer Weise, die den Interessen Bremens wenig diente und die Probleme nicht löste. Vgl. Kap. 2, Anm. 115.

²⁴⁸ Vgl. Kap. 2, Anm. 226.

²⁴⁹ Der Eisenbahnverkehr wurde zunächst notdürftig von den Bezirksdirektionen wieder in Gang gebracht. Eine zentrale Leitung zur Koordinierung der Aufbauarbeiten und der Fahrpläne entstand zuerst im Sommer 1945 in Frankfurt/M. für die US-Zone, einige Wochen später in Bielefeld für die britische Zone; die „Oberdirektion der Eisenbahnen für die französische Zone“ in Speyer und die „Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn“ in Berlin für die SBZ folgten. Wie der Name zeigt, beanspruchte die Berliner Zentrale am Anfang, gemäß den Vereinbarungen über die gemeinsame Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland, für das gesamte ehemalige Reichsgebiet zuständig zu sein. Die zentralen Bahnverwaltungen der amerikanischen und der britischen Zone wurden bei der Gründung der Bi-Zone zur „Hauptverwaltung der Eisenbahnen“ mit Sitz in Bielefeld, später Offenbach und Frankfurt/M. zusammengeschlossen. (Zehn Jahre Wiederaufbau bei der Deutschen Bundesbahn 1945–1955, Darmstadt 1955, S. 113).

braucherpreise um ein Geringes (beim Brot um 1 $\frac{1}{3}$ Pfennig für das Pfund) erhöht werden. Aber wer soll diese ungesunden hohen Zuschüsse bezahlen??

Die Amerikaner wollen Probe- und Prüfungsschießen auf den Beton-Bunker in Farge veranstalten; man fürchtet, daß im weiten Umkreis Häuser beschädigt und wertvolles Material vernichtet wird. Vorstellung dagegen beschlossen. – Immer wieder ist die warmherzige, menschliche Art Kaisens eine innere Stärkung für mich, ein Trost bei solchen Erscheinungen, wie es der begabte, rastlos tätige, aber offenbar unwahre und fanatisch bolschewistische Wolters ist. Vagts' Art und Persönlichkeit wirken auf konservativ eingestellte Amerikaner, wie es der Governor und anscheinend auch General Smith ist, günstig ein; es ist keine Einbildung Vagts', daß er mit dem Governor ein Vertrauensverhältnis hat; das kommt Bremen zugute. Die Frage ist nur, wie lange der Governor Welker in Bremen bleibt und wie lange diese Richtung bei den Amerikanern die Oberhand behält. – Nawrath und Wolters haben sicher ihre Beziehungen und Vertrauensmänner bei den Amerikanern.

Mittwoch, 25. Juli 1945

Durch die zahlreichen Besuche von Leuten, die Gesuche und Anliegen vorbringen, brandet immer wieder das deutsche Leid in seinen verschiedensten Formen an mich heran, Flüchtlingselend, Mittellosigkeit der Familien, deren Männer noch in der Wehrmacht sind und denen nach dem Befehl der Alliierten nichts ausbezahlt werden darf, auch wenn sie Beamte sind,²⁵⁰ Verhaftungen durch die Amerikaner, Wohnungsbeschlagnahmen usw. In den wenigsten Fällen kann man mehr helfen, als durch Anhören, Erklären der Rechtslage und allenfalls ein menschliches Wort.

Unfähigkeit des Arbeitsamtes, genügend Arbeiter für die Amerikaner zu stellen, vor allem für Bremerhaven. Der Amerikaner Boyle droht, den Senat abzusetzen, wenn er der Arbeiterfrage nicht Herr werde.²⁵¹ Viel liegt

²⁵⁰ Im Hinblick auf das gemeinsame Kriegsziel: Ausrottung des Militarismus, das bei der Potsdamer Konferenz vom 17.7. bis 2.8.1945 bekräftigt wurde, war die Zahlung von Wehrmachtspensionen in allen Besatzungszonen sofort verboten worden, in der US-Zone aufgrund der Direktive JCS 1067. Kriegsversehrte und -hinterbliebene wurden auf die Allgemeine Fürsorge der Wohlfahrtsämter verwiesen, wodurch sie sehr viel niedrigere Versorgungsbezüge als früher erhielten. Die Zahlung von „Familienunterstützung“ an die Angehörigen der zur Wehrmacht eingezogenen Männer mußte eingestellt werden. (Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum, S. 162, 172).

²⁵¹ Spitta bezieht sich wahrscheinlich auf eine Information Apelts. Oberst Boyle hatte sich bei Apelt und Wolters über die ungenügende Stellung deutscher Arbeitskräfte insbesondere für den Hafen beschwert und mit der Verhaftung des Leiters des Arbeitsamtes und der Absetzung des Senats gedroht. Apelt beurteilte die Lage als sehr ernst und sah „bedenklichste Folgen“ für die Bremer Häfen voraus, wenn es nicht gelinge, dieses Problem zu lösen. (Ausführungen im Senat am 27.7.1945, StAB: 3/3).

sicher daran, daß im Arbeitsamt Politik getrieben wird und es Senator Wolters vor allem darauf ankommt, „Nazis“ und wohlhabende Betriebsleiter, wie Brabant und Helms, zur Handarbeit heranzuziehen, anstatt die arbeitslosen Angestellten und Arbeiter, die es zu Tausenden geben muß, zu erfassen und einzusetzen. Hier muß eingegriffen werden. – Auch im Wohnungsamt machen sich immer wieder politische Bestrebungen geltend: Rache an den „Nazis“; es wird in diesen beiden wichtigen Verwaltungsgebieten – Arbeitseinsatz und Wohnung – nicht rein fachlich gearbeitet.

[...]

Donnerstag, 26. Juli 1945

[...]

Nachmittags längere Sitzung mit Lahusen und dem vorläufigen Kammerausschuß über die Zulassung der Richter und Staatsanwälte und über die Gesuche auswärtiger Juristen (über 20), sowie über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave und andere Justizfragen. Wertvolle Hilfe des Captain Guthrie, der uns die Namen der Richter und Staatsanwälte angegeben hat, die die erneute Prüfung bestanden haben und zur Zulassung empfohlen sind. Vertraulich haben wir auch erfahren, welche Nummer die Richter bekommen haben; die Amerikaner geben über die politische Zuverlässigkeit die Nummern eins bis drei, wobei Nummer eins die beste Zensur ist, wie in der Schule!²⁵² Die Zugehörigkeit zur Partei ergibt höchstens Nummer zwei, die Zugehörigkeit zur SA oder gar die Innehabung eines Amtes in der Partei oder eines Dienstgrades in der SA die Nummer drei usw.

[...]

Freitag, 27. Juli 1945

Im Senat wieder ernste Erörterung der Arbeiterfrage, die für den ganzen Senat bedrohlich werden kann, ja, für Bremen überhaupt, da die Amerika-

²⁵² Aufgrund der Direktive vom 7.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 218) wurden auch die bereits zugelassenen Beamten und Richter anhand eines neuen sechseitigen Fragebogens mit 131 Fragen noch einmal überprüft. Der für diese Aufgabe besonders ausgebildete Offizier der Entnazifizierungsabteilung (Special Branch) teilte dem für den Arbeitsbereich des Überprüften (z.B. Justiz, Finanzen usw.) zuständigen Offizier sein Ergebnis in der Weise mit, daß er den Betroffenen einer von fünf Kategorien zuordnete: 1. Entlassung zwingend notwendig, 2. Entlassung empfohlen, 3. Entscheidung freigestellt, 4. keine Einwände gegen eine Beschäftigung, 5. Beschäftigung empfohlen, weil Beweise für Widerstand gegen den Nationalsozialismus vorliegen. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 152). Die beiden Offiziere des Bremer Special Branch trafen am 26.7. und 1.8.1945 ein (Functional History, S. 79).

ner ihre Transporte über andere Häfen, vor allem über Hamburg, leiten können, wo Arbeitslosigkeit herrscht.²⁵³

Dabei bessern sich die Hafen- und Fahrwasserverhältnisse; die Weser im August minenfrei; dann Schifffahrt nach den Stadthäfen.

Im Eisenbahnwesen Hamburg ungünstiger als Bremen; südlich der Elbe fährt von Hamburg aus kein Zug, weder Richtung Bremen noch Richtung Hannover.²⁵⁴

Die Bücher und Grundbücher bei Grasleben vielleicht mit Lastwagen durch Hilfe der Amerikaner zu retten, dagegen die in Bernburg – also in russischer Hand – liegenden Werte wohl verloren, ebenso die Dürersammlung der Kunsthalle östlich der Elbe.²⁵⁵

[...]

Samstag, 28. Juli 1945

[...]

Beim Bürgermeister Gesetzentwurf über Beamtenentlassung²⁵⁶ mit Apelt und Nolting-Hauff beraten.

Immer weiter kommen Flüchtlinge aus den russischen Gebieten; heute ein Oberlandesgerichtsrat (N.-Berlin), der Amtsrichter werden möchte. Was viele Menschen, besonders Frauen auf der Flucht erdulden mußten, ist unsagbar. Das Furchtbarste die geschlechtlichen Vergewaltigungen. In unserem näheren Bekanntenkreis allein zwei solche Fälle; davon ist die eine Frau in einem Zuge von sieben Russen hintereinander vergewaltigt [worden].

Nachmittags seit langer Zeit wieder *Senatoren-Tee*,²⁵⁷ zum ersten Mal seit der Eroberung Bremens und der Zerstörung der Häuser oder Wohnungen von uns dreien. Apelt und ich können uns nur noch am Sonnabend da-

²⁵³ In der Senatsdebatte wurden die Vorwürfe der Amerikaner als teilweise berechtigt anerkannt. Wolters kündigte an, die Arbeitskräfte mit Hilfe eines neuen Fragebogens besser erfassen zu wollen. Kaisen schlug vor, die Bevölkerung mit einem Flugblatt zum Arbeitseinsatz im Hafen aufzurufen und deutlich zu machen, daß es dabei um die Zukunft Bremens und jedes einzelnen gehe; wenn der Appell nichts nütze, sei Zwang unvermeidlich. Der Senat stimmte überein, daß das Arbeitskräfteproblem unbedingt gelöst werden müsse, da die Amerikaner sonst Bremen als Nachschubhafen und die Enklave aufgeben würden und eine unwiederbringliche Chance verlorengehe. (Senatsprotokoll 27.7.1945, StAB: 3/3). Ein Aufruf Wolters' mehr „Arbeitsdisziplin“ zu zeigen und der Aufforderung zum Arbeitseinsatz bei der Militärregierung nachzukommen, erschien am 28.7.1945 im Weser-Boten, Nr. 6. Außerdem ordnete er an, daß in der Zeit vom 14. bis 18.8. bei Ausgabe der Lebensmittelkarten sämtliche Arbeitskarten überprüft werden sollten (Weser-Bote Nr. 8 v. 11.8.1945).

²⁵⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 165.

²⁵⁵ Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

²⁵⁶ Spitta erstrebte eine Versorgungsregelung für die im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten. Sie wurde von der Militärregierung aber nicht zugelassen.

²⁵⁷ Vgl. Kap. 1, Anm. 14.

für freimachen. Nebelthau nahm an unseren Berichten über unsere Arbeit und unser Verhältnis zu den Amerikanern lebhaften Anteil. Apelt erzählte auch von den zunehmenden Erschwerungen in Handel und Gewerbe durch die Amerikaner und Engländer, besonders auch durch die Grenzsperrern der Briten (für alle größere Ausfuhr aus britischem Gebiete nach der Enklave Genehmigung des Headquarter[s] in Frankfurt am Main erforderlich, mit Gutachten der Handelskammer und großem Haufen von Papier). Auch das ernste Kapitel „Wolters“ wurde behandelt; sein Ausspruch: „Ich bin von Beruf Revolutionär.“

Sonntag, 29. Juli 1945

Mutter hat seit Freitag eine Tagung der Christengemeinschaft,²⁵⁸ abends mit Aufführung eines Spiels durch die Jugend der Gemeinde usw. Ihr ist es offenbar ein starkes Gegengewicht gegen den Jammer der Gegenwart, daß die Christengemeinschaft wieder erlaubt ist und vor allem die Menschenweihehandlung wieder stattfinden darf.

Mich belasten Sorgen wegen unserer gestrigen Beschlüsse über die Beamtenentlassungen; Fassung des einen Entlassungsgrundes zu dehnbar und zu Mißbrauch verführend. Daher bei Apelt; Brief an ihn hinterlassen, da er abwesend. Später Richard Duckwitz wegen Aufsichtsrat der Nord-Kredit bei mir. So ist auch am Sonntag nicht an Ruhe zu denken.

Anton Kippenberg nach Marburg übergesiedelt, hat dorthin seine Goethe-Sammlung gerettet. Die Alliierten haben vier Verlage zugelassen: Die Insel, Brockhaus, Reclam und Kiepenheuer.²⁵⁹ [...]

²⁵⁸ Vgl. Kap. 2, Anm. 20.

²⁵⁹ Die genannten Verlage erhielten ihre Lizenzen erst später. Die drei Leipziger Unternehmen: Insel, Brockhaus und Reclam, waren in der zweiten Jahreshälfte 1943 bei Bombenangriffen schwer beschädigt worden. Im Juni 1945 siedelten Teile der Leipziger Verlage, darunter Insel und Brockhaus, mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht kurz vor der Übergabe Sachsens und Thüringens an die sowjetische Militäradministration nach Wiesbaden über. Reclam hatte schon im Frühjahr 1944 einen Teil des Verlages nach Passau ausgelagert. Die Leipziger Stammhäuser von Reclam, Brockhaus, Insel erhielten ihre Lizenzen im März/April 1946. Brockhaus-Wiesbaden erhielt die US-Lizenz im April 1946 und publizierte im August als erstes Buch Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Der Reclam-Verlag (West) wurde am 1.4.1947 in Stuttgart mit amerikanischer Lizenz errichtet. Der Verlag Kiepenheuer & Witsch hatte 1944 auf Anordnung der Reichsschrifttumskammer die Arbeit einstellen müssen. Er wurde 1946 in Weimar wiedergegründet, nahm 1948 auch in Hagen die Produktion auf und trennte ein Jahr später den westlichen Zweig von dem Weimarer Haus. 1950 siedelte dieser Teil des Verlages nach Köln über. Vgl. 150 Jahre Reclam, Stuttgart 1978, S. 168–199; Arthur Hübscher, 150 Jahre F.A. Brockhaus. 1805–1955, Wiesbaden 1955, S. 250–271; 50 Jahre Insel-Bücherei, Frankfurt/M. 1962, S. 12–16; 40 Jahre Kiepenheuer & Witsch 1949–1989, Köln 1989. Spittas Eintragung bezieht sich wahrscheinlich auf die von der US-Militärregierung geförderte Übersiedlung von Teilen der Leipziger Verlage in den Westen.

Montag, 30. Juli 1945

Einigung zwischen Apelt, Nolting-Hauff und mir über andere Fassung des Beamten-Entlassungsgesetzes; Nolting-Hauff trägt die Sache Vagts vor; dieser lehnt ab.²⁶⁰ Mit Oberstaatsanwalt Dr. Bollinger Strafsachen und Gefängniswesen besprochen, Behandlung politischer Sachen usw. Die bevorstehenden Strafprozesse wegen der Judenmorde vom November 1938.²⁶¹ Eine Groteske: Oberregierungsrat Köster sitzt im englischen Lager von Westertimke, er kommt vielleicht als Mitschuldiger bei den Judenmorden in Frage und soll dort von der Kriminalpolizei vernommen werden;²⁶² die Engländer lassen das nicht zu! [...]

Dienstag, 31. Juli 1945

[...]

*Krisis in Beamtenschaft und Senat. Verhaftung Zieses und Schramms vom Arbeitsamt.*²⁶³ *Sofortige Entlassung von Dr. Kurz, Wortmann, Groscurth, Dr. Spreine, Dehning, Hildebrandt, Oberbaurat Kummer, Baurat Wolf.* Angedroht und noch in Prüfung die Entlassung von Behrens, Hagens, Platz, Fricke, Scholvin.²⁶⁴ Alle innerlich keine Nationalsozialisten; Groscurth, Behrens, Hagens stets heftige Gegner. Ein schwerer Schlag für die Verwaltung. Längere Erörterung im Senat in Abwesenheit der Beamten. Vagts will die Lage dem Oberst Welker darlegen.

Nach der Senatssitzung Vagts, Apelt und ich. Vagts möchte zurücktreten, ist am Ende seines Mutes und der Kraft, diese Schläge zu tragen. Apelt und ich bitten Vagts zu bleiben, da nach ihm schwere Erschütterung des Senats und vielleicht Chaos und Militärdiktatur. Vagts sagt, Welker wolle morgen auch die Frage Wolters mit ihm besprechen. Er entschließt sich zu bleiben. Nachmittags Verhaftung von Kurz (er hat im Fragebogen nicht an-

²⁶⁰ Vgl. Kap. 2, Anm. 256.

²⁶¹ Vgl. Kap. 2, Anm. 18.

²⁶² Vgl. ebenda.

²⁶³ Wilhelm Ziese, 1877–1953, ORR, Direktor des Landesarbeitsamts (Enclave Labor Office) und Robert Schramm, geb. 1888, Verwaltungsamtmann, Direktor des Arbeitsamts Bremen (Bremen Labor Office); beide wurden am 30.7.1945 wegen ungenügender Stellung von Arbeitskräften von den Amerikanern verhaftet, nach sechswöchiger Haft im Nov. 1945 in einem Prozeß freigesprochen, erhielten ihre Stellen aber nicht zurück. In der Senatssitzung am 27.7. hatte Vagts bezweifelt, ob Ziese aufgrund seines Alters – er war 68 Jahre alt – seiner Aufgabe gewachsen sei; Wolters hatte ihn dagegen verteidigt (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

²⁶⁴ Vgl. Kap. 2, Anm. 151. Spittas Notizen decken sich mit den Angaben im Senatsprotokoll vom 31.7.1945 und dem Geheimen OSS-Bericht vom 18.8.1945 (National Archives, RG 260, OMGUS, AG 1945–46; Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ). Die beiden noch nicht genannten Beamten waren: Karl Kummer, 1884–1966, Oberbaurat, bis 1945 Leiter des Amts für Wohnung und Siedlung, 1945 entlassen, 1947 in den Ruhestand versetzt und Dr. Gustav Dehning, 1882–1970. 1923–1926 Schulrat in Rendsburg, 1927–1945 Oberschulrat in Bremen.

gegeben, daß er als förderndes Mitglied Beiträge zur SA und SS bezahlt habe, auch Patenschaft einer Standarte);²⁶⁵ Kurz bei mir. Seine Frau wird durch Wortmann benachrichtigt.

Kaisen sagt mir, daß *Captain Bard ihn im Auftrage von Welker gefragt habe, ob er bereit sei, das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen*. Er hat sich schließlich bereit erklärt, wenn die Amerikaner keinen Besseren fänden und unter bestimmten Bedingungen (alte Art des Senats mit zwei Bürgermeistern,²⁶⁶ ich der zweite Bürgermeister; feste Linie in den Beamtenentlassungen und Vertrauen; Lösung der Polizeifrage;²⁶⁷ Hilfe für Bremen wirtschaftlich und finanziell usw.).

Apelt und ich benachrichtigen Vagts. Hat Welker wirklich die Anfrage bei Kaisen veranlaßt? Widerspruch zu Welkers bisherigem Verhalten, zu seiner Versicherung: „Solange ich Governor bleibe, bleiben Sie Bürgermeister“, auch zu seiner angekündigten Absicht, das Verhalten und Verbleiben von Wolters im Senat mit Vagts zu besprechen. Gerücht über Kandidatur von Dr. Ahlers.²⁶⁸ Steckt Rosenberg²⁶⁹ hinter dem Treiben? Die Unterredung zwischen Welker und Vagts muß morgen die Klärung und Entscheidung bringen.

Die Militär-Regierung jetzt unmittelbar dem Hauptquartier in Frankfurt unterstellt.²⁷⁰

Vagts sehnt sich nach seiner Musik und seinen geliebten griechischen Dichtern zurück, die er im Original liest. Apelt ist ganz amtsmüde, leidet

²⁶⁵ Da es den Amerikanern gelungen war, das Hauptarchiv der NSDAP mit ihrer zentralen Mitgliederkartei sowie Listen und Karteien der Nebenorganisationen zu beschlagnahmen, konnten sie anhand dieser im Berlin Document Center aufbewahrten Unterlagen die Fragebogen genau überprüfen.

²⁶⁶ Vgl. Kap. 2, Anm. 114.

²⁶⁷ Vgl. Kap. 2, Anm. 199.

²⁶⁸ Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

²⁶⁹ Dieser für Pressefragen zuständige Offizier des US-Hauptquartiers in Frankfurt/M. unterhielt im Gegensatz zu Oberst Welker gute Beziehungen zur KGF, vgl. Kap. 2, Anm. 152. Die Dienststelle Clays, USGCC, hatte am 15.7. mit der Überprüfung der amerikanischen Personalpolitik in Bremen begonnen und dabei auch das Hauptquartier eingeschaltet (National Archives, RG 260, OMGUS, AG 1945–46, Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ). Um Beanstandungen zuvor zu kommen, wurden sowohl Vagts als auch die genannten hohen Beamten entlassen.

²⁷⁰ Zwischen Mai und Juli 1945 ging die Militärherrschaft, die zunächst von den Truppenkommandos ausgeübt worden war, überall in der US-Zone auf die regionalen Militärregierungen über. Zum Abschluß dieser Phase und im Hinblick auf die bevorstehende Einrichtung des Kontrollrats wurde am 14.7.1945 das gemeinsame anglo-amerikanische Hauptquartier SHAEF aufgelöst und in der US-Zone durch das zum 1.7. neugebildete amerikanische Hauptquartier USFET in Frankfurt/M. ersetzt. Seine Abteilung für Zivilangelegenheiten (G5) unter General Walter Bedell Smith verstand sich als oberste Spitze der Militärregierungen in der US-Zone. Es geriet dabei in Konkurrenz zu der Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay, in Berlin, der die USA im Kontrollrat vertreten und ihre Besatzungspolitik mit den Maßnahmen der anderen drei Mächte koordinieren sollte. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 80–82).

auch an seiner Schwerhörigkeit und, wie er sagt, an seinem schlechten Englisch. Ich selbst möchte das wenige, das mir noch an Leben vergönnt ist, in Ruhe und Natur zubringen und meine Aufzeichnungen über Friedel vollenden, in denen ich im Stillen, besonders abends vor dem meist späten Einschlafen, lebe. Wir werden aber wohl weiter umgetrieben werden.

Abends zum Empfang Walter Liscos²⁷¹ bis gegen Mitternacht beim Wein. Die brennenden Fragen der Zeit besprochen; Amerikanertum. Sind darin irgendwelche zukunftssträchtigen Ideen? Bolschewismus und Kommunismus; ist ein deutscher Kommunismus ohne die Entartungserscheinungen des russischen Bolschewismus möglich? Ist der Kommunismus in Europa zu vermeiden?

[...]

²⁷¹ Dr. Walter Lisco, 1893–1951. Jurist, Schwager Spittas („Onkel Walter“), 1923–1935 juristischer Berater in größeren Industrieunternehmen, 1935 RA und Notar in Berlin, 1941 zur Wehrmacht einberufen, am 31.7.1945 Rückkehr aus britischer Gefangenschaft in Hannover, 1945–1946 juristischer Berater der Bremer HK in Entnazifizierungsfragen, ab 1.7.1947 Oberlandesgerichtsrat am HOLG Bremen, im Okt. 1950 zum Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe gewählt.